

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Kuba

Bert Hoffmann

KUBA 60 JAHRE NACH
DER RAKETENKRISE

Tania Bruguera

„GUTE KUNST ZWINGT DIE
MÄCHTIGEN, ZU REAGIEREN“

Albert Manke

KLEINE GESCHICHTE
DES WIDERSTANDS
IN KUBA

Gerd Koenen

REVOLUTION ALS WILLE
UND VORSTELLUNG

Christopher Daase

VON KUBA ZUR UKRAINE

Reiner Pommerin

DIE KUBA-KRISE 1962

Antonia Bihlmayer

KALTER KRIEG UM DEN PLATZ
AN DER SONNE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Kuba

APuZ 39/2022

BERT HOFFMANN

KUBA 60 JAHRE NACH DER RAKETENKRISE

Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine sind auch für Kuba große Belastungen. Wirtschaftliche Probleme und zunehmende Ungleichheit sorgen für Unzufriedenheit. Zugleich könnte das Land erneut zur Projektionsfläche geopolitischer Machtkämpfe werden.

Seite 04–10

TANIA BRUGUERA

„GUTE KUNST ZWINGT DIE MÄCHTIGEN, ZU REAGIEREN“

Die international bekannte Performance-Künstlerin Tania Bruguera wurde 2021 von der kubanischen Regierung ins Exil gedrängt. Im Interview spricht sie über die Funktion politischer Kunst, die schwierige Lage von Künstlern in Kuba sowie die Documenta 15.

Seite 12–16

ALBERT MANKE

KLEINE GESCHICHTE DES WIDERSTANDS IN KUBA

Widerstand auf Kuba formierte sich zunächst gegen die Kolonialmacht Spanien und ist seit dem 20. Jahrhundert in mehreren Zyklen gegen verschiedene Regime gerichtet. Doch auch hierbei spielen Einflüsse von Großmächten wie den USA eine wichtige Rolle.

Seite 17–24

GERD KOENEN

REVOLUTION ALS WILLE UND VORSTELLUNG

Die kubanische Revolution, die ganz auf Fidel Castro zugeschnitten war, taugt nicht für romantisierende Verklärungen. Es lohnt sich, die Wolken postrevolutionärer Devotion beiseitezuschieben und nüchtern zu fragen, aus welchen Komponenten sich der Castrismus gespeist hat.

Seite 25–33

CHRISTOPHER DAASE

VON KUBA ZUR UKRAINE

Auch wenn sich die Nuklearkrisen von 1962 und 2022 unterscheiden, können sie hinsichtlich ihrer Tendenzen, die zu einem Einsatz von Atomwaffen führen könnten, verglichen werden. Während damals eine unbeabsichtigte Eskalation drohte, droht heute eher eine beabsichtigte.

Seite 34–40

REINER POMMERIN

DIE KUBA-KRISE 1962

Am 22. Oktober 1962 erfährt die Weltöffentlichkeit in einer Ansprache von US-Präsident Kennedy von einer existenziellen Bedrohungslage durch die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba. Was führte zu dieser Situation, und wie konnte sie abgewendet werden?

Seite 41–47

ANTONIA BIHLMAYER

KALTER KRIEG UM DEN PLATZ AN DER SONNE

Kuba war im Kalten Krieg nicht nur für die USA und die Sowjetunion ein strategisch wichtiger Standort. Auch die Bundesrepublik Deutschland und die DDR fochten im Schatten der Kuba-Krise um die Gunst des Inselstaates – freilich immer in Abhängigkeit von den beiden Großmächten.

Seite 48–54

EDITORIAL

Vor 60 Jahren rückte Kuba ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit: Am 22. Oktober 1962 informierte US-Präsident John F. Kennedy die Weltöffentlichkeit in einer Radio- und Fernsehansprache, dass die Sowjetunion atomar bestückbare Mittelstreckenraketen auf der Nachbarinsel stationiert habe, die zahlreiche nordamerikanische Großstädte in kürzester Zeit erreichen könnten. Der Kalte Krieg drohte zu eskalieren. Doch Kennedy und sein Gegenüber, der sowjetische Regierungs- und Parteichef Nikita Chruschtschow, fanden sechs Tage später einen Kompromiss und verhinderten einen atomaren Schlagabtausch.

Für Kuba war diese Episode ein weiteres dramatisches Kapitel in der langen Geschichte des – wie die Historikern Ada Ferrer schreibt – „manchmal intimen, manchmal explosiven, immer ungleichen“ Verhältnisses zu den USA. Spätestens seit dem Schlüsseljahr 1898 – als die USA militärisch in Kuba intervenierten und die Unabhängigkeit Kubas von der spanischen Kolonialmacht unterstützten, um dann sogleich an deren Stelle zu treten – prägt der große Nachbar die Geschicke der „Zuckerinsel“ auf vielfältige Weise mit. Das nach der Kubanischen Revolution von 1959 von den USA verhängte harte Wirtschaftsembargo gilt bis heute, und nicht zuletzt durch die gewachsene exilkubanische Community bleibt das politische Interesse am karibischen Nachbarn in den USA konstant groß.

Nach dem Tod des einstigen Revolutionsführers und langjährigen Staatschefs Fidel Castro 2016 und dem Rückzug seines Bruders Raúl aus der aktiven Politik ist es um Kuba ruhiger geworden, aber die Probleme der sozialistischen Republik haben sich in den vergangenen Jahren verschärft: Das Land leidet unter einer gravierenden Wirtschafts- und Versorgungskrise, und derzeit verlassen so viele Kubanerinnen und Kubaner wie noch nie ihre Heimat – die meisten Richtung USA.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

ERSCHÖPFTE REVOLUTION

Kuba 60 Jahre nach der Raketenkrise

Bert Hoffmann

Eine Autostunde westlich von Havanna, an einem verlassenen Fleckchen Erde, wo Dornengestrüpp den trockenen Weg überwuchert, war vor 60 Jahren das Zentrum der Weltpolitik: Hier standen die mit Atomsprengeköpfen bestückten sowjetischen Raketen, die damals die Welt in Atem hielten. Von den Abschussrampen ist nur noch ein Betonfundament geblieben. Ausgemergelte Kühe suchen Wertbares in der dünnen Vegetation. Zehn Gehminuten entfernt liegen zwischen niedrigen Bäumen Dutzende zersprengter Betonbögen, die einst das Silo für den Treibstoff der Raketen bildeten.

Der alte Bauer José Testón lebt hier seit 20 Jahren. Aus zwei dieser wuchtigen Betonteile hat er ein Gehege für seine vier Schweine gebaut. Er weiß um die historische Bedeutung des Ortes. Drängender aber ist für ihn die Situation seiner Mangobäume. Sie sind sein Schatz – eigentlich. Doch bei der letzten Ernte sind ihm die reifen Früchte auf dem Hof verfault. Nie hat er die Plastikkisten geliefert bekommen, in die er sie hätte stapeln sollen, und nie sind die Laster gekommen, die sie zum Markt hätten bringen sollen. Fehlender Treibstoff, fehlende Ersatzteile, fehlende Koordination. Die Planwirtschaft funktioniert nicht mehr, und die Marktwirtschaft noch nicht. Der alte Testón nimmt es hin wie Hurrikans und Dürren – Schicksal. Etliche Säcke hat er per Pferd in den Ort zum Verkauf gebracht. Auf seinem Stück Land baut er Knollengewächse und etwas Gemüse zur Selbstversorgung an. Er braucht nicht viel.

Aber Kuba braucht mehr, bräuchte auch seine Mangos, bräuchte viel mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Märkten. Denn die Versorgungslage ist prekär geworden. Die staatlichen Läden sind leer, und auf den Märkten sind die Preise für viele unerschwinglich geworden. Stromsperren sind wieder Teil des Alltags, weil Öl fehlt, weil die altersschwachen Kraftwerke kaputt gehen und weil nie nennenswert in Sonnen- und Windenergie investiert wurde. Die Gesellschaft ist er-

schöpft, die Stimmung auf einem Tiefpunkt. Mehr als 100.000 Kubaner und Kubanerinnen haben die Insel im vergangenen Jahr verlassen.

IN DER NACH-CASTRO-ÄRA

Über fast fünf Jahrzehnte hinweg war die Kubanische Revolution untrennbar mit Fidel Castro verbunden, ihrem charismatischen Führer, der die Karibikinsel 90 Meilen vor den Küsten der USA 1959 auf die große Bühne der Weltgeschichte katapultiert hatte. Das Bündnis mit der Sowjetunion brachte im Kalten Krieg Kuba nicht nur Raketen auf die Insel, sondern für die unteren Gesellschaftsschichten auch einen nie gekannten sozialen Aufstieg. Viele aus den alten Ober- und Mittelschichten verließen das Land. Aber die Zuckerrohrschnitter auf dem Land bekamen feste Löhne, Zugang zu Ärzten und Schulen, und ihre Söhne und Töchter konnten Lehrerinnen oder Ingenieure werden. Niemand wurde reich, aber auch niemand war mehr bitterarm. Dank großzügiger Subventionen aus Moskau versorgte Kubas sozialistischer Staat seine Bürgerinnen und Bürger mit dem Nötigen. Gesundheits- wie auch Bildungssystem wurden zu international gerühmten Errungenschaften. Ein bescheidener Wohlfahrtsstaat in den Tropen.

Dies alles ist lange her. Es ist nicht mehr eine, sondern es sind schon zwei Generationen, die diese „guten alten Zeiten“ nur noch vom Hörensagen kennen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre, als dem Land über Nacht 85 Prozent seines Außenhandels wegbrachen, stürzte Kuba tief in die Krise. Erst nun traf das schon kurz nach der Revolution verhängte Wirtschaftsembargo der USA das Land mit voller Wucht.

Ohne die Verbündeten in Übersee sahen viele schon das Ende auch des kubanischen Sozialismus gekommen. Doch in Havanna schaltete man



Januar 2022, in der Umgebung von San Cristóbal: Der Bauer José Testón vor den Überresten ehemaliger militärischer Anlagen, die heute als Gehege dienen.

© Bert Hoffmann

um auf Kriegswirtschaft: Alles wurde rationiert, die Lichter gingen aus, und „Fidel“ schwor die Bevölkerung auf Durchhalteparolen ein. Heute fühlen sich viele an diese Zeiten erinnert – nur ohne Fidel und mit einer desillusionierten Gesellschaft, in der längst große soziale Unterschiede entstanden sind.⁰¹ Damals sank der Lebensstandard für alle; heute hat ein Teil regelmäßige US-Dollar-Einkünfte, während diejenigen mit Peso-Gehältern nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

In der Not der 1990er Jahre hatte auch Castro Zugeständnisse machen müssen: Agrarmärkte einführen, kleine Selbstständige zulassen, internationalen Tourismus ins Land holen, Kapitalisten zu Joint Ventures einladen, gar Devisenshops eröffnen und den US-Dollar legalisieren, um die Geldsendungen der einst als „Würmer“ verschrienen Emigranten aus den USA ins Land zu locken. Doch als 1999 mit Hugo Chávez ein Verfehrer Fidels im ölreichen Venezuela an die Macht kam, war erneut ein Verbündeter gefunden, der die Insel großzügig unterstützte. Die ungeliebte Reform der eigenen Wirtschaft schien da nicht mehr nötig.

01 Vgl. Katrin Hansing/Bert Hoffmann, *When Racial Inequalities Return: Assessing the Restratification of Cuban Society 60 Years After Revolution*, in: *Latin American Politics and Society* 2/2020, S. 29–52.

Erst als Castro 2006 schwer erkrankte und die Amtsgeschäfte an seinen Bruder Raúl – jahrzehntelang Armeeminister und zweiter Mann im Staate – übergab, hob dieser eine schrittweise Reform hin zu mehr Markt im Sozialismus auf die politische Agenda.⁰² Sein Versprechen war, knapp gesagt: weniger Blick auf die Weltgeschichte, mehr Pragmatismus für den kubanischen Alltag, weniger große Reden, dafür mehr Essen auf dem Küchentisch. So charismatisch wie Fidel lange Zeit gewesen war – auch sein Charisma war keine unendliche Ressource. Am Ende gingen auch bei ihm die Leute nicht mehr zur Kundgebung, um sich am Feuer seiner Rhetorik zu wärmen, sondern weil sie in ihrem Betrieb oder der Parteigruppe nicht negativ auffallen wollten. Deshalb weckte Raúl's Zugang Hoffnungen bei vielen. Es gab Veränderungen: mehr Freiräume für Selbstständige, private Restaurants und Bed and Breakfasts, eine Migrationsreform, die den Kubanern und Kubanerinnen weitgehende Reisefreiheit gab und einen emsigen Kleinstimporthandel in Gang setzte, und auch mehr Zugang zu Mobiltelefonen und Internet, als lange denkbar schien.

Letztlich aber gelang es Raúl Castro nie, sein Versprechen von „mehr Essen auf dem Tisch“ zu

02 Vgl. Bert Hoffmann, *Bureaucratic Socialism in Reform Mode: The Changing Politics of Cuba's Post-Fidel Era*, in: *Third World Quarterly* 9/2016, S. 1730–1744.



Der mutmaßlich einzige noch erhaltene Hangar, in dem sowjetische Atomraketen gelagert wurden.

© Bert Hoffmann

erfüllen. Immer wieder folgten auf zwei Reformschritte nach vorn einer oder zwei zurück. Die Konservativen im Apparat drängten mehr auf Eindämmung denn auf Entwicklung des privaten Sektors. Rechtssicherheit für die neuen Wirtschaftssubjekte lag den regierenden Revolutionären immer fern. Nie konnte sich eine kohärente Reformdynamik entwickeln. Besonders bitter: Auch die Nahrungsmittelproduktion stagnierte.

Doch dann schien ein Wendepunkt erreicht. Als im Dezember 2014 Raúl Castro und US-Präsident Barack Obama in einem Überraschungscoup die Annäherung der beiden verfeindeten Länder auf den Weg brachten, schien Kuba endlich eine neue Perspektive zu erhalten: Raus aus der Logik des Kalten Krieges, eine Reform von innen heraus, ohne Unterwerfung unter den Nachbarn im Norden, wirtschaftliche Entwicklung, ohne das gewachsene soziale Gefüge komplett zu zerreißen. Obama kam zum spektakulären Staatsbesuch auf die Insel, und zum Umsonst- und Draußen-Konzert der Rolling Stones 2016 strömten eine halbe Million Kubaner. Die neue Ära schien zum Greifen nahe.

Der Honeymoon zwischen Washington und Havanna währte jedoch nur kurz. Fidel, eigentlich schon auf dem Altenteil, teilte Querschläge gegen seinen Bruder aus, die Hardliner traten auf die Reformbremse. Und in Washington folgte 2016 der Wahlsieg Donald Trumps. Statt Entspannungspo-

litik gab es nun wieder giftige Kalte-Kriegs-Rhetorik und eine Verschärfung der US-Sanktionen, die die Wirtschaft der Insel weiter strangulierte.

Der kubanischen Führung ist es gelungen, die lange Herrschaft Fidel Castros bruchlos in ein viel bürokratischeres Regime unter Raúl Castro zu überführen. In der Folge vollzog sich 2018 ein weiterer, fast geräuschloser Übergang zu Miguel Díaz-Canel, einem blassen technokratischen Parteikader der nächsten Generation, der heute kubanischer Staatspräsident ist. Oberste Priorität war immer, keine Risse innerhalb der Elite zuzulassen. Dies war aber nur um den Preis einer abgewürgten Wirtschaftsreform und einer Absage an eine gesellschaftliche Öffnung zu erreichen. Beides aber wäre erforderlich gewesen, um in der Bevölkerung Unterstützung zu gewinnen. Doch nicht „Change we can believe in“ wurde versprochen, sondern maximale Kontinuität beschworen. Im Ergebnis ging der Einstieg in die Post-Castro-Ära so zwar einher mit dem Erhalt des politischen Status quo von Sozialismus und Einparteiherrschaft, aber auch mit einer fortschreitenden Entfremdung von der Bevölkerung und einem spürbaren Verlust an Legitimation.

CORONA AUF KUBA

Die Corona-Pandemie hat die Situation in Kuba auf dramatische Weise verschärft. Wie in allen tourismusabhängigen Staaten der Karibik brach der

Hauptwirtschaftszweig über Nacht weg. Auch die zweite zentrale Devisenquelle, die Rücküberweisungen der in die USA emigrierten Kubaner, brach ein. Die strengeren US-Sanktionen hatten die offiziellen Wege des Geldtransfers dichtgemacht, über 400 Western-Union-Büros auf der Insel mussten schließen. In der Folge waren die kubano-amerikanischen Familien auf Personen angewiesen, deren Geschäft es war, zwischen Miami und Havanna hin und her zu reisen und Geld, Handys und andere Waren mitzunehmen. Doch mit dem eingestellten Flugverkehr war dieser Weg versperrt. In Kuba taten der harte Lockdown und die Ausgangssperren ihr Übriges, um weite Teile der heimischen Produktion zum Erliegen zu bringen.

Mit Covid-19 aber schlug auch die Stunde der großen Bio-Tech-Zentren, die im Westen Havannas liegen und die einzige wirklich moderne Industrie des Landes bilden. Mit enormem Aufwand seit den 1980er Jahren auf Initiative Fidel Castros aufgebaut, waren sie zwar von teuren Technologieimporten abhängig, aber mit ihnen konnte Kuba seine große Investition in Bildung und Gesundheit ökonomisch in Wert setzen. Kubanischen Forschern gelangen bemerkenswerte Erfolge in der Entwicklung von Medikamenten und Vakzinen. Ein großer Teil der im Land verbrauchten Pharmaprodukte werden hier hergestellt, und es konnten substantielle Exporte erreicht werden – wenn auch fast nur in Länder des Globalen Südens, denn die Anerkennungs- und Zulassungsverfahren für die EU oder die USA sind dermaßen komplex und vermachet, dass sie für eine Produktion wie die kubanische praktisch unüberwindbar sind.

In der Pandemie nun traf die Staatsführung die riskante Entscheidung, keine russischen oder chinesischen oder sonstigen Vakzine zu importieren, sondern allein auf die Entwicklung eigener Impfstoffe zu vertrauen. Und das, was milliarden-schwere westliche Pharmakonzerne – Hoechst, Bayer, Schering, LaRoche, Merck und wie sie alle heißen – bis auf wenige Ausnahmen nicht schafften, den kubanischen Forschern gelang es: Sie entwickelten Anti-Covid-Vakzine, die nicht nur in einschlägigen Studien Wirksamkeit zeigten, sondern auch den Praxistest bei der Bewältigung der Pandemie bestanden.⁰³ Allerdings verzögerte sich die Massenproduktion, und bevor die staatliche Impfkampagne flächendeckend grei-

fen konnte, erreichte die Delta-Variante die Insel – mit verheerenden Folgen. Die Kubaner mussten erleben, wie ihr hochgelobtes Gesundheitssystem von Covid überrannt wurde. Die Versorgung in den Krankenhäusern lief auf Grund. Die Fabrik, die 95 Prozent des medizinischen Sauerstoffs des Landes herstellte, kollabierte und fiel in der kritischsten Zeit aus. Erschwerend kam der hohe Anteil alter Menschen in Kuba hinzu: Mehr als 16 Prozent der kubanischen Bevölkerung sind über 65 Jahre alt, verglichen mit 9 Prozent im lateinamerikanischen Durchschnitt.

Kubas offizielle Zahlen zu Covid-Toten – rund 8500 bis August 2022⁰⁴ – ergeben dabei kein vollständiges Bild. Aussagekräftiger dürften die Daten für die „Übersterblichkeit“ sein, also die Zahl an Toten in einer bestimmten Zeitspanne, die über die statistisch zu erwartende „Normalsterblichkeit“ hinausgeht. Während der drei Monate der Delta-Welle stieg dieser Wert dramatisch an, auf ein Sechsfaches der offiziell registrierten Covid-Todesfälle.⁰⁵ Damit gehört Kuba zu einem der am härtesten getroffenen Länder weltweit.

Als die Impfkampagne dann in der zweiten Jahreshälfte 2021 anlief, war sie vorbildlich – und zeigte die zu Recht gerühmte Seite des kubanischen Gesundheitssystems. Ende des Jahres waren nicht weniger als 85 Prozent der Bevölkerung vollständig mit den einheimischen Vakzinen geimpft. Trotz dieses Erfolgs blieb die Pandemie auf der Insel als gesellschaftliches Trauma zurück. Dies nicht nur wegen der rigiden Lockdown-Maßnahmen und der ökonomischen Nöte, sondern auch wegen der dramatischen Überlastung der Krankenhäuser, in deren Folge fast jede und jeder Todesfälle in Familie, Nachbarschaft oder Betrieb erleben musste.

KRISE, PROTEST UND RESIGNATION

Am 11. Juli 2021 entlud sich die während der Covid-Zeit aufgestaute Frustration. Als in einer Kleinstadt unweit von Havanna Hunderte auf die Straße

⁰³ Vgl. Talha Burki, Behind Cuba's Successful Pandemic Response, in: *The Lancet/Infectious Diseases* 4/2021, S. 465f.

⁰⁴ Vgl. Ministerio de Salud Pública de la República de Cuba, Parte de cierre del día 4 de agosto a las 12 de la noche, 5.8.2022, <https://salud.msp.gob.cu/parte-de-cierre-del-dia-4-de-agosto-a-las-12-de-la-noche-3>.

⁰⁵ Vgl. Covid-19 Has Damaged the Reputation of Cuban Health Care, 3.8.2022, www.economist.com/graphic-detail/2022/08/03/covid-19-has-damaged-the-reputation-of-cuban-health-care.

gingen, verbreiteten sich die Bilder davon wie ein Lauffeuer von Handy zu Handy. Auf der ganzen Insel kam es zu spontanen Protesten. Verglichen mit Millionen-Demos andernorts war diese Mobilisierung zahlenmäßig überschaubar; in Kuba aber, wo Demonstrationen gegen die Regierung nicht erlaubt sind, waren es die ersten landesweiten Straßenproteste seit über sechs Jahrzehnten. Entsprechend groß ist die Bedeutung dieses 11. Juli, oder „11 J“, wie er auf der Insel abgekürzt wird.

Die Proteste selbst hatte die Staatsmacht innerhalb eines Tages aufgelöst. In Havanna gingen in Zivil gekleidete Sicherheitskräfte mit Knüppeln und Metallstangen gegen Demonstranten vor. In La Güinera, einem Vorort der Hauptstadt, wurde ein Protestierender von Polizeikräften erschossen. Mehr als tausend wurden verhaftet. Obgleich die Proteste weitgehend friedlich geblieben und nur vereinzelt Scheiben zu Bruch gegangen oder Polizeifahrzeuge umgekippt worden waren, verhängten die Gerichte in den anschließenden Prozessen drakonische Strafen von bis zu 25 Jahren Gefängnis. Offenkundig ging es nicht um ein angemessenes Strafmaß, sondern um exemplarisch harte Strafen als Abschreckung.⁰⁶ Seitdem herrscht Ruhe auf den Straßen. Aber die Wut über die prekäre Wirtschaftslage ist geblieben, und bei vielen auch die Frustration über eine Regierung, die zu keiner politischen Öffnung bereit zu sein scheint.

In dieser Situation ist Auswanderung zum Ventil geworden. In dem Maße, in dem sich das Land wieder dem internationalen Flugverkehr öffnete, setzte eine neue Welle der Massenauswanderung ein. Seitdem Nicaragua Kubaner ab November 2021 visafrei einreisen lässt, ist das Land zum Sprungbrett in die USA geworden. Wie so viele Migranten aus Zentralamerika geht es auf dem Landweg zur mexikanischen Grenze und von dort illegal in die USA. Im Unterschied zu anderen Migranten aber sind Kubaner durch ein US-Gesetz aus der Zeit des Kalten Krieges vor Abschiebung geschützt: Sie können in den USA bleiben und dort nach einer Weile Bleibestatus, Arbeitserlaubnis und schließlich die Staatsbürgerschaft erhalten. Zwischen Oktober 2021 und April 2022 haben rund 115 000 Kubaner allein auf diesem Weg die Insel verlassen. Hinzu kommen Tausende wei-

tere in andere Länder, nach Spanien, Serbien oder wo auch immer sie Flug und Visa bekommen können. Es sind vor allem die jungen Kubaner und Kubanerinnen, die keine Perspektive mehr sehen und das Land verlassen, und die doch für die Zukunft Kubas so dringend auf der Insel gebraucht würden.

GESPALTENE WÄHRUNGSWELTEN

Die Regierung Díaz-Canel hat die von Raúl Castro geerbte wirtschaftspolitische Reformagenda keineswegs begraben, nur stehen zu viele Interessen im Weg, die eine erfolgreiche Umsetzung verhindern. Besonders deutlich wird dies bei der Währungsfrage, die die Gesellschaft tief spaltet. Denn seitdem in der Krise der 1990er Jahre Fidel Castro den US-Dollar als Rettungsanker für die sozialistische Ökonomie legalisieren musste, koexistieren zwei parallele Währungswelten: auf der einen Seite der Peso, in dem der Staat Löhne und Gehälter zahlt, auf der anderen eine Hartwährung, die im Wesentlichen von den Überweisungen der Verwandten im Ausland und dem Tourismus gespeist wird und mit der man in den Devisenshops jene Dinge kaufen kann, die in den Staatsläden Mangelware sind.

Die Form dieser Hartwährung hat sich über die Jahre immer wieder verändert: Ursprünglich waren es schlicht die grünen US-Dollar-Scheine; als diese verbannt wurden, trat an ihre Stelle ein 1:1 zum Dollar fixierter „Konvertibler Peso“ (CUC); dieser wurde wiederum Anfang 2021 abgeschafft. Seitdem gibt es die ebenfalls 1:1 zum Dollar gesetzte „Moneda Libremente Convertible“ (MLC), die „frei konvertierbare Währung“, die nicht in Form von Scheinen, sondern nur als Kartengeld existiert. Geblieben ist aber immer ein krasses Missverhältnis zwischen Peso und Hartwährung. Lange lag dieses bei ungefähr 1:25, sprich 25 Pesos für einen Dollar. Die regulären, in Pesos ausgezahlten Löhne entsprachen damit lediglich 30, 50 oder im Höchstfall 100 Dollar im Monat. Ein Kellner im Touristenhotel konnte an einem Tag also mehr an Trinkgeld einnehmen, als ein Stahlarbeiter im Monat verdiente. So etwas zerreißt eine Gesellschaft.

Abhilfe sollte eine Währungsreform schaffen, die den Peso wieder zur alleinigen Währung im Land macht. Doch zu groß schienen vielen im Apparat die Gefahren von Inflation und dem Druck, unrentable Staatsbetriebe schließen oder Arbeiter entlassen zu müssen. Zuerst, so ihr Argument, müssten bessere Bedingungen

⁰⁶ Vgl. Five Things You Should Know a Year on from Cuba's 11 July Protests, 11.7.2022, www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/five-things-you-should-know-cubas-11-july-protests.

geschaffen werden: ein wachsender nicht-staatlicher Sektor in der Wirtschaft, der in der Lage ist, Arbeitskräfte aufzunehmen, und mehr Geld im Staatshaushalt, um soziale Nöte abfedern zu können. Doch diese besseren Zeiten kamen nie. Stattdessen schlitterte der wichtigste Verbündete, Venezuela, immer weiter in seine eigene Krise, sodass die großzügigen Öllieferungen zusammenschumpften. Als in Brasilien 2019 die linke Regierung durch den extrem rechten Präsidenten Jair Bolsonaro abgelöst wurde, bedeutete dies das Aus für das große Programm entsandter kubanischer Ärzte in dem Land, das Kuba mehr Devisen brachte als alle Einkünfte aus Tabak und Rum zusammen. Dann kam Trump, dann Covid. Als die Regierung in Havanna zum 1. Januar 2021 endlich die so lange angekündigte Währungsreform vollzog, geschah dies unter den denkbar schlechtesten Bedingungen.

Entsprechend waren die Folgen: Wo die Preise nicht künstlich festgezurrert waren, trieb die Inflation sie rasch in die Höhe; wo die Preise staatlich festgelegt waren, gab es kaum noch etwas zu kaufen. Ein absolutes Minimum an Reis, Bohnen, Zucker und anderem Grundbedarf wird weiterhin über Rationierungskarten verteilt. Darüber hinaus aber fehlt dem Staat schlicht das Geld, um Waren zu hoch subventionierten Peso-Preisen zu verkaufen. Der Ausweg war, wie schon in den 1990er Jahren, die Ausweitung separater Devisenshops. Dort bezahlt man in MLC, also mit Bankkarten, die an ein Hartwährungskonto bei einer kubanischen Bank gekoppelt sind. Die hat aber nicht jeder. Wer keine Verwandten im Ausland oder anderweitig Dollareinkünfte hat, etwa als Künstler oder im Tourismus, bleibt außen vor. Natürlich gibt es Ausnahmen: Armeegeneräle und hochrangige Parteikader haben Privilegien, auch verdiente Sportler oder Ärzte im Auslandseinsatz. Aber die allermeisten, die auf Peso-Einkünfte angewiesen sind, sehen sich langen Schlangen und leeren Regalen gegenüber – und auf dem Schwarzmarkt aus dem Ruder laufenden Preisen. Wie hoch die Inflation tatsächlich ist, darüber geben die offiziellen Statistiken wenig Auskunft. Ein verlässlicher Indikator aber ist der Wechselkurs auf dem Schwarzmarkt. In den 20 Monaten nach der Währungsreform hat sich der Dollar-Kurs dort fast verfünffacht.

Sicher, in Kuba gehen alle Kinder zur Schule, auch wenn die Qualität der Bildung nicht mehr die gleiche ist wie früher; alle haben kostenlosen

Zugang zu Ärzten und Krankenhäusern, obwohl der Mangel an Medikamenten inzwischen etliche Behandlungen unmöglich macht; und in Kuba gibt es, im Unterschied zu so vielen Ländern Lateinamerikas, keine No-go-Areas, in denen kriminelle Banden das Sagen haben. Das alles ist nicht wenig. Aber gleichzeitig ist die Verarmung breiter Teile der Gesellschaft nicht mehr zu übersehen. Und die Kluft zwischen den Währungswelten wirkt noch bitterer, weil sich die Versorgungslage in der staatlichen Peso-Wirtschaft seit Beginn der Pandemie so dramatisch verschlechtert hat.

PUTINS LANGER SCHATTEN

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat Kubas Sorgen weiter vergrößert. Bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über die Verurteilung des russischen Angriffs am 2. März 2022 votierte Kuba in einem diplomatischen Drahtseilakt mit Enthaltung. Mit Blick auf die USA ist es für Kuba geradezu zwingend, auf dem Prinzip der unverletzlichen Souveränität von Staaten vor den Türen einer Großmacht zu bestehen.⁰⁷ Aber ansonsten folgen Kubas Staatsmedien voll und ganz der Moskauer Erzählung, dass Russland sich nur gegen die Einkesselung durch die Nato und ein faschistisches Regime in der Ukraine verteidige. Letzten Endes gilt hier immer noch: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Und wenn Putin gegen die USA steht, dann steht Kuba an seiner Seite.

Ökonomisch sind die negativen Folgen des Krieges für Kuba unmittelbar spürbar. Touristen aus Russland, die sich in den vergangenen Jahren zu einer substanziellen Kundschaft für Kubas All-inclusive-Strandhotels entwickelt hatten, kommen nicht mehr, seit die Flugrouten aus Moskau unter die westlichen Sanktionen fallen. Zudem leidet Kuba, wie so viele andere Länder auch, unter den massiv gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Treibstoff, Dünger und Schiffstransporte.

Umso schwerer wiegt das Fehlen einer robusten landwirtschaftlichen Eigenproduktion. So,

⁰⁷ Vgl. Ministerio de Relaciones Exteriores de la República de Cuba, „Cuba aboga por una solución que garantice la seguridad y soberanía de todos“. Declaración del Gobierno Revolucionario, 26.2.2022, <https://cubaminrex.cu/es/cuba-aboga-por-una-solucion-que-garantice-la-seguridad-y-soberania-de-todos>.

wie die Mangos des alten José Testón nicht zum Verbraucher kommen, so bringen auch die meisten landwirtschaftlichen Staatsbetriebe nicht annähernd das auf die Märkte, was sie sollten. Galt Kuba einst als die „Zuckerinsel“ der Welt, fuhr das Land im vergangenen Jahr sogar beim Zucker einen historischen Negativrekord ein, der kaum mehr als den Eigenbedarf deckt.

Von den USA ist auch nach Trump wenig zu erwarten. Präsident Joe Biden hat die aktive Entspannungspolitik Obamas nicht aufgegriffen, sondern nur an kleineren Stellschrauben vormalige Verschärfungen zurückgedreht. Washingtons Sanktionen verhindern nicht nur Kubas Handel mit seinem natürlichen Markt 90 Meilen nördlich, sondern auch Tourismus aus den USA. Und sie haben Auswirkungen weit über die USA hinaus. Auch deutsche Banken scheuen Transaktionen, die Kuba berühren, aus Sorge vor Repressalien der USA. Zudem haben die Trump-Jahre die exilkubanische Community in den USA radikalisiert. Ihre Wortführer treten aggressiver und unversöhnlicher denn je auf. Ein Beispiel sind die Boykott-Kampagnen gegen alle Künstler, Musiker oder Wissenschaftler, die in offiziellen kubanischen Institutionen auftreten oder arbeiten. Das öffentliche Klima ist von toxischer Intoleranz geprägt. Praktisch jedem in Kuba, der nicht tot oder im Gefängnis ist, droht, von den Kommentatoren in Miami als Handlanger des Regimes gebrandmarkt zu werden.

Angesichts der kritischen Lage bleibt in Kuba die Hoffnung, dass aus der Not heraus Reformen doch mutiger angegangen werden als früher. Kleinere und mittlere private Unternehmen werden nicht mehr nur als ungeliebtes Zugeständnis gesehen, sondern sind legalisiert und gelten offiziell als Bausteine der angestrebten Wirtschaftsordnung. Zudem dürfte sich der pandemiebedingt eingebrochene Tourismus allmählich wieder erholen. Eine andere Hoffnung sind die Impfstoffe gegen Covid, aber auch andere medizinische Erzeugnisse, die im Prinzip in Länder des Globalen Südens exportiert werden können. Eine weitere Hoffnung ist, dass in Lateinamerika nach den

Wahlsiegen linker Kandidaten in Chile und Kolumbien – und möglicherweise im Oktober auch in Brasilien – wieder ein günstigeres internationales Klima herrschen könnte, das erneut zu Verträgen über die Entsendung kubanischer Ärzte führen könnte.

Doch wie weit diese Hoffnungen tragen, ist ungewiss. In den Nöten des Alltags haben viele Kubaner die Geduld verloren, auf ihre ungewisse Erfüllung zu warten. Zudem hat die harte Reaktion auf die Straßenproteste 2021 bei vielen die Zuversicht zunichte gemacht, dass ein politischer und sozialer Wandel von innen, wie schrittweise oder begrenzt auch immer, in absehbarer Zeit möglich wäre. Die Regierung hat ihre Macht demonstriert, aber ihr sozialer Rückhalt schwindet. Zur Rückkehr des Kalten Krieges auf der globalen Ebene kommt so auch eine starke Polarisierung im Inneren.

Schon vor der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine hatte Putin Kuba als Bühne genutzt, um Russlands internationale Ambitionen zu untermauern. Moskau erließ Havanna 90 Prozent seiner Schulden und spendierte eine Modernisierung des maroden Eisenbahnsystems. Zum 500. Geburtstag Havannas 2019 schenkte Russland der kubanischen Hauptstadt die Vergoldung der Kuppel des Capitolio mit echtem Blattgold. Damit einher gingen aber auch Statements des russischen Verteidigungsministeriums, man überlege, ehemalige militärische Stützpunkte auf der Insel wiederzubeleben.⁰⁸ Noch deutlicher wurde die Machtdemonstration im Sommer 2019, als die russische Kriegsmarine eine ihrer modernsten Fregatten den Hafen von Havanna anlaufen ließ. Und im Januar 2022, kurz vor dem Einmarsch in der Ukraine, erneuerte Putins Außenminister Sergej Lawrow die Aussage, dass er Pläne zur Stationierung russischer Truppen in Kuba nicht ausschließen möchte.⁰⁹ 60 Jahre nach der Raketenkrise steht über Kuba so – neben allen Problemen, die die Insel ohnehin plagten – erneut der düstere Schatten, zur Projektionsfläche für den geopolitischen Machtkampf der Großmächte des Kalten Krieges zu werden.

⁰⁸ Vgl. Russia „Considering Military Bases in Cuba and Vietnam“, 7. 10. 2016, www.bbc.com/news/world-europe-37591756.

⁰⁹ Vgl. Jennifer Rankin/Luke Harding/Julian Borger, Russia Threatens Military Deployment to Cuba and Venezuela as Diplomacy Stalls, 13. 1. 2022, www.theguardian.com/world/2022/jan/13/russia-says-talks-with-nato-over-ukraine-are-hitting-a-dead-end.

BERT HOFFMANN

ist Lateinamerika-Experte am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) Hamburg und Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

bert.hoffmann@giga-hamburg.de

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



Im Podcast „Aus Politik und Zeitgeschichte“ nehmen wir Sie mit zu unseren Expertinnen und Experten. Wir sind uns sicher, dass Sie und wir nach einer halben Stunde schlauer sind als vorher.

Neue Folgen gibt es einmal im Monat auf bpb.de/apuz-podcast und überall, wo Sie Podcasts hören.

INTERVIEW

„GUTE KUNST ZWINGT DIE MÄCHTIGEN, ZU REAGIEREN“

Ein Gespräch über Kunst und Aktivismus in Kuba

mit *Tania Bruguera*

Kann Kunst Gesellschaft wirklich verändern?

– Nicht auf einmal als Ganzes, aber Schritt für Schritt. Wir sollten nicht zu viel Druck aufbauen oder zu große Erwartungen haben, weil Kunst nicht alle bürgerlichen Pflichten ersetzen kann, die wir haben, um Gesellschaft zu verändern. Aber wir können die Art und Weise verändern, wie wir Dinge sehen und wie wir Angst und Ungewissheiten verarbeiten.

Mit Ihrem Instituto de Artivismo Hannah Arendt (INSTAR) verbinden Sie Kunst und Aktivismus bereits im Namen. Inwiefern hängt beides für Sie zusammen?

– Sie müssen wissen, dass es in Kuba verboten ist, Aktivist zu sein. Als ich begann, einige Dinge, die in meinem Land geschahen, nicht mehr zu verstehen, hatte ich nicht die Sprache, dies auszudrücken. In Kuba habe ich ohnehin nie etwas über Aktivismus gelernt, weil die Regierung jede Form von zivilgesellschaftlicher Organisation korrumpiert hat, es gibt nur noch staatsreue bürokratische Institutionen. So kam ich fernab meiner Heimat in

Kontakt mit Aktivismus, und als ich zurückkam, sagte ich mir: Genau das ist die Sprache, die ich nutzen möchte, um den öffentlichen Raum zurückzuerobern. Und weil ich Aktivismus als Sprache sehe, als kollektive öffentliche Sprache, war mir klar: Ich möchte sie mit Poesie versehen – also müssen wir unerwartete Dinge tun. Denn schon in Europa und Nordamerika war mir aufgefallen, dass Politiker manchmal nicht zuhören, wenn nicht gerade zwei Millionen Menschen auf die Straße gehen. Oder sie speisen einen mit vorgefertigten Antworten ab. Also müssen wir kreativer sein – und Kunst ist dafür der beste Weg. Das Überraschungsmoment, wenn die Person, die du erreichen willst, noch keine Antwort weiß, ist unsere Gelegenheit, Druck zu erzeugen und soziale Anliegen voranzubringen.

Wie kann der Transfer von Ideen zu Aktionen gelingen?

– Es gibt keine Erfolgsformel, aber es braucht Inspiration, Geduld und Ausdauer. Leider lassen sich mit Kunst und Aktivismus keine Gesetze ändern, aber man kann das allgemeine

Bewusstsein beeinflussen. Mich interessiert aber gar nicht so sehr, wie Wandel bewerkstelligt werden kann – denn ich weiß, dass er möglich ist. Mein Augenmerk liegt vielmehr darauf, wie sich Prozesse, in denen einige Freiheiten und Rechte gewonnen wurden, verstetigen lassen, sie also nicht einfach wieder umgedreht werden.

Ist künstlerische oder kulturelle Bildung so etwas wie politische Bildung – vielleicht sogar effektiver?

– Wir können das nicht verallgemeinern und auch nicht auf eine Sache reduzieren. Ich glaube, dass Kunst verschiedene Zwecke hat. Mich interessiert vor allem, wie man Kunst zu einem Instrument für politische Kämpfe machen kann, ohne dass sie zu Propaganda wird. Das ist das Ziel. Denn Kunst ist etwas, das offen und selbstkritisch ist und sich ständig verändert. Wenn man analysiert, wer man ist und was man als Kunst macht, muss man sich ändern. Das ist der Unterschied zu Propaganda: Propaganda besteht aus geschlossenen Aussagen, sie hat keine Nuancen und reduziert die Komplexität der Welt auf Schwarz und Weiß. Kunst tut das nicht.

Was macht gute politische oder aktivistische Kunst aus?

– Ich glaube, gute aktivistische Kunst ist, wenn du andere damit inspirierst, ihnen ein Werkzeug in die Hand gibst. Zugleich sollte man sich im Klaren darüber sein, dass man mit einer Aktion nicht gleich alles erreichen kann, aber dass jede Aktion ein Puzzleteil ist. Gute aktivistische Kunst ist auch, wenn Menschen inne-



Tania Bruguera im Ausstellungsbereich des kubanischen Künstlerkollektivs INSTAR auf der Documenta 15. Die Masken im Hintergrund und die Namen auf der Wand erinnern an Künstler und Intellektuelle, die unter kubanische Zensur gefallen sind.

Foto: bpb

halten und sich fragen: Was tue ich hier? Warum tue ich es? Warum mache ich nichts anderes? Ich glaube, meistens reagiert politische Kunst nur – wenn du etwas im Fernsehen siehst oder eine Nachricht oder ein Gerücht hörst, das dich wütend macht. Gute aktivistische Kunst ist jedoch die Kunst des „noch nicht“, des erst noch Kommenden, die die Mächtigen zum Reagieren zwingt. Sie ist auch keine Kunst, um die man passiv herumsteht, sondern die politisch aktiviert.

Können Sie ein Beispiel nennen? – Ja, aus dem Jahr 2015. Ich wusste, die kubanische Regie-

rung würde versuchen, mir etwas anzuhängen. Also begann ich eine Performance, die letztlich zur Initialzündung für das INSTAR wurde. Ich begann Hannah Arendt zu lesen, „The Origins of Totalitarianism“, und nahm mich dabei rund um die Uhr auf. Ich nutzte also dieselbe Technik, die der Staat nutzte, um mich zu überwachen. Auf diese Weise konnte ich nachweisen, dass ich nichts Verbotenes tat. Und es passierte tatsächlich: Eines Tages verließ ich das Haus, um zu einer nahegelegenen Ausstellung eines Freundes zu gehen. Und mir wurde mitgeteilt: „Sie können nicht eintreten, Sie haben

vor drei Tagen an anderer Stelle für einen Skandal gesorgt.“ Und ich sagte: „Nun, ich habe den Beweis, dass das nicht stimmt.“

Sie sind natürlich eine prominente Ausnahme. Inwieweit ist es anderen Künstlerinnen und Künstlern in Kuba möglich, diese Art von Kunst zu machen? – Es ist möglich, aber es hat einen Preis. Letztlich kann jeder diese Art von Kunst machen, weil es Kunst ist, die nicht auf bestimmten handwerklichen Fähigkeiten oder kunsthistorischem Wissen beruht. Es handelt sich um einen Prozess, bei dem Wut in etwas Konstruk-



Propagandaszenen aus dem staatlichen kubanischen Fernsehen, von INSTAR auf der Documenta 15 dargestellt als simple Inszenierung auf Pappkartons.

Foto: bpb

tives verwandelt wird, das alle anderen mitnimmt. In den vergangenen drei Jahren ist sehr deutlich geworden, dass in Kuba eine sehr breite Bewegung entstanden ist, die Veränderungen verlangt und hierfür auch Kunst nutzt. Tatsächlich haben wir Künstler uns an die Spitze dieser Bewegung gesetzt, unsere Aktionen waren einer der Ausgangspunkte. Aber es stimmt, ich bin sicherer, weil ich sichtbarer bin. Aber auch wenn du sichtbarer bist, ist es manchmal besser, etwas nicht zu tun. Zum Beispiel konnte ich längere Zeit in Kuba nicht rausgehen. Manchmal gab ich meine Ideen an andere weiter, und manchmal erzählten andere mir ihre Ideen,

die ich umsetzte, weil es für sie zu riskant gewesen wäre. Es ist also die Frage, wie man seine Privilegien nutzt.

Wie hat sich die Gesamtsituation für Künstler in Kuba in den vergangenen Jahren entwickelt? – Leider sitzen mehrere Künstler im Gefängnis, einige wurden zu fünf und neun Jahren verurteilt. Andere sind im Hausarrest für ein, zwei oder drei Jahre. Aber tatsächlich ist gar nicht so wichtig, was speziell Künstlern geschehen ist. Denn nach den Protesten vom 11. Juli 2021, als das ganze Land spontan auf die Straße ging, machte die Masse der Kubaner uns obsolet: Wenn du am 11. Juli rausgegangen bist,

tatest du das nicht als Künstler, sondern als Bürger. Hinzu kommt, dass die Zensur früher eher wertschätzend und vorläufig daherkam. Jemand sprach dich an: „Bitte, tu das nicht, oder willst du dich in Schwierigkeiten bringen?“ Heute hingegen gibt es dafür um die zehn Gesetze, die drakonische Strafen vorsehen. Es ist fast, als hätte man die chinesischen und russischen Regeln miteinander kombiniert.

Sie selbst mussten vor etwa einem Jahr Kuba verlassen. Auf welche Weise wurde und wird Druck auf Sie ausgeübt?

– Heute genau vor einem Jahr, es war der 17. August 2021. Nun, ich bin jetzt draußen,

also ist es anders. Aber die Regierung macht keine Pause. Es wird nach wie vor schlecht über mich geredet, es werden falsche Gerüchte gestreut, die mich in ein bestimmtes Licht rücken sollen. Ich sage immer: Wenn du Aktivist wirst, musst du aufhören, für andere Dinge zu brennen. Denn in totalitären Systemen ist es so: Wenn herauskommt, dass du neben deinem politischen Anliegen andere Leidenschaften hast, wird das gegen dich verwendet. Aktivist zu sein, ist also eine sehr reale Übung. Man muss einerseits sehr leidenschaftlich sein, andererseits alle anderen Leidenschaften unterdrücken. Aber in meinem Fall hatte die Regierung selbst ein Verlangen, sie wollte, dass ich das Land verlasse. Vier Mal wurde ich angesprochen: „Sie müssen gehen, Sie setzen Ihre Karriere auf's Spiel“, all so was. Beim vierten Mal boten sie mir sogar an, den Flug zu bezahlen – verrückt, oder? Als dann einige Kollegen ins Gefängnis kamen, traf ich eine Entscheidung und schlug einen Tausch vor: Ihr wollt, dass ich gehe? Dann will ich, dass ihr meine Kollegen freilässt. Ich weiß, es war vielleicht ein bisschen arrogant von mir – aber ich wollte zeigen, wie stark die kubanische Zivilgesellschaft bereits ist. Denn traditionell war es immer die Kirche, die eingriff und die Freilassung von politischen Gefangenen aushandelte, oder Ex-Präsidenten aus dem Ausland. Ich versuchte es, und es hat funktioniert. Was eigentlich nur beweist, wie schwach das Regime ist. Im Grunde ist das der heutige Stand. Viele Künstler werden ins Exil gedrängt. Im vergangenen Jahr verließen

fast 200 000 Kubaner das Land, und natürlich sind auch Künstler darunter.

Die exilkubanische Community in den USA boykottiert teilweise kubanische Künstler, die in offiziellen kubanischen Institutionen auftreten oder dort arbeiten – was halten Sie davon?

– Ich respektiere den Politisierungsprozess jedes einzelnen Menschen. Auch ich bin nicht eines Tages aufgewacht und war plötzlich Dissidentin. Ich spürte zwar, wie ich zensiert wurde, aber rechtfertigte es sogar, als läge die Schuld bei mir. Ich durchlief einen langen Prozess, bis ich zu dem wurde, was ich bin. Ich denke, niemand hat das Recht, aus seiner Position über andere zu urteilen. Vielmehr sollte man versuchen, die momentane Lage zu verstehen und den Künstlern in Kuba helfen, Dinge anders zu sehen oder frei sprechen zu lernen. Denn oftmals werden wir unterdrückt und merken es nicht einmal, weil wir in diese Situation hineingeboren wurden. Die Unterdrückung ist naturalisiert.

Auf der Documenta präsentieren Sie Künstler, die alle auf irgendeine Weise vom kubanischen Staat zensiert, stigmatisiert oder kriminalisiert wurden. Sie versuchen, eine Gegenerzählung zu zeigen. Welche Aspekte sind Ihnen besonders wichtig?

– Mir ist es sehr wichtig, die Komplexität und das Ausmaß zu zeigen, wie unabhängiges Denken in alle intellektuellen Bereiche Kubas vorgedrungen ist – von Akademikern zu Musikern, Schriftstellern, Künstlern, Theaterleuten und so weiter. Anders als die Regierung

behauptet, handelt es sich nicht nur um drei oder vier Leute, es sind Hunderte, es ist eine Bewegung. Das zeigen auch die vielen öffentlichen Veranstaltungen, die wir hier organisieren. Eine andere Sache, die ich hierherbringen wollte: Bitte beurteilt ein Land nicht nach zehn Männern und Mojitos am Strand. Deshalb verändern wir die Ausstellung alle zehn Tage – in gewisser Weise ist es eine Metapher dafür, dass niemand das ganze Kuba begreifen kann. Auch das Gefühl „ich verpasse etwas“ ist wichtig. Oft geht Kunst belehrend oder paternalistisch mit dem Publikum um. Hier ist es anders: Wir wollen, dass die Menschen merken, dass sie etwas verpassen – weil es nicht mehr existiert, wie die Freiheit in Kuba, oder weil sie nicht die Möglichkeit hatten, alles zu verstehen.

Und haben Sie den Eindruck, dass das sozial und politisch weich gebettete deutsche Publikum Sie versteht?

– Ich glaube, Deutschland ist einer der besten Orte, diese Werke zu zeigen, weil es hier die DDR gab. Die kubanische Geheimpolizei wurde schließlich vom KGB und der Stasi trainiert, also gibt es vielleicht ein paar Ähnlichkeiten. Natürlich kommen die Menschen in erster Linie, um Kunst zu sehen – und die Kunst, die wir zeigen, ist gut. Das ist wichtig, denn manchmal rechtfertigt die kubanische Regierung Zensur mit Qualitätsgründen. Die Existenz politischer Künstler oder politischer Gefangener zu negieren, ist in meinen Augen das Schlaueste, was die kubanische Regierung je getan

hat. Sie finden immer Vorwände. Zum Beispiel wird man als politischer Gefangener offiziell nicht für sein politisches Denken verurteilt, sondern für was weiß ich was – du hast etwas auf die Straße geworfen oder jemanden geschlagen. Es werden Dinge erfunden oder übertrieben, um vermeintlich nicht politisch urteilen zu müssen. Dasselbe geschieht mit der Kunst. Wenn du ein politischer Künstler bist, wirst du nicht wegen des Inhalts zensiert, sondern es wird schlicht gesagt: „Das ist keine gute Kunst.“ Sie versuchen, dich zu marginalisieren und all deiner Möglichkeiten zu berauben. Es kann sein, dass ein Kurator kommt, um dich zu sehen, und sie zeigen ihm andere Künstler. All das schreckt natürlich andere ab, politische Kunst zu machen. Man sagt ihnen, dass sie hungrig auf der Straße enden werden. Aber diese Documenta beweist das Gegenteil.

Inwiefern hat die öffentliche Debatte um antisemitische Bilder auf der Documenta Ihre Ausstellungsarbeit überschattet?

– Hier in unserem Ausstellungsraum hatten wir kein Bild, das als antisemitisch angesehen wurde. Ich denke, jeder Künstler hier hat seine lokalen Probleme nach Deutschland mitgebracht. Und es fühlt sich fast so an, als habe auch Deutschland sein eigenes Problem eingebracht, nämlich Antisemitismus und der Umgang mit der Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen und so weiter. Ich bin sehr an Kontroversen interessiert, habe also keine Angst vor ihnen. Wir sind alle Intellektuelle, also sollten wir uns an einen

Tisch setzen können und friedlich miteinander streiten. Dies hier nicht zu erleben, hat mich wirklich traurig gemacht. Es macht mir auch Angst, dass wir Debattenräume schließen, in der Welt, nicht nur in Kuba.

Was nehmen Sie von der Documenta hauptsächlich mit? Ist etwas dabei, das Ihnen Hoffnung gibt, dass sich in Kuba irgendetwas verbessert?

– In Kuba: nein [*lacht*]. Aber in der Welt: ja. Ruangrupa [das indonesische Künstlerkollektiv, das die künstlerische Leitung der Documenta 15 innehatte, *Anm. d. Red.*] hat eine sehr eigene Art zu kuratieren. Ich habe diese Erfahrung in zwanzig Jahren zum ersten Mal gemacht. Alle lokalen Mitglieder haben sich über zwei Jahre hinweg über Whatsapp ausgetauscht, diskutiert und Ideen entwickelt. Es lief alles auf sehr schöne, natürliche und großzügige Weise. Es war wirklich etwas Besonderes. Ich habe eine Menge darüber gelernt, anderen Raum zu geben. Und sicher werden sich Dinge in der Kunstwelt verändern, denn hier gab es keinerlei kommerziellen Einfluss. Bei anderen großen Projekten erkennt man die

Hand des Marktes. Hier aber hatte jeder Künstler dasselbe Budget zur Verfügung. Manche entschieden, die Hälfte davon im eigenen Land zu nutzen, was in Kuba leider nicht möglich war. Bei einer meiner Vernehmungen wurde gar behauptet, das Geld von der Documenta sei von der CIA. Ich antwortete dem Vernehmer: „Oh, bitte, können Sie das im Fernsehen wiederholen?“ Was aber noch schöner ist, wenn ein Verständnis dafür entsteht, dass es kein Event ist, wenn man sozial relevante Kunst macht, sondern eine Lebensentscheidung. Und so hoffe ich, dass unsere Zusammenarbeit über die Documenta hinausgehen wird.

Das Interview führte Johannes Piepenbrink auf Englisch am 17. August 2022 in Kassel.

TANIA BRUGUERA

ist eine international arbeitende Installations- und Performance-Künstlerin aus Havanna, Kuba. 2015 gründete sie das Künstlerkollektiv Instituto de Artivismo Hannah Arendt (INSTAR), mit dem sie auf der Documenta 15 vertreten war. Seit August 2021 lebt sie im Exil in Boston, USA. <https://instar.org>

INSTAR ist ein Akronym, aber auch ein Verb (span. *incitar*, *Anm. d. Red.*), das „ermutigen“, „anstiften“ oder „aufstacheln“ bedeutet. Die Gruppe arbeitet an der Schnittstelle von künstlerischer Praxis und Aktivismus. Ihr größtes Anliegen ist die Förderung staatsbürgerlicher Bildung und sozialer Gerechtigkeit. Durch kollektive Arbeit entsteht ein institutionelles Modell zum Kampf für Meinungsfreiheit, Einhaltung der Menschenrechte, gerechte Löhne und Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen für Alleinerziehende und gegen Diskriminierung.

Quelle: documenta.de

KLEINE GESCHICHTE DES WIDERSTANDS IN KUBA

Albert Manke

Gemeinsam gedacht, rufen die Worte „Widerstand“ und „Kuba“ höchst unterschiedliche Assoziationen hervor. Einige mögen sich noch daran erinnern, wie Hunderttausende nach dem Triumph der Revolution von 1959 den USA die Stirn boten. Andere denken an die Proteste der kubanischen Opposition gegen wirtschaftliche Missstände und staatliche Repression im Juli 2021. Und wieder anderen kommen transkulturelle Widerstandsformen afroasiatischer, karibischer und europäischer Traditionen in den Sinn, die sich seit Beginn der Kolonialzeit immer wieder gegen Autoritäten jeder Couleur gerichtet haben. Im Folgenden werden einige prägnante Episoden der Widerstandsgeschichte Kubas aufgezeigt. Vieles davon ist inzwischen Teil heroischer Meistererzählungen, aus denen nicht nur die Regierungen Kubas, sondern auch zahlreiche oppositionelle Gruppen ihre Legitimation bezogen – insbesondere seit den Unabhängigkeitskriegen im 19. Jahrhundert. Kubas Nationalheld José Martí bildet in diesen Narrativen oft den zentralen Referenzpunkt und verkörpert in diesem Sinne bis heute den Widerstand gegen Unrecht und Unterwerfung.

Widerstand auf Kuba hat seinen Ursprung zum einen in den Aufständen von Indigenen wie dem Kaziken Hatuey gegen die spanische Conquista und, nach der Ausrottung der Indigenen und der Einführung der Sklaverei, in Rebellionen von Versklavten und Fluchtbewegungen sogenannter *Cimarrones* (entflohene Sklav:innen).⁰¹ Um 1840 waren knapp zwei Drittel der Bevölkerung Kubas Afrokuban:innen.⁰² In massiverer Form entwickelte sich ihr Widerstand mit dem Aufkommen einer Mittelschicht „freier Farbiger“, die im Sog der Haitianischen Revolution zahlreiche Aufstände initiierten. Markantes Beispiel hierfür ist die Verschwörung von *La Escalera* von 1844, deren Name sich davon ableitet, dass an die 300 Menschen öffentlich an leiterähnlichen Holzgestellen erschlagen wurden.⁰³

Zum anderen liegen die Wurzeln des Widerstands im Kampf kreolischer Eliten ge-

gen die spanische Kolonialmacht: Ein 1808 zwischen spanischer Krone und Zuckeroligarchie geschlossener „kolonialer Pakt“⁰⁴ endete 1868 mit der Lossagung von Spanien und dem Beginn der Unabhängigkeitskriege, die mit Unterbrechungen bis 1898 andauerten. Eine Allianz progressiver Kreol:innen, Afrokuban:innen und chinesischer Kontraktarbeiter führte die Truppen der Unabhängigkeitskämpfer:innen schließlich beinahe zum Sieg.⁰⁵ Die Intervention der USA in Kuba im Zuge des Spanisch-Amerikanischen Krieges verhinderte jedoch die vollständige Unabhängigkeit. Dennoch wurde die *Independencia* mit José Martí als ihrem bedeutsamsten Protagonisten zum Gründungsmythos der kubanischen Nation. Der Schriftsteller, Dichter und Denker Martí wird bis heute sowohl auf Kuba als auch im Exil gerade aufgrund seiner einenden Vision eines Kuba „durch alle und für das Wohl aller“ innig verehrt.⁰⁶

Die USA sicherten sich mit dem sogenannten Platt-Amendment von 1901 weitreichende Eingriffsrechte in Kuba – offiziell, um dessen Unabhängigkeit zu schützen – und läuteten damit eine Phase der neokolonialen Abhängigkeit Kubas von den USA ein,⁰⁷ die erst durch die Revolution von 1959 beendet wurde.⁰⁸ Die anschließende Annäherung an die Sowjetunion brachte Kuba erneut in eine Abhängigkeit, die 1991 enden sollte.⁰⁹ Insgesamt lassen sich somit ab 1902 drei große Widerstandszyklen identifizieren: das Aufbegehren gegen den diktatorisch regierenden Präsidenten Gerardo Machado und die Revolution von 1933, der Kampf gegen die Diktatur Fulgencio Batistas in den 1950er Jahren sowie der Widerstand gegen die Revolution von 1959 und den Sozialismus castristischer Prägung.

WIDERSTAND GEGEN MACHADO

Als Überbleibsel der Unabhängigkeitskriege war der bewaffnete Aufstand bis zum Ersten Weltkrieg

immer wieder ein Mittel des politischen Machtkampfes. Dies änderte sich jedoch in den 1920er Jahren mit dem Erstarken der Zivilgesellschaft. Eine urbane Avantgarde aus Künstler:innen, Intellektuellen und Studierenden stellte bisherige Wertvorstellungen und Auffassungen von guter Regierungsführung infrage und gab der jungen Generation neue Ausdrucksformen an die Hand. Mit Gründung des Studierendenverbandes *Federación Estudiantil Universitaria* (FEU) unter der Leitung von Julio Antonio Mella begann eine intensive Phase der Mobilisierung von Studierenden zu Streiks und Kundgebungen, teils in Kooperation mit der Arbeiterbewegung. Die in der FEU unterrepräsentierten Studentinnen erkämpften sich im Zuge der erstarkenden Frauenbewegung mehr Partizipation in studentischen und kulturellen Organisationen. Feministinnen wie Ofelia Domínguez Navarro, die Gründerin der *Alianza Nacional Feminista*, brachten Themen wie die Gleichberechtigung in Universität und Berufsleben auf die Agenda.¹⁰

1925 wurde mit Gerardo Machado Morales ein General der Unabhängigkeitskriege Präsident, der bald zu diktatorischen Methoden des Machterhalts überging. Mithilfe der massiv erweiterten Armee ließ er Arbeiterstreiks niederschlagen und verfolgte Studierende sowie Mit-

glieder der 1925 gegründeten Kommunistischen Partei Kubas, der auch Mella angehörte. Mella trat Ende jenes Jahres in einen Hungerstreik, der landesweite Proteste auslöste, wurde freigelassen und ging ins Exil nach Mexiko, wo er 1929 wohl auf Befehl Machados ermordet wurde. Er wurde daraufhin in ganz Lateinamerika zu einer Ikone des Widerstands.

1927 nutzte Machado seine blutig erkämpfte Machtposition für eine Verfassungsänderung, um seine Amtszeit zu verlängern. Dies führte zu breiten Protesten von Intellektuellen und Studierenden, die mit der Schließung der Universität von Havanna und einem Verbot der FEU beantwortet wurden. Die Leitung der FEU wurde in den folgenden Jahren zum Mittelpunkt des radikalen Zweigs der Studierendenbewegung und zum Ziel der Repression durch Machado. Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 kam es erneut zu landesweiten Streiks und Demonstrationen, 1930 gar zu einem Generalstreik von 200 000 Arbeiter:innen. Ein Teil der wiedererstarkten Widerstandsbewegungen folgte der antiimperialistischen Linie Mellas, andere verbanden sich mit reformerischen oder faschistischen Kräften der Mittel- und Oberschicht. In Ostkuba agierte mit der *Unidad Revolucionaria* die schlagkräftigste, klassenübergreifend agierende revolutionäre Organisation Kubas, deren Anführer Antonio Guiteras Holmes war.¹¹

Die Revolution ging auch nach dem Sturz Machados im August 1933 zunächst noch wei-

01 Vgl. Josefina Oliva de Coll, *La resistencia indígena ante la conquista, México 1986*, S. 40f.; Gabino La Rosa Corzo, *Runaway Slave Settlements in Cuba. Resistance and Repression*, Chapel Hill 2003; prosaisch-biografisch verarbeitet wurde das Thema durch Miguel Barnet, *Biografía de un cimarrón*, Havanna 1966.

02 Vgl. Michael Zeuske, *Schwarze Karibik. Sklaven, Sklavereikultur und Emanzipation*, Zürich 2004; ders. *Handbuch der Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Berlin 2013, S. 391.

03 Vgl. Gloria García, *Conspiraciones y revueltas. La actividad política de los negros en Cuba (1790–1845)*, Santiago de Cuba 2003; Jochen Kemner, *Dunkle Gestalten? Freie Farbige in Santiago de Cuba (1850–1886)*, Berlin–Münster 2010, S. 27–32; Michael Zeuske/Max Zeuske, *Kuba 1492–1902. Kolonialgeschichte, Unabhängigkeitskriege und erste Okkupation durch die USA*, Leipzig 1998, S. 327–336.

04 Sigfrido Vázquez Cienfuegos, *La Junta de La Habana. Adaptación del pacto colonial en Cuba en vísperas de las independencias hispanoamericanas, 1808–1810*, Madrid 2013.

05 Vgl. Ada Ferrer, *Insurgent Cuba. Race, Nation, and Revolution, 1868–1898*, Chapel Hill 1999; Benjamín N. Narváez, *Levantamientos y rebeliones de chinos en Cuba y el Perú durante el siglo XIX*, in: Ronald Soto-Quirós et al. (Hrsg.), *Los chinos de ultramar. Represiones, resistencias y resiliencias, México 2007*, S. 169–209; Juan Jiménez Pastrana, *Los chinos en las luchas por la liberación cubana (1847–1930)*, Havanna 1963, S. 67–103.

06 Vgl. Louis A. Pérez Jr., *Cuba Between Empires, 1878–1902*, Pittsburgh 1983, S. 165–386.

07 Vgl. Emilio Roig de Leuchsenring, *Historia de la Emianda Platt. Una interpretación de la realidad cubana*, Havanna 1973.

08 Vgl. Albert Manke, *Die Revolution 1959 als Sonderfall. Soziale Bewegungen in Kuba*, in: Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hrsg.), *„¿El pueblo unido?“ Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster 2009, S. 54–77.

09 Vgl. Yuri Pavlov, *Soviet-Cuban Alliance. 1959–1991*, New Brunswick–London 1994.

10 Vgl. Christine Hatzky, *Julio Antonio Mella (1903–1929). Eine Biografie*, Frankfurt/M. 2004, S. 76, S. 85–89, S. 95, S. 145; Kathryn Lynn Stoner, *From the House to the Streets. The Cuban Woman's Movement for Legal Reform, 1898–1940*, Durham 1991, S. 59–70, S. 85.

11 Vgl. Hatzky (Anm. 10), S. 91–94; Lionel Soto, *La Revolución del 33*, Bd. II, Havanna 1977, S. 9–13, S. 122–136, S. 157–169; Luis E. Aguilar, *Cuba 1933. Prologue to Revolution*, Ithaca 1972, S. 118–127; Barry Carr, *Mill Occupations and Soviets. The Mobilisation of Sugar Workers in Cuba 1917–1933*, in: *Journal of Latin American Studies* 28/1996, S. 129–158; José A. Tabares del Real, *Guiteras*, Havanna 2006³, S. 127–141, S. 156.



Denkmal von José Martí im gleichnamigen Park in Cienfuegos, Kuba. 1906 als Symbol der Unabhängigkeit Kubas errichtet, ersetzte es eine Statue von Isabella I. von Kastilien. Im Gegensatz zur Sowjetunion und der Volksrepublik China änderte das sozialistische Kuba nie seine republikanische Fahne, und Martí, auch als „Der Apostel“ verehrt, bleibt bis heute der wichtigste „Vater der Nation“.

© Albert Manke

ter. Am 4. September 1933 revoltierten Unteroffiziere der Armee, angeführt durch den jungen Fulgencio Batista. Mit dessen Hilfe gelangte eine Revolutionsregierung unter Ramón Grau San Martín an die Macht, die in kürzester Zeit eine Vielzahl an sozialen Reformen durchsetzte. Doch die Machenschaften Batistas führten unter aktiver Mithilfe der US-Botschaft zu einem Scheitern der „Regierung der 100 Tage“. Zwar konnte die daraufhin von Batista eingesetzte Regierung unter Carlos Mendieta noch weitere wichtige Forderungen der Regierung Grau wie die Abschaffung des Platt-Amendments und die Einführung des Frauenwahlrechts durchsetzen. Doch letztlich stoppten die von Batista und den USA gestützten Regierungen die soziale Revolution und brachen den anhaltenden Widerstand der Arbeiterbewegung mit brutaler Gewalt. Die Niederschlagung des Generalstreiks im März 1935 und die darauf folgende Repressions- und Entlassungswelle sowie die erneute Schließung der Universität Havanna bedeuteten das Ende der Revolution.¹²

Batista und die von ihm abhängigen Regierungen regierten Kuba in jenen Jahren mit eiserner Hand. Entsprechend drastisch beschrieb die damalige „New York Times“-Korrespondentin Ruby Hart Philipps die Lage: „Kuba ist heute ein bewaffnetes Lager. Unabhängig davon, wer der nächste Präsident werden könnte, wird es das bleiben. Tausende sind in die Vereinigten Staaten, Mexiko und andere lateinamerikanische Länder ins Exil gegangen. Die Gefängnisse sind voll mit Terroristen, Regierungsgegnern und sogenannten Kommunisten. Ständig werden revolutionäre Pläne ausgeheckt, und dieser Zustand wird andauern.“¹³

WIDERSTAND GEGEN BATISTA

Um seine Macht zu legitimieren, verfolgte Batista eine kooperative Kompromisspolitik. 1938 legalisierte er die KP unter der Voraussetzung, dass sie sich an seiner breiten Koalition beteiligte, mit

¹² Vgl. José A. Tabares del Real, *La revolución del 30. Sus dos últimos años*, Havanna 1977³; Robert Whitney, *State and Revolution in Cuba. Mass Mobilization and Political Change, 1920–1940*, Chapel Hill 2001, S. 122–148; Michael Zeuske, *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*, Zürich 2004², S. 138.

¹³ Ruby Hart Philipps, *Cuban Side Show*, printed in 1935, H. Matthews Papers Subject Files – Cuba (correspondence), Columbia University, Rare Books and Manuscripts Library, eigene Übersetzung.

der er 1940 die Präsidentschaftswahlen gewann. Kurz vor seinem Abtritt sicherte er seinen engsten Vertrauten noch eine Amnestie für die von ihnen begangenen Verbrechen. Mit der zweiten Präsidentschaft Grau San Martíns ab 1944 begann dann die bis dahin wohl demokratischste Phase der Republik.

Nach dem Beginn des Kalten Krieges vermischten sich die Interessen der Regierungen unter Grau und Carlos Prío Socarrás jedoch immer mehr mit jenen der Mafia und des Großkapitals. Korruption, Nepotismus und politisch instrumentalisierte Bandenkriminalität waren an der Tagesordnung. Zugleich arbeiteten die Regierungen den antikommunistischen Interessen der USA zu, indem sie den Einfluss von Kommunist:innen und Gewerkschaften durch gezielte Ermordungen von Führungspersonlichkeiten der Arbeiterbewegung und die Gründung eines regierungshörigen Gewerkschaftsverbands zurückdrängten. Die in Partido Socialista Popular (PSP) umbenannte KP wurde entmachtet, was dem ehemaligen Studentenfürher und PSP-Gegner Eduardo Chibás zum politischen Aufstieg verhalf. 1947 gründete er aus Protest gegen die massive Korruption der Regierung die Partido del Pueblo Cubano (Partido Ortodoxo genannt), der im gleichen Jahr der junge Anwalt Fidel Castro beitrug. Obwohl Chibás sich 1951 als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat mitten im Wahlkampf das Leben nahm, wurde erwartet, dass seine Partei die Wahlen von 1952 gewinnen würde. Doch die Möglichkeit einer demokratischen Erneuerung des Landes durch die *Ortodoxos*, welche sich die Mehrheit der Kubaner:innen erhoffte, wurde durch den Putsch Fulgencio Batistas am 10. März 1952 zerstört.¹⁴

Der erste Widerstand gegen Batistas Diktatur ging von entmachteten Militärs und Politikern aus, von denen der Umsturzversuch des Movimiento

¹⁴ Vgl. Whitney (Anm. 12), S. 149–176; Servando Valdés Sánchez, *Cuba. Ejército y Reformismo (1933–1940)*, Santiago de Cuba 2006; Charles D. Ameringer, *The Auténtico Party in Cuba, 1952–57*, in: *The Hispanic American Historical Review* 2/1985, S. 327–351; Marifeli Pérez-Stable, *The Cuban Revolution. Origins, Course, and Legacy*, Oxford 1993, S. 47; Robert O. Kirkland, *Observing Our Hermanos de Armas. U.S. Military Attachés in Guatemala, Cuba, and Bolivia, 1950–1964*, New York–London 2003, S. 84ff.; Instituto de Historia del Movimiento Comunista y de la Revolución Socialista de Cuba (Hrsg.), *Historia del Movimiento Obrero Cubano 1865–1958*, Bd. III, Havanna 1985, S. 167–250; Claudia Furiati, *Fidel Castro. La historia me absolverá*, Barcelona 2003, S. 153–156.

Nacionalista Revolucionario unter der Führung des Universitätsprofessors Rafael García Bárceña im April 1953 über die breiteste soziale Basis verfügte. Frauen waren in dieser eher durch zivilen und kreativen Protest geprägten Anfangsphase vielfach die Protagonistinnen und organisierten unter anderem Blitzdemonstrationen und Boykotts. Gruppierungen jeder Couleur wurden im Kampf gegen die Diktatur aktiv, darunter auch Stadtguerillas wie die Organización Auténtica, die dem exilierten Präsidenten Carlos Prío nahe stand. Nicht wenige Anhänger der *Ortodoxos* gingen zum klandestinen, teils bewaffneten Widerstand über.

Fidel Castro selbst gründete eine überwiegend studentische Kampfgruppe, die er schlicht Movimiento Revolucionario nannte. Deren Angriffe auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, der zweitwichtigsten des Landes, und die Carlos-Manuel-de-Céspedes-Kaserne in Bayamo am 26. Juli 1953 waren militärisch ein Fiasco, dennoch gelangte Castro so zu nationaler Berühmtheit. Während seiner anschließenden Gefangenschaft sowie ab 1955 im mexikanischen Exil arbeitete er weiter am Aufbau seiner Bewegung, die nun Movimiento Revolucionario 26 de Julio (M-26-7) hieß. Auf Kuba gewann diese Bewegung unter der Führung von Frank País und Celia Sánchez weiter an Zulauf und versuchte, die Diktatur durch zivilen wie terroristischen Widerstand zu destabilisieren. Die Parteiführung der kommunistischen PSP hingegen lehnte den bewaffneten Widerstand ab und setzte stattdessen auf Demonstrationen, Streiks und Flugblätter. Große Streiks wie jener der Zuckerarbeiter 1955 wurden durch das Regime blutig niedergeschlagen. Die PSP-Jugendorganisation wiederum ignorierte häufig die Parteilinie und nahm aktiv am urbanen Widerstandskampf teil, wobei sie sich teils mit anderen Gruppierungen verbündete.¹⁵

Die zunächst schlagkräftigste Bewegung entstand in der studentischen FEU. Deren Präsident José Antonio Echeverría gründete 1955 eine geheime Führung, das Directorio Revolucionario (DR), als dessen bedeutsamste Aktion der Angriff auf den Präsidentenpalast am 13. März 1957

¹⁵ Vgl. Enrique Oltuski, *Gente del Llano*, Havanna 2001; Michelle Chase, *Revolution within the Revolution. Women and Gender Politics in Cuba, 1952–1962*, Chapel Hill 2015, S. 19–43; Manke (Anm. 8), S. 75; Centro de Estudios de Historia Militar (Hrsg.), *Moncada. Antecedentes y Preparativos*, Havanna 1985; Gloria M. León Rojas, Jorge Risquet, *Del solar a la sierra*, Havanna 2006.

gilt. Dabei entging Batista nur knapp dem Tod, Echeverría selbst wurde indes getötet. Sein Tod wird vielfach als Wendepunkt im Ringen um die Führung der Opposition angesehen, bei dem sich Castro schließlich durchsetzte. Das DR wurde als Directorio Revolucionario 13 de Marzo unter Faure Chomón reorganisiert und etablierte im Escambray-Gebirge eine eigene Guerillafront.

Im gleichen Jahr, am 5. September 1957, kam es zum größten Aufstand von Militärs in Cienfuegos, der sich rasch auf die ganze Stadt ausbreitete. Auf Befehl Batistas bombardierte die Luftwaffe Aufständische und Zivilbevölkerung, ein Novum in der Geschichte Kubas.¹⁶ Castro hatte derweil in Mexiko mit seinem Bruder Raúl und dem neu dazu gestoßenen Ernesto „Che“ Guevara ebenfalls eine Guerillatruppe gegründet, mit der er am 2. Dezember 1956 in Ostkuba landete. Trotz der beinahe vollständigen Vernichtung seiner Truppe gelang es ihm, einen rasch wachsenden Guerillafokus in der Sierra Maestra aufzubauen. Nach der Ermordung von Echeverría und País und dank weiterer militärischer Erfolge seiner Guerilla übernahm Castro im Aufstand gegen Batista zunehmend die Führungsrolle. Der urbane Widerstand fügte sich nun in eine nachgeordnete Unterstützerrolle, war aber zum Sturz Batistas weiterhin unentbehrlich. Nach dem Zurückschlagen der letzten Offensive Batistas und der Entscheidungsschlacht in Santa Clara Ende 1958 floh der Diktator in der Silvesternacht per Flugzeug in die Dominikanische Republik. Guerillakolonnen des M-26-7 unter der Führung von Camilo Cienfuegos und Guevara nahmen kampfflos die wichtigsten Kasernen Havannas ein, ein landesweiter Generalstreik sicherte den Triumph der Revolutionär:innen.¹⁷

WIDERSTAND GEGEN DIE REVOLUTION VON 1959

Mit der Revolution von 1959 kam eine Vielzahl bisheriger Widerstandsbewegungen und Akteu-

¹⁶ Vgl. Aremis A. Hurtado Tandrón, *Directorio Revolucionario 13 de Marzo*. Las Villas, Havanna 2005; Orlando F. García Martínez, *El alzamiento popular del 5 de septiembre de 1957 en Cienfuegos*, in: Ariel. Revista Cultural de Cienfuegos (Número especial) 2007, S. 3–18.

¹⁷ Vgl. Julia E. Sweig, *Inside the Cuban Revolution. Fidel Castro and the Urban Underground*, Cambridge MA 2002; Ramón L. Bonachea/Marta San Martín, *The Cuban Insurrection 1952–1959*, New Brunswick 1995²; Colectivo de Autores (Hrsg.), *Semillas de Fuego*, Bd. 2, Havanna 1990.

re überhaupt erst in die Lage, offen für ihre Ziele zu kämpfen. Erstmals seit 1933 konnten die sozialen Bewegungen auf den Rückhalt von Regierung und Armee bauen, erstmals seit Beginn des Kalten Krieges wagte es ein lateinamerikanisches Land, dem Hegemon USA die Stirn zu bieten. Der Klassenkampf entbrannte immer mehr, wobei die große Mehrheit der Kubaner:innen eine soziale Revolution zunächst unterstützte und aktiv mitgestaltete. Hunderttausende organisierten sich freiwillig in Milizen zur Verteidigung der Revolution, was 1961 entscheidend für die Zurrückschlagung der CIA-gesteuerten Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht war. Im gleichen Zug wurden Castro und Guevara für die westliche Linke und zahlreiche Befreiungsbewegungen des Globalen Südens zu Ikonen des Widerstands gegen die USA. Mit diesem Sieg schien zudem die „wirkliche“ Unabhängigkeit Kubas erreicht; Castro vollendete damit in den Augen vieler das Werk von José Martí.¹⁸

Im Zuge der Institutionalisierung der Revolution wurden diese Bewegungen jedoch immer stärker unter staatliche Kontrolle gestellt. Mit fortschreitender Radikalisierung des Revolutionsregimes wandten sich immer mehr Kubaner:innen ab, gingen ins Exil oder leisteten Widerstand. Ab 1959 lassen sich drei Phasen des Widerstands unterscheiden, die sich teilweise überlappen. In allen Phasen kam es neben aktivem Widerstand auch zu massiven Fluchtbewegungen.¹⁹

Während der **ersten Phase** stellten sich zunächst Anhänger:innen Batistas und ein kleiner Teil der Oberschicht mithilfe der USA und lateinamerikanischer Diktaturen der Revolutionsregierung entgegen. Diese Gruppe ging als erste mit der Erwartung eines baldigen Sturzes Castros ins Exil. Sie sollten späteren Widerstand, der dieses Ziel verfolgte, finanziell und personell unterstützen, wozu auch die Invasion in der Schweinebucht zählte. Den batistatreuen Eliten folgten jene Teile der Bevölkerung ins Exil, die zwar den Sturz Batistas und die Umsetzung der Verfassung von 1940 befürwortet hatten, sich aber die Rückkehr zu einer repräsentativen Demokratie

wünschten und einen Übergang zum Sozialismus ablehnten. Hierzu zählten auch viele anfängliche Mitstreiter:innen Castros wie der erste Präsident des revolutionären Kubas, Manuel Urrutia Lleó, und der Militärführer der Provinz Camagüey, Huber Matos. 1960/61 erreichte die gesellschaftliche Polarisierung ihren Höhepunkt: Wer sich gegen die Revolution stellte, galt als Verräter:in. Die Enteignung von Unternehmen bis hin zu Klein- und Kleinstbetrieben im Rahmen der „revolutionären Offensive“ von 1968 trieb einen großen Teil der Mittelschicht ins Exil, darunter die Mehrheit der chinesischen Community Kubas.²⁰

In dieser Phase wurden viele Kubaner:innen in gegenrevolutionären Organisationen aktiv, die vor allem von Miami aus die Ermordung Castros und das Ende der Revolution als Ziele verfolgten. Eine der ersten dieser Organisationen, La Rosa Blanca (Die weiße Rose), wurde 1959 durch Rafael Díaz-Balart in New York gegründet. Ihr Name verweist auf das 1891 publizierte Gedicht „Cultivo una rosa blanca“ von José Martí, in dessen Zentrum Freundschaft und Vergebung stehen. Zu den Methoden der Rosa Blanca, deren Militärführer Merob Sosa García einer der schlimmsten Schlächter Batistas war, zählten terroristische Anschläge und Aufstandsversuche auf Kuba.

Auch im Land selbst konspirierten viele in Kooperation mit den Exilorganisationen und meist finanziert durch die CIA, wobei sie ähnliche Methoden wie zuvor im Kampf gegen Batista anwandten. Im Escambray-Gebirge, wo Castros Guerilla gegen Batista nicht die Oberhoheit gewonnen hatte, fiel es der Revolutionsregierung nach 1959 schwer, die Kontrolle zu erlangen. Zwischen 1960 und 1965 tobte dort ein regelrechter Bürgerkrieg, in dem sich Zehntausende von Revolutionsmilizionär:innen und mehrere Tausend gegenrevolutionäre Guerillas bekämpften. Mindestens 2000 Menschen kamen dabei ums Leben. Die Aufständischen konnten ihre Ambitionen in diesem Maß allerdings nur verfolgen, da die USA sie in bisher ungekannter Größenordnung mit staatsterroristischen Mitteln unterstützten, was besonders bei der Invasion in der Schweinebucht und der gegen das Castro-Regime

¹⁸ Vgl. Albert Manke, *El pueblo cubano en armas. Die Revolutionären Nationalmilizen und die Verteidigung der kubanischen Revolution von 1959*, Neuauflage, Darmstadt 2022.

¹⁹ Vgl. Manke (Anm. 8), S. 76f.; Jorge Duany, *Cuban Migration. A Postrevolution Exodus Ebbs and Flows*, in: *Migration Information Source*, 6.7.2017, www.migrationpolicy.org/article/cuban-migration-postrevolution-exodus-ebbs-and-flows.

²⁰ Vgl. Lillian Guerra, *Visions of Power in Cuba. Revolution, Redemption, and Resistance, 1959–1971*, Chapel Hill 2012; Alfred L. Padula Jr., *The Fall of the Bourgeoisie. Cuba, 1959–1961*, Albuquerque 1974; Kathleen M. López, *Chinese Cubans: A Transnational History*, Chapel Hill 2013, S. 227f.

gerichteten mehrjährigen CIA-Geheimoperation „Mongoose“ deutlich wurde. Diese Operation wurde nochmals intensiviert, nachdem die USA am Ende der Kuba-Krise 1962 zugestimmt hatten, Kuba nicht mit eigenen Truppen anzugreifen, wenn die Sowjetunion ihre Atomraketen wieder abziehen würde. Der „schmutzige Krieg“, den die USA Kuba aufzwingen, führte zu einer bis dahin beispiellosen Militarisierung Kubas.

Die Feindseligkeiten der USA und ihre anhaltende Finanzierung oppositioneller Gruppen wie der Cuban American National Foundation (CANF), die bis 1997 terroristische Anschläge auf Kuba unterstützten, intensivierten sich in den 1990er Jahren erneut und halten bis heute an – ebenso wie das US-Wirtschaftsembargo. Parallel dazu senden Radio Martí und TV Martí, dem Namen nach den Werten des kubanischen Nationalhelden verbunden, anticastristische Propaganda auf Spanisch. Einst unter US-Präsident Ronald Reagan mit Unterstützung der CANF gegründet, werden sie heute von der United States Agency for Global Media betrieben und dienen dieser wie der kubanischen Opposition als Sprachrohr.²¹

Eine **zweite Phase** des Widerstands lässt sich anhand verschiedener Formen der Verweigerung skizzieren, zu denen auch unangepasstes Verhalten zählte, das vorherrschenden Gender- und Moralvorstellungen widersprach. Bereits im Sommer 1961 hatte Castro mit seinem Motto „innerhalb der Revolution alles, außerhalb der Revolution nichts“ auch Intellektuellen und Künstler:innen bedingungslose politische Loyalität abverlangt. Doch viele Andersdenkende oder Homosexuelle wie der Schriftsteller Heberto Padilla hielten sich nicht daran und wollten die 1959 zunächst errungene Freiheit, die etablierte Dogmen infrage stellte, weiterhin ausleben. Homosexualität passte aber nicht in das Bild des „neuen Menschen“, sondern galt Castro mindestens von Mitte der 1960er bis Ende der 70er Jahre als

Auswuchs kapitalistischer Dekadenz. Die Inhaftierung von Homosexuellen und Angehörigen religiöser Gruppen in Umerziehungslagern zwischen 1965 und 1968 bildet den Tiefpunkt ihrer Verfolgung. Erst Ende der 1990er Jahre erfolgte eine schrittweise Akzeptanz von Homosexualität im öffentlichen Diskurs. Nach dem „grauen Jahrzehnt“ der 1970er Jahre folgte eine Annäherung an die USA unter Präsident Jimmy Carter, die der Wahlsieg Reagans jedoch wieder zunichte machte. Angesichts der ausbleibenden politischen Erneuerung und Öffnung Kubas verließen 1980 in der sogenannten Mariel-Krise über 124 000 Menschen die Insel.²²

Die **dritte Phase** des Widerstands kennzeichnet die Beteiligung einer Generation, die in ihrer Jugend vom Zusammenbruch der Sowjetunion geprägt wurde und keine persönliche Bindung mehr zum revolutionären Projekt hat. Bereits Anfang der 1990er Jahre entstanden allein in Havanna an die 200 Hip-Hop-Gruppen, die trotz Missbilligung der Staatsmacht die sozialen Missstände kritisierten.²³ Die von Kubas Regierung stets aufs Neue vorgebrachte Begründung der wirtschaftlichen Misere allein aufgrund des US-Embargos greift bei ihnen nicht mehr, auch wenn das Embargo eine bittere Realität bleibt. Den generationellen Brückenschlag markieren Oppositionsbewegungen wie das 1988 von Oswaldo Payá gegründete Movimiento Cristiano de Liberación, das durch sein Varela-Projekt zu einem Sammelbecken der Dissident:innen wurde. Bei diesem wurden zwischen 2002 und 2004 über 20 000 Unterschriften für ein Referendum für demokratische Reformen und eine Amnestie für politische Gefangene gesammelt. Es wurde jedoch von der Regierung gestoppt, parallel dazu wurden Dut-

²¹ Vgl. José Buajásan Marrawi/José Luis Méndez Méndez, *La república de Miami*, Havanna 2005²; Steven Levitsky/Lucan Way, *Revolution and Dictatorship. The Violent Origins of Durable Authoritarianism*, Princeton 2022, S. 211; José R. Herrera Medina, *Operación Jaula. Contragolpe en el Escambray*, Havanna 2006; Tomás Díez Acosta, *La guerra encubierta contra Cuba*, Havanna 2006²; Manke (Anm. 18), S. 299–371; Enrique G. Encinosa, *Escambray. La guerra olvidada*, Miami 1989; Jorge I. Domínguez, *U. S.-Cuban Relations. From the Cold War to the Colder War*, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 3/1997, S. 49–75.

²² Vgl. Liliana Martínez Pérez, *Los hijos de Saturno. Intelectuales y revolución en Cuba*, Mexiko Stadt 2006, S. 36–42; María del Pilar Díaz Castañón, *Ideología y revolución. Cuba, 1959–1962*, Havanna 2004²; Carlos A. Aguilera (Hrsg.), *La utopía vacía. Intelectuales y Estado en Cuba*, Barcelona 2008; Susana Peña, *¡Oye Local! From the Mariel Boatlift to Gay Cuban Miami*, Minneapolis 2013; Reynaldo Arenas, *Before Night Falls. A Memoir*, New York 1993, sowie die gleichnamige Verfilmung (USA 2000); Miriam Lang (Hrsg.), *Salsa Cubana. Tanz der Geschlechter. Emanzipation und Alltag auf Kuba*, Hamburg 2004; Duany (Anm. 19).

²³ Vgl. Torsten Eßer, *Sozialismus mit Rhythmus. Kubanische Kulturpolitik seit 1959 und ihre Auswirkungen auf die Musik*, in: ders./Patrick Frölicher (Hrsg.), *„Alles in meinem Dasein ist Musik ...“ Kubanische Musik von Rumba bis Techno*, Frankfurt/M. 2004, S. 33–76, hier S. 63.

zende Dissidenten im „schwarzen Frühling“ von 2003 zu drakonischen Haftstrafen verurteilt. Die Ehefrauen der Inhaftierten gründeten kurz darauf die „Damen in Weiß“, die zunächst in katholischen Kirchen und schließlich öffentlich für die Freilassung ihrer Männer protestierten, wobei sie mehrfach festgenommen wurden. Ein wesentliches Problem blieb jedoch ihre Nähe zu den Interessen der US-Regierung unter George W. Bush, die sie wie andere Oppositionsgruppen in ihre Strategie zum Sturz des kubanischen Regimes einband. Dimas Castellanos Martí, der Gründer der Sozialistisch-Demokratischen Bewegung Kubas, beschrieb dieses Dilemma so: „Die Opposition ist schwach, weil sie stets nach dem Motto handelte: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Also sind die USA mein Freund.“²⁴

Nachdem Raúl Castro 2008 Präsident Kubas wurde, begann in der zweiten Amtszeit von US-Präsident Barack Obama eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA.²⁵ Diese Annäherung umfasste eine Soft-Power-Strategie, die unter anderem auf eine Digitalisierung Kubas setzte, die auch der kubanischen Opposition die Verbreitung von Informationen erleichterte. Im Ausland vielfach rezipierte Dissident:innenblogs wie „Generación Y“ von Yoani Sánchez hatten auf

Kuba zuvor auch aufgrund der Zensur der Regierung wenig Einfluss, doch haben sich Medien wie das 2014 von ihr und Reinaldo Escobar gegründete Informationsportal „14ymedio“ mittlerweile als alternative Informationsquellen etabliert, die über „Medienpakete“ auf USB-Sticks Verbreitung finden.²⁶ Die Umgehung der staatlichen Zensur wiederum vereinfacht die Vernetzung der Opposition, was 2020 die rasch aufflammenden Proteste der künstlerischen Protestbewegung Movimiento San Isidro beschleunigte, in denen es auch zu Hungerstreiks kam.²⁷ Künstler:innen wie Tania Bruguera haben diese Proteste auch aus dem Exil heraus begleitet und prägen bis heute vor allem im Ausland ein differenzierteres Bild Kubas.²⁸

Mit Beginn der Corona-Pandemie sind die Einnahmen aus dem Tourismussektor weggebrochen, was zu den unter US-Präsident Donald Trump massiv verschärften und von seinem Nachfolger Joe Biden nicht aufgehobenen Sanktionen hinzukommt. Obendrein wurde 2021 die lange geplante Währungsreform umgesetzt. Kuba steckt seitdem in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem Ende der Sowjetunion. Die Opposition ergriff 2021 diese Chance, um Proteste zu organisieren, war aber nicht auf die Eskalation vorbereitet: Als am 11. Juli 2021 teils gewalttätige Demonstrationen in San Antonio de los Baños und bald darauf in weiteren Städten ausbrachen, beteiligten sich erstmals seit Anfang der 1960er Jahre Tausende Menschen daran. Die folgende Informationssperre, Verhaftungswelle und Gegengewalt beendeten die Proteste jedoch rasch, ein Dialog zwischen Regierung und Oppositionsgruppen findet bis heute nicht statt. Von den insgesamt 381 Verurteilten erhielten 36 Haftstrafen von bis zu 25 Jahren.²⁹ José Martí Ideal eines souveränen und zugleich geeinten Kubas scheint erneut in weite Ferne gerückt.

ALBERT MANKE

ist promovierter Historiker und Max Weber Fellow am Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Historische Migrationsforschung der Universität Osnabrück sowie Mitglied des dortigen Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS).

albert.manke@uni-osnabrueck.de

24 Zit. nach Ingrid Kurnitz, Im Jahre 1 nach Fidel. Was wird aus Kuba nach Castro?, Deutschlandfunk, 26. 2. 2008. Vgl. auch Konrad-Adenauer-Stiftung/Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina (Hrsg.), Oswaldo Payá Sardiñas y el Proyecto Varela. La lucha pacífica por la apertura democrática en Cuba, Buenos Aires 2003; Amnesty International, Cuba. One Year Too Many. Prisoners of Conscience from the March 2003 Crackdown, 16. 3. 2004, www.amnesty.org/en/documents/amr25/005/2004/en.

25 Vgl. William M. Leogrande, Normalizing US-Cuba Relations. Escaping the Shackles of the Past, in: *International Affairs* 3/2015, S. 473–488.

26 Vgl. Ted Henken, Cuban Blogger Yoani Sánchez Launches Independent News Site, 22. 5. 2014, <https://cpj.org/2014/05/cuban-blogger-yoani-sanchez-launches-independent-n/>; Cosette Celecia Pérez, „El paquete“ en la circulación offline de contenidos alternativos en Cuba: mirar sus abordajes, pensar sus perspectivas, in: *Inter Disciplina* 22/2020, S. 67–85.

27 Vgl. Disidentes cubanos apoyan protesta de jóvenes artistas, 22. 11. 2020, www.dw.com/a-55689728.

28 Siehe auch das Interview mit Tania Bruguera in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

29 Vgl. ¿Qué ha ocurrido en el último año desde las protestas masivas en Cuba?, 11. 7. 2022, <https://cnnespanol.cnn.com/2022/07/11/cuba-aniversario-protestas-masivas-cuba-11-julio-orig; Cuba confirma que 297 manifestantes del 11 de julio han sido condenados a prisión, 17. 3. 2022, www.bbc.com/mundo/noticias-60779821>.

ESSAY

KUBANISCHER SOZIALISMUS

Oder: Revolution als Wille und Vorstellung

Gerd Koenen

Wer aus der sicheren Distanz Europas und in historischer Perspektive über den kubanischen Sozialismus schreibt, muss sich nicht nur hüten, diese hartnäckige Parteidiktatur in die weichen Klänge eines „Buena Vista Social Club“ einzuhüllen, die tatsächlich doch den Sound des alten, vorrevolutionären Kubas repräsentieren. Man muss auch den ironischen Blick etwas zügeln, der sich beinahe aufdrängt, sobald man versucht, all die zu Mythen geronnenen Aventüren und Bravados der scheinbar vertrauten, mit Vor- oder Spitznamen angesprochenen Gründerheroen wie „Fidel“ oder „Che“ auf den profanen Boden der Realgeschichte ihres Landes, ihres Kontinents und ihres Zeitalters zurückzuführen.

Jedenfalls zeigt die verjüngte Staats- und Parteiführung, die 2021 nach über sechs Jahrzehnten faktischer Alleinherrschaft und noch immer unter dem wachsamen Auge Raúl's, des jüngeren der beiden Castro-Brüder, installiert worden ist, demonstrativ entschlossen, ihr kollektives Machtmonopol mit drakonischer Härte zu verteidigen. Auch unter den paramilitärischen „Komitees zur Verteidigung der Revolution“, die alle Aufweichungen und Unzufriedenheiten im Blick haben und an der Niederschlagung von Unruhen beteiligt sind, wie zuletzt im Sommer 2021, dürfte eine fanatische Bereitschaft zur Behauptung ihrer kleinen und großen Privilegien herrschen, die für sie der Inbegriff von Sozialismus sind. Und dabei können sie sich womöglich sogar getragen fühlen von der passiven Furcht vieler besitzloser Kubaner vor einer Rückkehr der oft erfolgreichen und gutbetuchten Emigranten in Florida, die ihre vor Jahrzehnten enteigneten Wohnungen und Besitztümer zurückfordern könnten, oder auch vor einem Kollaps der letzten, noch so minimalen sozialen Sicherungen und einem Eindringen der Drogen- und Bandenkriminalität, die viele Staaten Mittel- und Lateinamerikas gerade verwüstet.

In den vertrauten Kategorien von Sozialismus vs. Kapitalismus und Internationalismus vs.

Imperialismus dürfte diese Situation gleichwohl kaum noch zu beschreiben sein. Auch die sozialistische Republik Kuba hat sich hinter der Fassade ihrer martialischen Revolutionsrhetorik und paternalistischen Fürsorgeversprechen längst in ein vielgliedriges Gesamtunternehmen verwandelt, das die sowjetischen Subventionsmilliarden, von denen es bis 1990 zu einem Gutteil gelebt hatte, durch kapitalistisch erwirtschaftete Deviseneinkünfte ersetzt hat. Das politische und soziologische Zentrum und Rückgrat der kommunistischen Partei sind nicht mehr bärtige *Commandantes* und in Moskau geschulte Ideologen, sondern smarte Funktionäre aus Staatsjugend und Massenorganisationen, beamtete Technokraten und professionelle Militärs sowie Geheimdienstkader. Sie haben sich die Claims aufgeteilt, über die sie als Ministeriale, Aufsichtsräte oder Lizenznehmer die humanen und natürlichen Ressourcen des Landes abschöpfen, sei es im Tourismus, in der Erschließung und Ausbeutung der neu entdeckten Öl- und Erzvorkommen, der Langustenzucht oder Zigarrenindustrie oder über die Ausleihe qualifizierter Arbeitskräfte ins Ausland, darunter vor allem Ärzte und Sanitätspersonal.

Insoweit gleicht der kubanische Einparteiensstaat von heute den anderen noch verbliebenen, nominell kommunistischen Regimes in China und Vietnam, oder selbst denen in Nordkorea oder Eritrea – so unterschiedlich sie sonst sind. Und auch das oligarchisch-militaristische Russland Putins als Nachfolger der UdSSR hat, ungeachtet seines weltanschaulichen Farbwechsels, viele Ähnlichkeiten und ist bemüht, die alten Verbindungen teilweise wieder zu reaktivieren.

KULT UM DEN „MÁXIMO LÍDER“

Was das sozialistische Kuba als Spätkömmling von allen einstigen „Bruderstaaten“ typologisch unterschied, war vor allem die Tatsache, dass das



Titelblatt vom „Album der kubanischen Revolution 1952–1959“ mit Sammelbildchen für Kinder, herausgegeben 1960 von der „Felices“-Fabrik für Fruchtkonserven. Es ist ein Dokument des beginnenden Personenkults um Castro, der die Revolution im Alleingang gemacht zu haben scheint, erleuchtet vom Geist José Martí, des Dichters und Vorkämpfers der kubanischen Unabhängigkeit von Spanien, die 1898 erreicht wurde.

Quelle: Archiv des Autors

ab 1959 errichtete politische Regime einschließlich der 1965 neugegründeten Kommunistischen Staatspartei die Schöpfung eines einzigen Mannes war: die Fidel Castros. Gewiss, alle Kommunistischen Parteien und die von ihnen begründeten und getragenen Staatswesen hatten omnipotente und allwissende Führergestalten, nach denen auch der ideologische Kanon vielfach benannt war, vom „Leninismus“ bis zu den „Mao-Zedong-Ideen“. Aber die Art und Weise des Castro-Regimes rückte es ebenso in die Nähe der anderen Seite des politischen Spektrums: der Welt der faschistischen Duce und lateinamerikanischen Caudillos, die sich ihre *movimientos*, ihre „Bewegungen“, selbst geschaffen und auf den Leib geschnitten hatten – Figuren wie Benito Mussolini, Francisco Franco oder Juan Perón, in deren Bann der junge Fidel vor, während und nach dem Weltkrieg aufgewachsen war.

Dazu gehörte immer auch das Charisma eines großen Orators, mit dem Castro seine Rolle als *Máximo Líder* ausstattete. Im Unterschied zu allen Führern Kommunistischer Parteien, die ihr Charisma fast ausschließlich in und mittels der Partei entwickelt hatten, wirkte Castro von Anfang an als moderner Telekrat, klassischer Demagoge und begnadeter Selbstdarsteller, der es verstand, die „Massen“ in Séancen, die mindestens zwei und maximal zwölf Stunden dauerten, buchstäblich schwindelig zu reden und in Trance zu versetzen. Statt in Bleisatz gegossener „Gesammelter Werke“, wie sie für kommunistische Führer eigentlich obligatorisch waren, hat Castro vor allem Tausende Reden produziert, die nur in sorgsam redigierten Auszügen dokumentiert wurden, einfach weil sie – mit Ausnahme einiger Programmreden – viel zu situativ, zu improvisiert und zu widersprüchlich waren, um als dauerhaft-

te Orientierung zu dienen. Es galt das gesprochene Wort, das wie ein einziger, langer Fließtext auf einer Festplatte laufend ergänzt oder überschrieben werden konnte – eine Machttechnik, die den handfesten Vorteil hatte, dass niemand sich auf etwas berufen konnte, das irgendwann gesagt und gehört worden war.

Zu dieser Situation einer Orwell'schen Zeit- und Gedächtnislosigkeit gehörte, dass die reale Geschichte sich zu einem rein mythischen Geschehen wandelte, das keiner auf historische Fakten und Quellen gestützten Überprüfung zugänglich war, angefangen mit der Biografie des Führers selbst, die sich in eine einzige lange, immer weiter ausgeschmückte, legendäre Erzählung verwandelte. Nur ausländischen Autoren und Forschern war und ist es bis heute möglich, aus verstreuten Daten und verfügbaren Berichten eine halbwegs empirisch gestützte Geschichte von Staat und Partei und eine valide Biografie ihres Gründers, Schöpfers und *Comandante en Jefe* zu rekonstruieren. Darin ähnelte Kuba dann allerdings doch wieder den kommunistischen Regimes von damals und heute.

Dabei – was für ein farbiger Stoff das in diesem Fall ist! Dieser entfaltet sich freilich erst, wenn man die Wolken postrevolutionärer Devotion, die außer „Fidel“ vor allem „Che“ als seinen bewaffneten Evangelisten umwehen, beiseiteschiebt und nüchtern und neugierig fragt, aus welchen mentalen, sozialen, kulturellen Komponenten der Castrismus als eine der Variationen des „realen Sozialismus“ und Kommunismus des 20. Jahrhunderts sich biografisch und zeitgeschichtlich gespeist hat.

Da wären die frühen Prägungen Fidels als illegitimer Sohn eines analphabetischen spanischen Grundbesitzers und Aufsteigers in die postkoloniale, blütenweiße, spanisch-katholische Oberschicht der Zuckerinsel. Dann seine Jahre als Schüler im erzkatholischen, mit Franco-Spanien eng verbundenen Jesuitenkolleg. Anschließend seine Studienjahre im Pistolero-Milieu der rivalisierenden Gruppen an der Universität von Havanna, die sich gegenseitig mit einem unbegreiflichen sektiererischen Hass verfolgten, obwohl oder gerade weil sie alle ganz ähnlichen Milieus der Mittel- und Oberschicht entstammten und sich obligatorisch als „revolutionär“ deklarierten. Oder da wäre Fidels Feuertaufe beim sogenannten *Bogotazo*, den anarchischen Unruhen in Bogotá nach der Ermordung des kolumbianischen

Volkstribunen Jorge Eliécer Gaitán 1948, in die er als Mitglied einer vom argentinischen Caudillo Perón gesponserten Jugendreisegruppe eher zufällig hineingeriet und gleich teilnahm. Die Parole Gaitáns „Ich bin nicht nur ein Mann, ich bin ein Volk“ könnte dem jungen Castro durchaus als Leitmotiv gedient haben und als Motto über seinem ganzen Leben stehen.

Tatsächlich folgte seine epische Revolutionskarriere von Anfang an dem Muster eines tollkühnen Ego-Trips, bei dem das schiere Überleben – beim Kamikaze-Angriff auf die Moncada-Kaserne 1953 ebenso wie bei der ähnlich dilettantischen Landungsaktion der überladenen Yacht „Granma“ 1956 – immer nur ein neuer Schicksalsbeweis für seine angestrebte Rolle als „Mann der Vorsehung“ war. Und wenn der Großteil seiner Gefährten dabei draufging, blähte das nur seinen Nimbus.

KUBA VOR 1959

Dabei entsprach das Bild eines von den USA mithilfe einheimischer Marionetten politisch versklavten und wirtschaftlich dominierten, von internationalen Konzernen und einer kleinen Oberschicht ausgebeuteten und von einer Masse verarmter, analphabetischer Arbeiter und Bauern bevölkerten Landes, das Castro zeichnete, kaum der Realität. Kuba war längst nicht mehr die koloniale Zuckerinsel von einst und auch keine der sprichwörtlichen Bananenrepubliken, sondern befand sich in vielseitiger Entwicklung. Seit der Revolution von 1933 war es definitiv unabhängig und relativ demokratisch regiert – wenngleich es weiterhin im Bann- und Einflussbereich der USA stand, was Fluch und Chance zugleich war. Der Anteil von US-Firmen betrug gleichwohl nicht mehr als ein Sechstel des industriellen und agrarischen Anlagevermögens, und auch das Gros der Finanz- oder Versicherungsinstitute war in heimischen Händen. Zugleich war Kuba kein Land der typisch lateinamerikanischen Latifundien und Oligarchien, sondern hatte eine neue, relativ breite postkoloniale Ober- und Mittelklasse hervorgebracht, die zusammen mit den besser bezahlten Industriearbeitern und wohlhabenderen Farmern und Pächtern in den Zucker-, Tabak-, Kaffee-, Obst- und Gemüseanbaugebieten einen – wenn auch unsicheren, stets von Konjunkturen abhängigen – Block der Modernisierungsgewinner bildeten.

Kuba



USA



Orte und Einwohnerzahlen

- über 1 000 000
- 500 000 – 1 000 000
- 100 000 – 500 000
- unter 100 000

Havanna Hauptstadt
Bayamo Provinzhauptstadt

Grenzen und administrative Gliederung

- Staatsgrenze
- Provinzgrenze
- HAITI** Staat
- Granma** Provinz

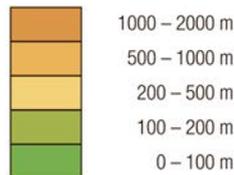
Verkehr

- Autobahn, Schnellstraße
- sonstige Straße
- Eisenbahn

Hydrografie

- Fluss
- Stausee, See

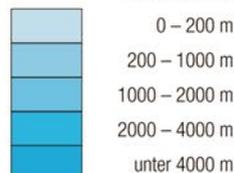
Relief



Landhöhen

- 1000 – 2000 m
- 500 – 1000 m
- 200 – 500 m
- 100 – 200 m
- 0 – 100 m

Meerestiefen



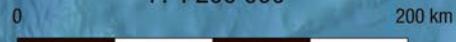
- 0 – 200 m
- 200 – 1000 m
- 1000 – 2000 m
- 2000 – 4000 m
- unter 4000 m

Kaimaninseln (brit.)



Karibisch

1 : 4 200 000



© mr-kartographie, Gotha 2022

Deshalb verfügte das Land nach und neben Argentinien über das höchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas, freilich (wie überall) in äußerst ungleicher sozialer und regionaler Verteilung. Das Verkehrs- und Telekommunikationswesen hatte, den Maßstäben der Zeit nach, einen ziemlich fortgeschrittenen Standard, der eher dem Italiens und Spaniens als Guatemalas oder Mexikos entsprach. Auf 40 Einwohner kam ein Auto – deren Ruinen bis heute das beliebteste touristische Fotomotiv sind –, auf 25 Einwohner ein Fernseher und auf 6 ein Radio. Außer Radio- und Fernsehstationen gab es Dutzende von Zeitungen und Zeitschriften und insgesamt einen relativ qualitativ vollen Journalismus, so wie es auch gute Verlage und eine ausstrahlende Literatur- und Kunstszene gab. Auch das allgemeine Schul- und höhere Bildungswesen war vergleichsweise entwickelt. Die Universität von Havanna hatte 20 000 Studenten und Studentinnen, und die Rate der Alphabetisierung lag landesweit bei 76 Prozent, in den groß- und kleinstädtischen Milieus, in denen fast drei Fünftel der Bevölkerung lebten, sogar nahe 100 Prozent. Nur das Gros der *guajiros*, der Kleinbauern, Teilpächter und Landarbeiter, lebte noch ohne Schulen, Zeitungen und Elektrizität und jenseits des in den Städten zunehmend ausgebauten Gesundheitswesens.

Allerdings zog das in den 1940er und 50er Jahren umgebaute Havanna mit seinen Villen, Hochhäusern, Miet- und Apartmentblocks, mit neuen Straßenzügen, Bahnen und Bussen nicht nur als Hafen-, Handels- und Gewerbezentrum und als kosmopolitische Kulturstadt viele Ressourcen und alle Blicke auf sich, sondern auch als touristisches Sündenbabel, zu dem es mit seinen Nachtclubs, Tanzhallen, Musikbars, Spielcasinos und großen Hotels in den Jahren der Prohibition in den USA geworden war. Eben deshalb galt der Stadt der bewundernde Neid oder auch der Hass vieler Provinzler, nicht zuletzt derer, die dorthin geströmt waren – so wie der aus dem Süden stammende Student und angehende Anwalt Castro, für den Havanna das Hauptfallstor der korumpierenden amerikanischen Massen- und Lebenskultur war.

Es geht nicht darum, in das nostalgische Lied von der „Süße“ des vorrevolutionären Lebens und alten Regimes einzustimmen, wie man das in der Emigrantenliteratur vieler Länder findet, sondern darum, den sozialökonomischen und kultursoziologischen Blick auf die radikalen Um-

wälzungen des vergangenen Zeitalters zu schärfen, zu denen die „Kubanische Revolution“ von 1959 zweifellos zählte.

„KUBANISCHE REVOLUTION“

Die Führungsstriche um die Revolution gelten zunächst der Tatsache, dass es sich eher um einen inneren Kollaps des von den USA fallengelassenen und von der eigenen Armee im Stich gelassenen, nachts außer Landes geflohenen, halbdiktatorischen Regimes des Ex-Feldwebels und Parvenüs Fulgenio Batista handelte als etwa um einen Volksaufstand oder siegreichen Guerillakrieg. Umgeben von übergelaufenen Militärs konnte Castro an Neujahr 1959 auf einem Panzer stehend kampfflos in die Hauptstadt einfahren.

Die Gruppen bäuerlicher Kindersoldaten, die die Vorhut unter Guevara und dann Castros triumphalen Einzug begleiteten, hatten eher psychologische als militärische Bedeutung. Anfang 1957 hatte Castros Guerilla in der Sierra Maestra gerade einmal 50 Köpfe gezählt; Anfang 1958 waren es dann 180, und am Ende maximal 800 Bewaffnete, die auf sein Kommando hörten. Die ganz auf ihn zugeschnittene „Bewegung 26. Juli“ war Teil einer breiten Front oppositioneller Kräfte, die Teile der etablierten, von Batista beiseite gedrängten Parteien der *Auténticos* und *Ortodoxos* sowie eine Reihe neuer, vor allem aus den Universitäten sich rekrutierender Kampforganisationen umfasste. Diese städtischen Gruppen brachten etwa die gleiche Zahl Bewaffneter auf die Beine und zeichneten sich durch tollkühne Aktionen aus, erlitten aber durch Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen ungleich schwerere Verluste als Castros Leute, die ihr Pulver in den Bergen trocken hielten, bevor sie kurz vor Toresschluss in die Ebene hinabstiegen und die Städte einnahmen.

Dass Castro innerhalb der eigenen Bewegung wie in allen Verhandlungen mit anderen Oppositionsgruppen hartnäckig auf einer prinzipiellen Prädominanz der *sierra* (der Berge) über den *llano* (die Ebene) bestand, sollte ein moralisches und symbolisches Übergewicht des bäuerlichen Hinterlandes über die bürgerlichen städtischen Milieus signalisieren. Dabei kam der Nachschub für seine Bergguerilla ebenfalls aus den Städten, und zwar aus denselben bürgerlichen Ober- und Mittelschichten, die auch die anderen bewaffnet oder halblegal operierenden Parteien und Gruppen stützten. Pauschal gesprochen, schüttelte das kubanische Bürgertum

das zunehmend mafiotisch-kriminelle Regime um Batista ab und war danach bereit, dem charismatischen Anwalt Castro als Ministerpräsidenten ein Kabinett hochkompetenter Fachleute zur Seite zu stellen, alles unter der Präsidentschaft des angesehenen Richters Manuel Urrutia.

NÄHE UND DISTANZ ZU MOSKAU

Wie Castro es binnen kürzester Zeit schaffte, sich all der hinderlichen Begleiter und Verbündeten zu entledigen, die ihm nur dazu dienten, das Bürgertum und die besorgten Behörden in Washington vorerst ruhig zu stellen, zeugte jedenfalls von beachtlichem politischen Geschick. Er spielte die einen gegen die anderen aus, versprach freie Wahlen zu Beginn des folgenden Jahres und trat in dichter Folge vor großen Massen auf, vor denen er unter frenetischem Jubel von einer Zukunft sprach, in der Kuba den Wohlstand Europas und Nordamerikas bald übertreffen werde. Dahinein mischte er kryptische Sätze wie: „Die Revolution ergreift die Macht, ohne jemandem verpflichtet zu sein.“ Die niemandem verpflichtete „Revolution“, das war er.

Gegenüber Journalisten und auf einer Blitzreise in die USA distanzierte Castro sich von der Sowjetunion und von den kubanischen Kommunisten, die seit den 1930er Jahren eine kleine, aber sehr erfahrene und in erprobter Halblegalität ausharrende Sonderformation bildeten. In Wirklichkeit hatte er bereits in der Sierra – insbesondere über seinen Bruder Raúl und Guevara – feste konspirative Verbindungen zu ihnen hergestellt. In geheimen Konferenzen arbeiteten ihre und seine Leute unter Federführung Guevaras, der so etwas wie der freie Radikale des neuen Regimes war, ein neues Agrargesetz aus, über das der Landwirtschaftsminister, ein Mann des „26. Juli“ und erfahrener Agronom, nicht einmal informiert wurde, weshalb er wie gewünscht zurücktrat.

Auch die „Säuberung“ von Armee, Justiz und Polizei, der Aufbau einer neuen Geheimpolizei, in der Kader aus dem Sicherheitsapparat der KP eine Schlüsselrolle einnahmen, und die Welle von Verhaftungen, Schauprozessen und Hinrichtungen gegen „Batista-Schergen“ lösten Proteste und Rücktritte aus. Als Präsident Urrutia diese Maßnahmen zwar verteidigte, sich aber von den Kommunisten distanzierte, bezichtigte Castro ihn der „Untergrabung der revolutionären Einheit“ und erklärte seinerseits auf einer großen Kundgebung seinen Rücktritt – mit dem erwünschten Resultat, dass

„die Massen“ stattdessen den Rücktritt des Präsidenten verlangten. Mit bewegter Geste gab Castro daraufhin den „Forderungen des Volkes“ nach und trat sein Amt wieder an, während der Präsident und alle übrigen Widersacher unter Hausarrest gestellt oder außer Landes getrieben wurden.

Das alles schien dem Handbuch einer kommunistischen Machtübernahme stalinistischen Typs entnommen. Nur stellte sich heraus, dass die als „führende Partei“ vorgesehenen Kommunisten dem neuen *Máximo Líder* ihrerseits lediglich als Steigbügelhalter dienten und sich bald mit Anschuldigungen der Illoyalität konfrontiert sahen, während ihre arretierten Führer demütigende Selbstkritiken abliefern mussten, die einer Selbstentmannung glichen.

Mehr noch: Im Dezember 1961 eröffnete Castro in einem sorgsam inszenierten, live übertragenen Auftritt seinem Volk, dass er nach ausführlichem Studium ein überzeugter Marxist-Leninist geworden oder im Kern schon immer gewesen sei und identifizierte seinen idealtypisch nachkonstruierten „Bildungsroman“ unmittelbar mit dem Schicksal des Landes. Das glich nicht nur einer Art Massentaufe „seines“ Volkes, das ab jetzt obligatorisch diese wissenschaftliche Universallehre katechetisch zu erlernen hatte, sondern war zugleich die Vorankündigung der Gründung einer ganz auf seine Person zugeschnittenen kommunistischen Staatspartei, die er 1965 nach vielen Intrigen und Querelen aus der Taufe hob.

Vor allem war das aber eine Bewerbungsrede für die Aufnahme in das von der Sowjetunion geführte „sozialistische Lager“ – ein Angebot, das die Führung in Moskau angesichts der sich zuspitzenden Berlin-Krise und der neuen Eiszeit mit den USA nach der Wahl John F. Kennedys 1960 nur zögernd annahm. Denn zum einen stellte die immer militantere Rhetorik Castros und Guevaras zur baldigen Befreiung Lateinamerikas als einer angeblichen Halbkolonie des US-Imperialismus, verbunden mit ersten, rasch gescheiterten Anläufen eines Revolutionsexports nach eigenem Vorbild, die eben erst entwickelte Theorie einer prinzipiell möglichen „friedlichen Koexistenz“ der beiden konkurrierenden Weltsysteme infrage. Zum anderen war die Revolution in Guevaras Grundsatzschrift über den Guerillakrieg und in der von Castro verkündeten „Deklaration von Havanna“ das Werk einer Gruppe entschlossener Männer, deren strategisch ausgewählter „Guerillafokus“ sich vor allem auf die bäuerlichen Mas-

sen statt nach den gültigen sowjetischen Handbüchern auf die jeweilige Arbeiterklasse und das nationale Bürgertum stützen sollte. Beides schien eher den maoistischen Doktrinen nahezustehen, die die Führung der KPdSU in dem sich aufheizenden Disput mit Peking gerade als Häresie und Abenteuerium verdammt.

Ähnlich bedenklich erschien, dass Castro, vorangetrieben von dem zum Wirtschaftsdiktator ernannten und mit den Landesverhältnissen kaum vertrauten Guevara und entgegen dem Rat der sowjetischen Experten, die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft Kubas in kürzester Zeit auf ein Gleis setzte, das binnen zwei bis drei Jahren auf die fast totale Verstaatlichung der industriellen und agrarischen Betriebe und Naturressourcen und eine Kollektivierung aller menschlichen und technischen Potenziale hinauslief – ein Prozess, für den Stalins Sowjetunion 15 Jahre und Maos China immerhin 7 Jahre gebraucht hatten.

Anfangs war dieser Weg mit einem begeisterten revolutionären *deficit spending* gepflastert, mit dem die sozialen Versprechen eingelöst werden sollten, die Castros Griff zur Alleinherrschaft von Anfang an begleitet und begründet hatten. Durch niedrige Preise in den überall eröffneten „Volksläden“, durch den landesweiten Bau von Schulen, Krankenstationen, Kulturhäusern, Infrastrukturen, deren Nutzung fast kostenlos war, und von Wohnungen mit fertigen Bädern und Küchen zu minimalen Mieten schien sich der Lebensstandard für viele klar zu verbessern. 1961/62 platzte diese „sozialistische Spekulationsblase“, wie man sie nüchtern nennen könnte, allerdings. Im Jahr darauf wurde die Libreta, die Rationierungskarte für Grundnahrungsmittel, eingeführt – die ein Provisorium hätte sein sollen, aber bis heute existiert und ersatzweise zum Ausweis einer egalitären Gerechtigkeit verklärt wurde, während sie doch eher das Signum einer Subsistenzwirtschaft neuen Typs war. An die Stelle materieller Anreize sollten jetzt „moralische“ Impulse die Leistungsbereitschaft der Arbeiter auf dem Land und in der Stadt vorantreiben. Mehr noch: In der Salz- und Schweißpfanne eines Katalogs revolutionärer Sekundärtugenden und -pflichten sollte ein „neuer Mensch“ geboren werden. Auch das klang in Moskauer Ohren ziemlich „kulturrevolutionär“ und chinesisch.

Aber es ging nicht um rein doktrinäre Differenzen, sondern um Weltpolitik. Indem Castro sich und sein Land in einer eigentlich nicht

vorgesehenen Weise in das „sozialistische Weltlager“ hineindrängte, verpflichtete er die Moskauer Führung zu einer massiven Aufrüstung der kubanischen Armee – etwas, das sich durch die fortgesetzten, von der CIA gesponserten Landungsaktionen militanter Anti-Castro-Kämpfer, vor allem die spektakulär gescheiterte Schweinebucht-Invasion im April 1961, immerhin halbwegs rechtfertigen ließ. Ungleich ernster war dagegen das Ansinnen der kubanischen Führung 1962, angesichts einer angeblich bevorstehenden Invasion ihre direkt vor der US-Küste liegende Insel unter den Atomschirm der UdSSR zu nehmen. Regierungschef Nikita Chruschtschow entschloss sich nach langem Zaudern aus ganz eigenen globalstrategischen Erwägungen, in einer geheimen Operation auf zivilen Frachtschiffen eine Streitmacht von 42000 Soldaten zu entsenden, die 40 getarnte Abschussrampen für atomar bestückte Raketen installieren und sie durch Flakstellungen und Boden-Luft-Raketen sowie 80 Bomber und Abfangjäger plus anderem Gerät sichern sollten.

Die US-Führung unter Kennedy, die sehr verspätet und bruchstückhaft davon Wind bekam, verhängte im Gegenzug eine Seeblockade, die als Kuba-Krise in die Geschichtsbücher eingegangen ist und die Welt an den Rand eines atomaren Konflikts brachte – bis Chruschtschow nach Zusagen der USA über eine Nicht-Invasion Kubas, das somit Teil des sowjetischen Lagers bleiben konnte, sowie komplementäre Rückzüge im weltweiten Raketenschach seine Truppen und Atomraketen zurückbeordnete. Welche Rolle die ihm brieflich übermittelten Ansinnen Castros dabei gespielt haben, im Falle eines Angriffs der USA einen atomaren Erstschatz zu führen und New York zu pulverisieren, bleibt für Interpretationen offen. Die Kubaner selbst, deren heroische Bereitschaft, zur Verteidigung ihrer Revolution notfalls atomar zu verglühen, Guevara in einem Artikel später rühmte, wussten jedenfalls von alledem nichts; und wissen es auch heute wohl nur aus fremden, nicht aus eigenen Quellen.

WAS BLEIBT?

Der spezifische Radikalismus und die erstaunliche, über ein halbes Jahrhundert hinweg bewiesene politische Unnachgiebigkeit der von Castro in erster Person geführten und über seine Abdankung 2008 und seinen Tod 2016 hinaus noch dominierten kubanischen Revolution kann sicher-

lich als ein gewaltsames *nation-building* und sich Losreißen vom übermächtigen Nachbarn USA verstanden werden.

Im Zuge dessen hat die Insel allerdings nicht nur einen Exodus des Großteils ihrer alten Eliten und ihres neuen Mittelstands, sondern auch vieler aktiver und nonkonformistischer Elemente aus allen Schichten erlebt – in immer neuen Schüben, und begleitet von einer Hasspropaganda, die sie pauschal als *gusanos*, als „Würmer“, oder in stalinistischem Jargon als „Schädlinge“ diffamierte. Über eine Million Menschen, ein Zehntel der ursprünglichen Bevölkerung, ist über inzwischen sechs Jahrzehnte gegangen, und Tausende, vielleicht Zehntausende sind bei dem Versuch umgekommen, mit Booten, Flößen oder in aufgeblasenen Reifen nordamerikanischen Boden zu erreichen. Das Meer um Kuba leerte sich, weil alle Fischerboote oder Segeljachten weg oder beschlagnahmt wurden.

Ebenso unbegreiflich könnte man freilich die komplementäre politische Unnachgiebigkeit und Revanchelüsterheit der Emigrationsgemeinde in Florida finden, die jede Aufhebung der unsinnigen Embargo-Politik der US-Regierungen bis heute blockiert – welche wiederum die entscheidende Überlebensbedingung des Regimes der Kommunistischen Partei Kubas bildet. Die Diaspora in Florida dürfte die einzige dieser Art sein, die sich selbst vom Verkehr mit ihrem Herkunftsland abschließt, das gleichzeitig von ihren Überweisungen lebt.

Nicht zu dämonisieren oder zu romantisieren, aber auch nicht zu bagatellisieren ist wiederum die Erinnerung an die von Kuba initiierten und gesponserten Guerilla-Epen, in denen, einer fixen Idee Castros wie Guevaras folgend, „die Anden die Sierra Maestra Lateinamerikas“ werden sollten – eine absurde Verschätzung des geopolitischen Maßstabs um etwa das Dreißigfache. „Operation Fantasma“ hieß denn auch im internen Geheimdienstjargon die generalstabsmäßig angesetzte Operation Guevaras in Bolivien, die mit seinem Märtyrertod im Oktober 1967 endete. Alles in allem hat dieses Gespenst einer kontinentalen Revolution eine lange Kette sinnloser Bürgerkriege und Opfergänge inspiriert – und gleichzeitig die sterile US-Paranoia einer antiamerikanischen Weltverschwörung über Jahrzehnte befeuert.

Dasselbe gilt für die noch sinnloseren und opferreicheren Militärinterventionen Kubas in Afri-

ka, vom Kongo über Angola bis Äthiopien in den 1970er und 80er Jahren, die wenig mehr waren als Hilfs- und Stellvertreteroperationen einer überspannten sowjetischen Weltpolitik. Wie viele Tausend oder Zehntausend junge Kubaner dabei umgekommen sind, ist bis heute Staatsgeheimnis.

Diese ganze, mittlerweile 60 Jahre andauernde Geschichte eines kubanischen Sozialismus, aus so vielen gerechten Motiven und so vielen Enthusiasmen sie sich gespeist hat, bedeutete im historischen Resultat nicht nur eine brachiale sozialökonomische Entdifferenzierung und Vergrößerung der Gesellschaft, sondern die Politik der Castros lief auf eine aktive „Unterentwicklung“ dieses vergleichsweise entwickelten Landes hinaus, das zeitweise tatsächlich zu der buchstäblichen „Zuckerplantage“ degenerierte, die Vater Castro betrieben hatte.

Die insulare Selbstisolation bedeutete auch eine schmerzliche Auflösung kultureller Verknüpfungen, allein schon durch den Kehraus alles Englischsprachigen. Selbst die Musik, die seit der Reise des US-Gitarristen Ry Cooder Mitte der 1990er Jahre im Zuge der touristischen Öffnung des Landes und seit dem Film „Buena Vista Social Club“ von Wim Wenders wie nichts anderes mit einem revolutionär-lebenslustigen Kuba identifiziert wird, ist eher eine melancholische Reminiszenz. Denn die steinalten Musiker, die ihren nostalgischen „Buena Vista Social Club“ wiederentdeckten oder neu erfanden, holten ja Instrumente wieder hervor, die sie lange weggelegt hatten, und sie spielten die vorrevolutionären Lieder, vor allem den Son, der in den 1940er und 50er Jahren eine kubanische Variante des Blues war und im engen Austausch zwischen Havanna, New Orleans und New York entstanden war.

Auch diese wunderbaren Klänge und Lieder können die Verluste der Vergangenheit und die Härte der Gegenwart nicht mildern, geschweige denn ausgleichen. Und die stagnante Ruhe, unter der die Insel heute – nach den Unruhen im Sommer 2021 – liegt, dürfte die vor einem Sturm sein, der sich erneut zu einem weltpolitischen Konflikt auswachsen könnte.

GERD KOENEN

ist Publizist und Historiker. Er schrieb unter anderem „Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus“ (2017) sowie „Traumpfade der Weltrevolution. Das Guevara-Projekt“ (2008). <http://gerd-koenen.eu>

VON KUBA ZUR UKRAINE

Zwei Nuklearkrisen im Vergleich

Christopher Daase

Seit der Kuba-Krise war die Welt nie dichter an einem Nuklearkrieg als im gegenwärtigen Konflikt um die Ukraine. Die Drohung Wladimir Putins, Nuklearwaffen einzusetzen, hat den Konflikt zwischen Russland und dem Westen auf eine neue Eskalationsebene gehoben und dem Kriegsgeschehen in der Ukraine eine dramatische Wendung gegeben. In den Medien werden regelmäßig Parallelen zu den 13 Tagen im Oktober 1962 gezogen, in denen die Welt nur um Haaresbreite einer nuklearen Katastrophe entging. Aber wie ähnlich sind diese Krisen? Wie gefährlich ist die gegenwärtige Lage? Und welche Lehren, wenn überhaupt, können aus der Kuba-Krise für die heutige Situation gezogen werden?

Die Kuba-Krise gilt als eines der am besten erforschten Ereignisse der Weltgeschichte. Einige Autoren meinten deshalb, man könne auf weitere wissenschaftliche Analysen verzichten.⁰¹ Doch in den vergangenen Jahren sind durch die Auswertung amerikanischer und russischer Quellen neue Erkenntnisse gewonnen worden, die den „Mythos Kuba“ zerstört haben.⁰² Lange galt nämlich die Kuba-Krise als ein Meisterstück amerikanischer Krisendiplomatie. US-Präsident John F. Kennedy sei es durch Mut und Entschlossenheit gelungen, nicht nur eine direkte Bedrohung der USA durch sowjetische Nuklearwaffen auf Kuba abzuwehren, sondern auch einen globalen Nuklearkrieg zu verhindern.⁰³ Die erst Ende der 1990er Jahre veröffentlichten Tonbandprotokolle aus dem engsten Krisenstab des Präsidenten, dem Executive Committee (ExComm), zeichnen allerdings ein anderes Bild.⁰⁴ Sie zeigen, dass Kennedy keinesfalls der knallharte Verhandler und rationale Stratege war, der Auge in Auge mit dem sowjetischen Regierungschef Nikita Chruschtschow rang und ihn schließlich in die Knie zwang. Vielmehr belegen die Aufnahmen, dass Kennedy seine eigene Position im Verlauf der Unterredungen deutlich abmilderte und am Ende ein Kompromiss die Beilegung der Krise ermöglichte.⁰⁵

Diese neuen Erkenntnisse sind deshalb so wichtig, weil sie einen tiefen Einblick in die Dynamik nuklearer Krisen erlauben und den Wandel der Sicherheitspolitik erklären können. Denn mit der Kuba-Krise begann ein neues Zeitalter der Diplomatie, die trotz nuklearer Drohung auf Kooperation und politische Entspannung setzte. Zugegeben, kein Ereignis der Weltgeschichte ist wie ein zweites. Ob die gegenwärtige Nuklearkrise ähnlich entschärft werden kann wie die Kuba-Krise, ist ebenso ungewiss wie der Ausgang des Ukraine-Krieges insgesamt. Insofern steht die folgende Analyse unter dem Vorbehalt zukünftiger Ereignisse. Dennoch lohnt es sich, Parallelen und Unterschiede zu untersuchen, um Mechanismen zu identifizieren, die bestimmte Entwicklungen – Eskalation oder Deeskalation – mehr oder weniger wahrscheinlich erscheinen lassen. Im Folgenden soll deshalb auf vier Kontexte eingegangen werden: die geopolitische Lage, die Nuklearstrategie, die Rationalität der Entscheider und die Krisenstabilität.

GEOPOLITISCHE LAGE

Weder Kennedy noch Chruschtschow hatten im Oktober 1962 vor, einen Nuklearkrieg zu führen. Und doch eskalierte der Konflikt, und wir wissen heute, dass die Welt damals einer nuklearen Katastrophe nur aus purem Glück entging. Es gibt demnach zwei unterschiedliche Formen des Nuklearkrieges: den absichtlich herbeigeführten, um politische Zwecke zu erreichen, wie die Kapitulation Japans nach dem Abwerfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945; und den unbeabsichtigten, der aus einer Verkettung von Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen entsteht. Wäre es 1962 zu einem Nuklearkrieg gekommen, wäre er ein unbeabsichtigter gewesen. Das heißt nicht, dass nicht jede einzelne Entscheidung überlegt und kalkuliert vorgenommen worden wäre, aber unter so

starkem Druck und mit so unvollkommenem Wissen, dass kaum von einer „rationalen Wahl“ hätte gesprochen werden können.⁰⁶ Denn in Krisenzeiten nähern sich absichtliche und unabsichtliche Nukleareinsätze aneinander an und werden ununterscheidbar.

Die Kuba-Krise fand in einer kritischen Phase des Kalten Krieges statt. Die Vereinigten Staaten hatten lange versucht, die nukleare Überlegenheit zu bewahren und den Einfluss der Sowjetunion in Osteuropa, Asien und Südamerika zurückzudrängen (*rollback*). Aber die nukleare Aufrüstung und Erfolge in der Satelliten- und Raketentechnik aufseiten der Sowjetunion ließen den amerikanischen Vorsprung schmelzen und das Gefühl akuter Bedrohung wachsen (*missile gap*). Vor allem die revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Südamerika beunruhigten die USA und ließen die Regierungen unter den Präsidenten Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy zu Mordanschlägen und Sabotageakten greifen. Gleichzeitig hatte sich die Situation um Berlin zugespitzt, das Moskau als Ganzes für sich reklamierte. Insofern waren die Sowjetunion und die USA bereits in einer direkten, wenn auch nicht militärischen Konfrontation, in der die Stationierung von offensiven Nuklearwaffen wenige Kilometer vor der Küste Floridas zwar nicht das nukleare Kräfteverhältnis veränderte, aber das amerikanische Bedrohungsgefühl akut verschärfte. In der Kuba-Krise spitzte sich der gesamte Ost-West-Konflikt in einer Weise zu, dass ein Nuklearkrieg *fast* unausweichlich schien.

60 Jahre später ist die geopolitische Lage eine andere. Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine fordert die internationale Ordnung heraus und bedroht Mitgliedsländer der Nato. Allerdings richten sich die Kampfhandlungen bislang nicht direkt gegen den Westen, der im Gegenzug klargemacht hat, dass er sich nicht

als Kriegspartei sieht und sich auf ökonomische Sanktionen und Militärhilfe für die Ukraine beschränkt. Insofern sind die russischen Ziele im Ukraine-Krieg trotz einer imperialen Rhetorik begrenzt. Die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen ist, anders als in der Kuba-Krise, eher indirekter Natur. Solange das so bleibt, ist die Gefahr einer unbeabsichtigten nuklearen Eskalation gering. Allerdings könnte vonseiten Russlands ein beabsichtigter Einsatz zum Beispiel von taktischen Nuklearwaffen erfolgen, insbesondere wenn Moskau den Krieg zu verlieren droht.

NUKLEARSTRATEGIE

Als dem US-Präsidenten am 16. Oktober 1962 die Berichte über sowjetische Nuklearraketen auf Kuba vorgelegt wurden, waren bereits 36 „R-12“-Mittelstreckenraketen vor Ort, ausgestattet mit nuklearen Sprengköpfen von jeweils einer Megatonne, was etwa je 66 Hiroshima-Bomben entspricht. Was die Amerikaner nicht wussten und erst nach Ende des Kalten Krieges erfuhren: Auch taktische Nuklearwaffen lagerten bereits in Kuba und hätten eigenmächtig von einem sowjetischen Offizier im Falle einer amerikanischen Intervention eingesetzt werden können. Mit diesen und weiteren Nuklearwaffen, die bereits per Schiff auf dem Weg waren, wollte Chruschtschow drei strategische Probleme lösen: erstens das nukleare Ungleichgewicht zwischen Moskau und Washington beseitigen, zweitens Kuba vor einem Angriff schützen und drittens Druck auf die Westalliierten in Berlin ausüben.

Zu Beginn der Krise waren sich Kennedy und seine Berater einig, dass eine militärische Aktion nötig sein würde, um die Raketen aus Kuba zu verbannen. Vor allem die Militärs bestanden auf einer militärischen Lösung, wohl wissend, dass ein Präventivschlag eine nukleare Eskalation nach sich ziehen würde. Viele im Krisenstab betrachteten Nuklearwaffen nach wie vor als normale Waffen mit besonders großer Sprengkraft, obwohl sich wissenschaftlich und politisch bereits durchgesetzt hatte, dass Nuklearwaffen „politische Waffen“ und nur von begrenztem militärischem Nutzen sind. Auch dem Präsidenten wurde im Verlauf der Unterredungen immer klarer, dass ein Militärschlag unkalkulierbare Risiken barg. Schließlich beschloss der Krisenstab eine Seeblockade, euphemistisch als „Quarantäne“

01 Vgl. Eliot A. Cohen, *Why We Should Stop Studying the Cuban Missile Crisis*, in: *The National Interest* 2/1985, S. 3–13.

02 Vgl. Leslie H. Gelb, *The Lie That Screwed Up 50 Years of U.S. Foreign Policy*, in: *Foreign Policy* 196/2012, S. 24 ff.

03 Vgl. beispielhaft die (Selbst-)Stilisierungen von Robert F. Kennedy, *Thirteen Days*, New York 1969.

04 Vgl. die Mitschnitte und Transkripte auf <https://microsites.jfklibrary.org/cm.c>.

05 Vgl. ausführlich Martin J. Sherwin, *Gambling with Armageddon. Nuclear Roulette from Hiroshima to the Cuban Missile Crisis*, New York 2020.

06 Vgl. David R. Gibson, *Decision at the Brink*, in: *Nature* 487/2012, S. 27 ff.

bezeichnet, um die Sowjetunion zum Einlenken zu zwingen. Gleichzeitig verdeutlichte Kennedy am 27. Oktober, dass die USA zu einem Nuklearschlag gegen die Sowjetunion bereit wären, und es spricht viel dafür, dass der Angriffsbefehl am 30. Oktober gegeben worden wäre, wenn die Raketen nicht abgezogen worden wären. Entscheidend ist allerdings, dass Kennedy gleichzeitig seine Position moderierte und bereit war, auf Chruschtschow zuzugehen. Am Abend des 27. wurde mit dem sowjetischen Botschafter ein geheimer Kompromiss vereinbart, dass die USA im Austausch für den Abzug der Raketen aus Kuba auf eine Invasion der Insel verzichten und mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung amerikanische „Jupiter“-Mittelstreckenraketen aus der Türkei abziehen würden. Damit war ein radikal neues Element in die amerikanisch-sowjetischen Nuklearbeziehungen eingeführt worden: Parität statt Überlegenheit.

Die Kuba-Krise hat entscheidend dazu beigetragen, dass in der Abschreckungstheorie die Idee der Überlegenheit durch die der wechselseitig gesicherten Zerstörung (*mutual assured destruction*) abgelöst wurde und auf der Basis „strategischer Stabilität“ in den 1960er und 70er Jahren weitreichende Rüstungskontrollvereinbarungen eingegangen werden konnten.⁰⁷ Dennoch blieb Überlegenheit in der operativen Nuklearstrategie ein zentrales Element, insofern „Eskalationsdominanz“ als wichtige Fähigkeit angesehen wurde, in jeder Krisensituation selbst die Bedingungen der Verschärfung eines militärischen Konflikts bestimmen zu können.⁰⁸

Diese Idee wurde nach dem Ende des Kalten Krieges wieder in die russische Nuklearstrategie aufgenommen, und sie ist es, die die Befürchtung nährt, Russland könnte auch im Ukraine-Krieg versucht sein, Nuklearwaffen einzusetzen. Im Juni 2020 veröffentlichte der Kreml ein Papier zu den „Grundprinzipien der staatlichen Politik der Russischen Föderation zur nuklearen Abschreckung“. Damit machte Russland zum ersten Mal sein Verständnis von Abschreckung öffentlich und erläuterte die Rahmenbedingungen für den Einsatz nuklearer Waffen. In Artikel 4 heißt es, dass in militärischen Auseinandersetzungen

der Nuklearwaffeneinsatz dazu dienen könne, eine weitere Eskalation zu verhindern und den Krieg unter Bedingungen zu beenden, die für Russland akzeptabel sind. Damit scheint sich die Vermutung zu bestätigen, dass Russland für sich das Recht reklamiert, einen konventionellen Konflikt mit nicht-strategischen, also taktischen Nuklearwaffen zu eskalieren, um ihn zu seinen Konditionen zu beenden (*escalate to de-escalate*).⁰⁹

Allerdings haben hohe russische Beamte und Putin selbst bekräftigt, dass Nuklearwaffen nur eingesetzt werden sollen, wenn Russland mit einer existenziellen Bedrohung des Staates konfrontiert sei. Putin hat diese Position in einem Brief an die Teilnehmer der Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) bekräftigt: „Wir gehen von der Tatsache aus, dass es in einem Nuklearkrieg keine Gewinner geben kann und er nie begonnen werden sollte.“¹⁰ Es ist jedoch bekannt, dass man sich auf die Versicherungen Russlands nicht verlassen sollte. Noch kurz vor dem Einmarsch in die Ukraine beteuerte Putin, niemand habe die Absicht, die Ukraine anzugreifen. Auch hier gibt es eine Parallele zur Kuba-Krise: Die Sowjetunion leugnete bis zuletzt, irgendwelche Raketenbasen auf Kuba zu unterhalten. Und über Jahrzehnte behauptete Moskau, eine Politik des nuklearen Nicht-Ersteinsatzes (*nuclear no first use*) zu betreiben, während Einsatzpläne Erstschläge auf Nato-Basen und europäische Hauptstädte vorsahen.¹¹

Die nuklearen Drohungen Russlands sind also keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen. Russland könnte eine Atombombe über dem Schwarzen Meer detonieren lassen, um seine Entschlossenheit zu demonstrieren, den Krieg zu gewinnen; es könnte versuchen, die ukrainische Regierung nuklear zu „enthaupten“ oder sich mit taktischen Nuklearwaffen einen militärischen Vorteil im Feld zu verschaffen. US-Präsi-

⁰⁹ Vgl. Mark B. Schneider, Russian Nuclear „De-Escalation“ of Future War, in: *Comparative Strategy* 5/2018, S. 361–372.

¹⁰ Zit. nach Mark Trevelyan, Putin Says No One Can Win a Nuclear War, 1. 8. 2022, www.reuters.com/world/putin-there-can-be-no-winners-nuclear-war-it-should-never-be-started-2022-08-01, eigene Übersetzung.

¹¹ Vgl. Zachary Keck, Russia Had a Cold War Master Plan to Annihilate NATO, 12. 10. 2021, <https://nationalinterest.org/blog/reboot/russia-had-cold-war-master-plan-annihilate-nato-194884>.

⁰⁷ Vgl. Benjamin Miller, *Grand Strategy from Truman to Trump*, Chicago 2020, S. 100–129.

⁰⁸ Vgl. z. B. Henry A. Kissinger, *Nuclear Weapons and Foreign Policy*, New York 1957.

dent Joe Biden hat deshalb schon im März 2022 ein „Tiger Team“ von sicherheitspolitischen Experten zusammengestellt, das Optionen für unterschiedliche Szenarien erarbeiten soll, in denen Russland Nuklear- oder andere Massenvernichtungswaffen in der Ukraine einsetzt. Zwar sind die genauen Einsatzpläne geheim, doch ist die einhellige Meinung unter westlichen Strategieexperten, dass die USA auf einen russischen Nukleareinsatz in der Ukraine nicht mit Nuklearwaffen antworten sollten.¹² Zielführender sei eine scharfe diplomatische Reaktion, die sich die zu erwartende internationale Entrüstung zunutze macht und Russland vollständig isoliert. Sollte hingegen Nato-Territorium angegriffen werden, wäre zweifellos mit schärferen Reaktionen zu rechnen. Dass es so weit kommt, halten die Wenigsten für wahrscheinlich. Die Abschreckung wirkt: Der Westen wird von einer Kriegsbeteiligung an der Seite der Ukraine abgehalten und Russland von einer Ausdehnung des Krieges auf westliches Territorium.

RATIONALITÄT DER ENTSCHEIDER

Kennedy hatte die Präsidentschaftswahl 1960 mit einem Bekenntnis zu militärischer Stärke und der Behauptung gewonnen, dass es der Vorgängerregierung unter Eisenhower nicht gelungen sei, der militärischen Übermacht der Sowjetunion etwas entgegenzusetzen. Als Kennedy erfuhr, dass im Gegenteil die USA einen Vorsprung hatten, verdoppelte er die Rüstungsanstrengungen, um die militärische Überlegenheit auf Jahre hinaus festzuschreiben. Zu Beginn der Kuba-Krise war Kennedy ein Kalter Krieger, dem nichts ferner lag, als einen Ausgleich mit seinem Kontrahenten Chruschtschow zu suchen. Chruschtschow seinerseits war entschlossen, den USA Paroli zu bieten, nicht nur in Berlin, sondern weltweit. Erzürnt hatten ihn vor allem die „Jupiter“-Raketen, die Eisenhower in der Türkei hatte stationieren lassen. Bei seinem ersten Gespräch mit dem neuen Präsidenten im Juni 1961 in Wien beklagte sich Chruschtschow und fragte Kennedy rhetorisch, was wohl die USA davon hielten, wenn an ihrer Türschwelle

sowjetische Raketen stationiert würden.¹³ Dass er diese Idee ein Jahr später umsetzen würde, ahnte damals noch niemand.

Es gibt eine persönliche Gemeinsamkeit zwischen Chruschtschow und Putin. Sie besteht in dem Gefühl, dass Russland vom Westen, das heißt den USA, nicht als gleichberechtigte Supermacht anerkannt und abschätzig behandelt wird. Chruschtschow hatte immer wieder verlangt, die westlichen Truppen aus Berlin abzuziehen, was Kennedy ein ums andere Mal abgelehnt hatte. Manche machen diese und andere Zurückweisungen dafür verantwortlich, dass sich Chruschtschow überraschend und in einer Kehrtwende für die Stationierung von Nuklearwaffen auf Kuba entschied – nicht um Kuba zu schützen, sondern um endlich mit den USA strategisch gleichzuziehen und als ebenbürtig anerkannt zu werden.¹⁴ Auch bei Putin ist die Demütigung ein immer wiederkehrendes Motiv. Der Westen habe mit der Osterweiterung der Nato Russland betrogen und tue alles, um Russlands historische Größe zu untergraben. Der Krieg gegen die Ukraine sei zur Selbsterhaltung und Restitution nationaler Ehre unumgänglich gewesen. In beiden Fällen, bei Chruschtschow und Putin, dient militärische Gewalt, potenzielle und tatsächliche, der Wiederherstellung nationaler und persönlicher Würde und geht mit der Bereitschaft einher, hohe politische Risiken einzugehen.

Beschwichtigungen, Putin würde vor einem tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen wahrscheinlich zurückschrecken, sind angesichts seines rücksichtslosen Kriegshandelns wenig glaubhaft. Vor allem, wenn er den Verlust seines Herrschaftsanspruchs fürchten muss, wird seine Bereitschaft, zur ultimativen Waffe zu greifen, steigen. Ebenso ist die Hoffnung, dass russische Generäle die Befehle zum Einsatz von Nuklearwaffen nicht ausführen würden, wenig begründet. Ihre Bereitschaft, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu führen und die ukrainische Bevölkerung mit Terror zu überziehen, spricht ebenso dagegen wie die Tatsache, dass russische Manöver und Kriegssimulationen regelmäßig mit einem begrenzten oder globalen Nuklearwaffeneinsatz enden.

¹² Vgl. Eric Schlosser, *What if Russia Uses Nuclear Weapons in Ukraine?*, 20.6.2022, www.theatlantic.com/ideas/archive/2022/06/russia-ukraine-nuclear-weapon-us-response/661315.

¹³ Vgl. ausführlich Philip Nash, *The Other Missiles of October: Eisenhower, Kennedy, and the Jupiters*, Chapel Hill 1997.

¹⁴ Vgl. Timothy Naftali/Alexsandr Fursenko, *One Hell of a Gamble: Khrushchev, Castro & Kennedy, 1958–1964*, New York 1997.



„Ok, Herr Präsident, verhandeln wir“ – Diese Karikatur von Leslie Gilbert Illingworth, die den sowjetischen Regierungschef Nikita Chruschtschow und den US-Präsidenten John F. Kennedy zeigt, erschien in der britischen Boulevardzeitung „Daily Mail“.

© Süddeutsche Zeitung Photo

Auch im amerikanischen ExComm-Krisenstab von 1962 war die Bereitschaft hoch, es auf einen Nuklearkrieg ankommen zu lassen. Hier wurde mit „Glaubwürdigkeit“ argumentiert, die verloren gehen würde, sollten die USA keine Handlungen folgen lassen, die ihrer starken Rhetorik entsprachen. Die Sowjetunion in Kuba gewähren zu lassen, würde zwar die Sicherheitslage der USA nicht wesentlich verschlechtern, aber ihre Reputation als entschlossene und durchsetzungsfähige Großmacht nachhaltig beschädigen. Kennedy selbst war sich möglicher Reputationskosten sehr bewusst, hatte er sich doch als unbeugsamer Antikommunist stilisiert und musste Zwischenwahlen gewinnen. Gleichzeitig erkannte er aber, ähnlich wie Chruschtschow, dass der Reputationslogik eine Eskalationsdynamik inne wohnte, die unweigerlich auf eine Katastrophe hinauslief.

Chruschtschow schrieb deshalb am 26. Oktober einen persönlichen Brief an Kennedy, in dem er vorschlug, den Knoten, in dem Moskau

und Washington sich verheddert hatten, gemeinsam zu lösen: „Wenn wir also nicht die Absicht haben, diesen Knoten fester zu ziehen und damit die Welt in die Katastrophe eines thermonuklearen Krieges zu stürzen, dann sollten wir nicht nur die Kräfte, die an den Enden des Seils ziehen, lockern, sondern auch Maßnahmen ergreifen, um diesen Knoten zu lösen. Wir sind dazu bereit.“¹⁵ Im Grunde war die Situation für beide Seiten ähnlich, insofern es darum ging, eine kooperative Lösung zu finden, ohne als schwach oder gar als Verlierer dazustehen. Kennedy wollte, dass die Raketen friedlich abgezogen werden, ohne selbst einen Preis zu zahlen (zumindest öffentlich). Chruschtschow suchte nach einem gesichtswahrenden Weg, die Raketen abzuziehen, ohne vor dem Politbüro und der Weltöffentlichkeit als Unterlegener zu erscheinen.

¹⁵ Letter From Chairman Khrushchev to President Kennedy, 26. 10. 1962, <https://microsites.jfklibrary.org/cmc/oct26/doc4.html>, eigene Übersetzung.

Auch wenn es im Ukraine-Krieg je zu so etwas wie Waffenstillstands- oder sogar Friedensverhandlungen kommen sollte, wird es um gesichtswahrende Lösungen gehen müssen. Um einer Verhandlungslösung zustimmen zu können, muss Putin seine eigene Rhetorik dämpfen und Rücksicht auf die aufgepeitschte Stimmung in seinem Umfeld und der russischen Gesellschaft nehmen. Gleichzeitig dürfen die Ukraine und der Westen nicht den Eindruck entstehen lassen, dass Russland für seine Aggression belohnt wird. Irgendwie muss diese Quadratur des Kreises gelingen, wenn nicht endlos auf Sieg und Kapitulation gesetzt und das Risiko einer nuklearen Eskalation erhöht werden soll.

Kennedys Kooperationsangebot an Chruschtschow, überbracht von seinem Bruder Robert in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter am Abend des 27. Oktober, enthielt nicht unerhebliche Konzessionen der amerikanischen Seite: Die Zusicherung, Kuba nicht anzugreifen und seinen eigenen Weg gehen zu lassen, sowie die Zusage, die eigenen Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzuziehen. Dass diese Konzessionen geheim und nicht einmal den ExComm-Mitgliedern bekannt waren und so terminiert wurden, dass jeder inhaltliche Zusammenhang geleugnet werden konnte, zeigt, wie verhärtet die Positionen nicht nur zwischen Washington und Moskau waren, sondern auch innerhalb des ExComm, und welchen Mut Kennedy aufbrachte, um die Krise diplomatisch zu lösen. Ob es tatsächlich diese Konzessionen waren, die Chruschtschow zum Einlenken brachten, oder er bereits vorher „eingeknickt“ war, wie einige behaupten,¹⁶ ist meines Erachtens unerheblich. Wichtiger ist, dass Kennedy selbst die Entscheidung traf, von Konfrontation auf Kooperation umzuschwenken.

Wenige Monate später resümierte er diese Entscheidung in einer berühmt gewordenen Rede an der American University in Washington, freilich ohne Details des Kompromisses preiszugeben, die für fast 25 Jahre unter Verschluss blieben: „Wir müssen unsere Angelegenheiten so regeln, dass es im Interesse der Kommunisten liegt, sich auf einen echten Frieden einzulassen. Vor allem müssen die Atomkräfte unter Wahrung ihrer ei-

genen vitalen Interessen solche Konfrontationen vermeiden, die einen Gegner vor die Wahl stellen, einen demütigenden Rückzug anzutreten oder einen Atomkrieg zu führen. Ein solcher Kurs im Atomzeitalter wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik – oder für einen kollektiven Todeswunsch für die Welt.“¹⁷

KRISENSTABILITÄT

Kennedy hatte erkannt, dass die Kuba-Krise inhärent instabil war und in ihrer Konsequenz auf eine militärische, nach allem, was wir wissen, nukleare Auseinandersetzung hinausgelaufen wäre. Sein Strategiewechsel kann kaum überschätzt werden, denn er erforderte, die Situation aus dem Blickwinkel des Gegners zu betrachten, und das verlangte, wie US-Verteidigungsminister Robert McNamara einmal feststellte, ein gewisses Maß an Empathie und Verzicht auf Selbstgerechtigkeit.¹⁸ Allerdings haben Kennedy und sein Umfeld fleißig am Mythos des zu allem entschlossenen Nuklearstrategen weitergestrickt. In der amerikanischen Außenpolitik ist deshalb lange aus der Kuba-Krise die Lehre gezogen worden, dass es in Krisen vor allem auf Standhaftigkeit und Kompromisslosigkeit ankommt, und dass Reputation wichtiger ist als eine diplomatische Krisenbewältigung.¹⁹ Die Neuinterpretation der Kuba-Krise legt neue Lehren nahe, und die Administration des aktuellen US-Präsidenten Joe Biden scheint diese im Ukraine-Krieg bereits zu beherzigen.

Als John F. Kennedy am 22. Oktober 1962 öffentlich die „Quarantäne“ von Kuba erklärte, erhöhte er gleichzeitig die Einsatzbereitschaft (*defense readiness condition*, DEFCON) der nuklearen Streitkräfte auf Stufe 3 von 5, um die Entschlossenheit der USA zu signalisieren. Im Laufe der Krise und unter nicht ganz geklärten Umständen rief der US-Generalstab am 24. Oktober DEFCON 2 aus, nur eine Stufe vor einem tatsächlichen Nuklearkrieg. Die sowjetische Seite antwortete auf diese Eskalation mit maxima-

¹⁶ Vgl. Stephen Sestanovich, *Of Myths and Missiles*, 12.10.2012, <https://foreignpolicy.com/2012/10/12/of-myths-and-missiles>.

¹⁷ President John F. Kennedy, *Commencement Address at American University, Washington, D.C.*, 10.6.1963, www.jfklibrary.org/archives/other-resources/john-f-kennedy-speeches/american-university-19630610, eigene Übersetzung.

¹⁸ Vgl. Barton J. Bernstein, *Reconsidering the Perilous Cuban Missile Crisis 50 Years Later*, in: *Arms Control Today* 8/2012, S. 39–44.

¹⁹ Vgl. Gelb (Anm. 2).

ler Einsatzbereitschaft. Nie war die Welt dichter an einem Nuklearkrieg. Als am 26. Februar 2022 Wladimir Putin das Gleiche tat, indem er die Alarmbereitschaft der russischen Nuklearstreitmacht erhöhte,²⁰ reagierte die amerikanische Seite indes betont gelassen und antwortete *nicht* mit einer Erhöhung nuklearer Einsatzbereitschaft. Eine Lehre aus der Kuba-Krise lautet somit offenbar, dass die Stabilität in der Krise nicht erst ins Wanken gerät, wenn über die Vorteile eines nuklearen Erstschlags nachgedacht wird, sondern schon dann, wenn durch die Erhöhung nuklearer Einsatzbereitschaft die vermeintliche Entschlossenheit zum Sieg signalisiert wird.²¹

Der glücklichen Lösung der Kuba-Krise folgten bald weitere Schritte der Entspannungspolitik. Im Juni 1963 wurde eine direkte Telefonverbindung zwischen Washington und Moskau etabliert, um in Krisenzeiten nicht auf komplizierte Hinterzimmerdiplomatie angewiesen zu sein. Im August des gleichen Jahres unterzeichnete Kennedy den Limited Test Ban Treaty, der alle überirdischen Nuklearexplosionen verbot und den Weg für ein multilaterales Nuklearwaffenregime, den NVV, ebnete. Noch im Januar 2022 bekräftigten die fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten in einer gemeinsamen Erklärung das Diktum des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan, dass ein Nuklearkrieg „niemals geführt werden dürfe und niemals gewonnen werden könne“. Und doch brach Russland zentrale Normen der Weltnuklearordnung, als es ein Land, das Nuklearwaffen aufgegeben hatte, überfiel und all den Staaten, die der Ukraine zur Hilfe kommen würden, mit einer nuklearen Eskalation drohte. Der Konsens, Nuklearwaffen einzig zu defensiven Zwecken vorzuhalten und gegebenenfalls einzusetzen, war verlassen, als Russland ihren offensiven Einsatz androhte, um die USA und den Westen davon abzuhalten, die Ukraine militärisch zu unterstützen.

20 Vgl. Caitlin Talmadge, *The Ukraine Crisis Is Now a Nuclear Crisis*, 27.2.2022, www.washingtonpost.com/politics/2022/02/27/ukraine-crisis-is-now-nuclear-crisis.

21 Vgl. Robert Powell, *Crisis Stability in the Nuclear Age*, in: *American Political Science Review* 1/1989, S. 61–76.

22 Vgl. Christopher Daase/Nicole Deitelhoff, *Kooperative Sicherheit. Über Vertrauen und Misstrauen in der internationalen Politik*, in: *Kursbuch* 210/2022, S. 88–100.

23 Vgl. Matthew Kroenig, *Nuclear Superiority and the Balance of Resolve*, in: *International Organization* 1/2013, S. 141–171.

FAZIT

Auch wenn sich die Nuklearkrisen von 1962 und 2022 an wichtigen Stellen unterscheiden, können sie doch hinsichtlich ihrer Tendenzen, die zu einem Einsatz von Atomwaffen führen könnten, verglichen werden. Genau wie heute war in der Kuba-Krise das Vertrauen zwischen beiden Seiten auf dem Nullpunkt. Mit offensichtlichen Lügen hat damals die Sowjetunion wie heute Russland viel guten Willen verspielt. Es ist eine der interessantesten Fragen der Kuba-Krise, wie Kennedy mitten im Konflikt und unter dem Einfluss gegenteiliger Expertenmeinungen von einem Befürworter einer militärischen Lösung zu einem Befürworter eines diplomatischen Kompromisses werden konnte. Entscheidend war seine Fähigkeit, nicht nur sich und die nationalen Interessen der USA zu sehen, sondern auch die andere Seite und die Stabilität des internationalen Systems als Ganzes. Heute wissen wir, dass die Kuba-Krise nicht durch kompromissloses Festhalten an Maximalforderungen, sondern durch das Signalisieren guten Willens und tatsächliche Zugeständnisse gelöst wurde. Auch zur Lösung der gegenwärtigen Nuklearkrise mit Russland sind Zurückhaltung und diplomatische Weitsicht nötig sowie die langfristige Orientierung an einer kooperativen Sicherheitspolitik,²² notfalls gegen den Rat von Experten und Kommentatoren.

Die vielleicht aber noch wichtigere Erkenntnis der Kuba-Krise ist die, die Jahre später Robert McNamara zog, als er erkannte, dass sich nukleare Krisen nicht „managen“ lassen. Angesichts der vielen Unwägbarkeiten und exorbitanten Kosten eines Scheiterns müssten sie im Vorfeld vermieden werden. Das ist eine starke Warnung gegen die Vorstellung, mit Nuklearwaffen ließen sich zwar keine Kriege, wohl aber Krisen gewinnen, wenn man nur entschlossen genug ist und eine nukleare Überlegenheit besitzt.²³

CHRISTOPHER DAASE

ist Professor für Internationale Organisationen an der Goethe-Universität Frankfurt und stellvertretendes geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main. daase@hsfk.de

DIE KUBA-KRISE 1962

Vorgeschichte und Verlauf

Reiner Pommerin

Fidel Alejandro Castro Ruz unternimmt im April 1959 auf Einladung der Vereinigung der amerikanischen Zeitungsherausgeber mit einer kleinen Delegation eine elftägige Privatreise in die USA.⁰¹ Die bärtigen kubanischen Revolutionäre, die erfolgreich eine Diktatur gestürzt haben, stoßen bei einem großen Teil der amerikanischen Bevölkerung durchaus auf Sympathie. Der skeptische US-Präsident Dwight D. Eisenhower geht Castro indessen aus dem Weg. Außenminister Christian Herter hat ihm mitgeteilt, mit dieser kubanischen Regierung könne nicht zusammengearbeitet werden. Aus den USA zurückgekehrt, verstaatlicht Castro die Zuckerrohrplantagen, zieht das Eigentum ausländischer Landbesitzer ein und verringert den Umfang der Einfuhr amerikanischer Waren. Etwa zehn Prozent der kubanischen Bevölkerung, zumeist Angehörige der Oberschicht, emigrieren.

Im Februar 1960 besucht eine sowjetische Handelsdelegation unter Führung des stellvertretenden Regierungschefs Anastas Mikojan Kuba und sagt der kubanischen Wirtschaft Unterstützungsleistungen zu. Nach den Spielregeln des Kalten Krieges wird Castro jetzt automatisch zu einem Gegner der USA. Die Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte sind der Überzeugung, Castros Regime müsse mit allen Mitteln entfernt werden. Eisenhower kann sich jedoch nicht zu einem militärischen Vorgehen gegen Kuba entschließen. Er befürchtet negative Auswirkungen auf das Verhältnis zu den übrigen lateinamerikanischen Staaten. Deshalb favorisiert und genehmigt er der CIA eine verdeckte Operation in Kuba. Diese sieht die Anlandung angeworbener Exilkubaner auf der Insel vor, die dort mit Unterstützung bestehender kleinerer Widerstandsgruppen gegen Castro vorgehen sollen. Amerikanische Ausbilder bereiten in Guatemala etwa 1500 Mann auf die amphibische Operation vor. Die erforderliche Luftunterstützung übernehmen exilkubanische Piloten von Flugfeldern in Nicaragua mit ausgemuster-

ten Weltkriegsbombern vom Typ „Martin B-26 Marauder“. Darauf werden sie von ehemaligen Angehörigen der Air National Guard Alabamas vorbereitet, die dazu von der CIA angeheuert worden sind. Als eine seiner letzten Amtshandlungen bricht Eisenhower im Januar 1962 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Sein Nachfolger im Amt, John F. Kennedy, wird von den bestehenden Bedenken in seinem militärischen Umfeld gegen die verdeckte Operation der CIA nicht unterrichtet und ordnet an, diese im April des Jahres durchzuführen. US-Streitkräfte dürfen dabei nach seinem Willen auf keinen Fall eingreifen. Die Anlandung in der Schweinebucht endet am 19. April 1962 in einem Desaster: 118 Exilkubaner werden getötet, der Rest gerät in kubanische Gefangenschaft. Kennedy entscheidet daraufhin, die US-Außenpolitik gegenüber Kuba künftig auf den Sturz Castros auszurichten. Da auch er zu einem militärischen Vorgehen gegen Kuba nicht bereit ist, ordnet er eine verdeckte Operation mit dem Decknamen „Mongoose“ an.⁰² Mit verschiedenen Aktionen soll sie den Gegnern Castros auf der Insel helfen, diesen zu stürzen. Dabei kommt es zu Planungen der CIA, Castro zu ermorden.⁰³

Die Sowjetunion hat ein vitales Interesse daran, die USA von einer militärischen Intervention in Kuba abzuhalten; denn in der westlichen Hemisphäre verfügt sie über keinen der eigenen Ideologie so nahestehenden Staat. Zudem liegt die Insel strategisch günstig in unmittelbarer Nähe zu den USA, dem Panamakanal und den mittel- und südamerikanischen Staaten. Ab Mitte 1961 beginnt die UdSSR daher mit der Lieferung von Waffen und Material für die kubanischen Streitkräfte. Einweisung und Training übernehmen sowjetische Ausbilder.

Im Oktober 1961 findet in Moskau der 22. Parteitag der KPdSU statt. Regierungs- und Parteichef Nikita Chruschtschow kündigt bei dieser Gelegenheit den Test einer Wasserstoffbombe mit

einer Sprengkraft von über 50 Megatonnen an. Die USA reagieren mit einer Rede des stellvertretenden Verteidigungsministers Roswell Gilpatric. Er weist darauf hin, dass die USA für einen nuklearen Vergeltungsschlag gegen die UdSSR über 600 schwere, mit nuklearen Bomben beladene Langstreckenbomber verfügten. Darüber hinaus stünden genügend nukleare Sprengköpfe für Interkontinentalraketen (*intercontinental ballistic missiles*, ICBM) vom Typ „Minuteman“ sowie für die Raketen vom Typ „Polaris“ der amerikanischen Atom-U-Boote zur Verfügung. Die USA seien daher sicher, dass die UdSSR keine nukleare Attacke auf die USA wagen würde. Der sowjetische Verteidigungsminister Rodion Malinowski antwortet, die UdSSR sei mit Nuklearraketen ausreichend für einen Atomkrieg vorbereitet. Diesen würde sie gewinnen, der Westen hingegen nicht überleben.

„ANADYR“

Bei einem Staatsbesuch in Bulgarien im Mai 1962 wird Chruschtschow von der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (*medium-range ballistic missiles*, MRBM) vom Typ „Jupiter“ in der Türkei unterrichtet. Sie befinden sich auf dem in der Region Izmir liegenden Luftwaffenstützpunkt Çiğli und haben eine Reichweite von etwa 2400 Kilometern. Ihre Bewaffnung mit nuklearen Sprengköpfen würden im Kriegsfall auf Befehl eines US-Präsidenten sogenannte *custody units* übernehmen. Während die Mittelstreckenraketen der UdSSR das Gebiet der USA nicht erreichen können, decken die in drei Nato-Staaten aufgestellten amerikanischen MRBM einen großen Teil des sowjetischen Territoriums ab. Chruschtschow erkennt, dass die USA keine Bedenken tragen, nukleare Waffen außerhalb des eigenen Territoriums bei Bündnispartnern in Stellung zu bringen. Dies führt ihn zu der Überlegung, das eigene Defizit an Interkontinentalraketen und Langstreckenbomben durch auf Kuba stationierte sowjetische Mittelstreckenraketen auszugleichen.

Mit einer militärischen Reaktion der USA rechnet Chruschtschow nicht. Er hält Präsident Kennedy

für schwach, vor allem seit der ausgebliebenen militärischen Unterstützung des Anlandungsversuchs in der Schweinebucht. Am 21. Mai 1962 ruft Chruschtschow den Verteidigungsrat der UdSSR zusammen. Er trägt dem Gremium seine strategischen Überlegungen vor und erhält dessen Zustimmung für die Stationierung sowjetischer MRBM auf der Insel. Wenige Tage später legt der sowjetische Generalstab dem Verteidigungsrat einen Plan zur Verlegung dieser Raketen vor. Der Plan findet nicht nur die Zustimmung des Verteidigungsrats, sondern auch des Präsidiums der KPdSU. Daraufhin beginnt der Generalstab mit den Vorbereitungen zur Operation „Anadyr“.

Um Castro für die Idee der Stationierung von Nuklearraketen in seinem Land zu gewinnen, fliegt Ende Mai eine als Landwirtschaftskommission getarnte sowjetische Delegation nach Kuba. Tatsächlich bedarf es keiner großen Überredungskünste, um die Einwilligung Castros zu erhalten. Nach Rückkehr der Delegation nach Moskau tritt am 10. Juni das Präsidium der KPdSU zusammen und nimmt erfreut deren Bericht entgegen. Sodann erläutert Verteidigungsminister Malinowski den inzwischen vom Generalstab erarbeiteten Entwurf zur größten geheimen Militäroperation der UdSSR während des Kalten Krieges: „Anadyr“ sieht die Stationierung von 24 MRBM des Typs „R-12“ vor. Diese einstufigen ballistischen Raketen mit einem Flüssigkeitstriebwerk verfügen über eine Reichweite von etwa 2000 Kilometern. Außerdem sollen noch 16 MRBM des Typs „R-14“ aufgestellt werden, die sogar rund 4500 Kilometer entfernte Ziele erreichen können.⁰⁴

Der Nuklearsprengkopf für jede der Mittelstreckenraketen besitzt die Sprengkraft von einer Megatonne, was 66 Hiroshimabomben entspricht. Für den Fall, dass die sowjetischen Nuklearraketen gegen einen amerikanischen Bodenangriff auf der Insel verteidigt werden müssen, werden zwei Regimenter mit jeweils 80 nuklearen Marschflugkörpern mit einer Reichweite von rund 180 Kilometern bereitgestellt. Jede dieser Raketen verfügt über eine Sprengkraft zwischen 5,6 und 12 Kilotonnen. Dazu kommen Einheiten mit taktischen Kurzstreckenraketen, die zur Unterstützung von

01 Vgl. Reiner Pommerin, Die Kubakrise 1962, Ditzingen 2022.

02 Vgl. Don Bohning, The Castro Obsession. U.S. Covert Operations against Cuba 1959–1965, Sterling VA 2005.

03 Vgl. Summary of Facts – Investigation of CIA Involvement in Plans to Assassinate Foreign Leaders, 5. 6. 1975, www.fordlibrarymuseum.gov/library/document/0005/7324009.pdf.

04 Vgl. Dimitrij N. Filippovych/Wladimir I. Ivkin, Die Raketen-truppen der UdSSR und ihre Beteiligung an der Operation „Anadyr“ (1962), in: Dimitrij N. Filippovych/Matthias Uhl (Hrsg.), Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, München 2005.

Bodenkämpfen nukleare Sprengköpfe von 2 Kilotonnen Sprengkraft über eine Distanz von etwa 40 Kilometern verschießen können. Zum Schutz aller sowjetischen Nuklearwaffen sowie der eingesetzten Soldaten sind vier motorisierte Regimenter mit insgesamt 10000 Mann vorgesehen. Zu diesen gehören zwei Panzerregimenter mit jeweils zwei Bataillonen, die mit dem Panzer „T-55“ ausgestattet sind. Flugkörperschnellboote, „Iljuschin-28“ Frontbomber und Jagdflugzeuge vom Typ „MIG-21“ runden die militärische und personelle Ausstattung ab. Insgesamt sollen über 40000 Angehörige der sowjetischen Streitkräfte nach Kuba gebracht werden.

Während Castro den Plan der Stationierung der MRBM auf Kuba am liebsten sogleich öffentlich machen würde, ist es Chruschtschows ausdrücklicher Wunsch, damit noch zu warten. Die USA, so lässt er Castro ausrichten, sollten die Stationierung der Raketen auf Kuba möglichst erst entdecken, wenn diese einsatzbereit seien. Dann wolle er ihre Stationierung persönlich vor den Vereinten Nationen in New York verkünden.

Diesen Wunsch auf Geheimhaltung könnten amerikanische Aufklärungsflüge mit Maschinen vom Typ „Lockheed U-2“ gefährden. Deren hochauflösende Panoramakameras erstellen bei wolkenlosem Himmel gestochene scharfe, gut auswertbare Fotos. Ihre Einsatzhöhe von über 20000 Metern macht sie für die kubanische Luftabwehr unerreichbar. Eine besondere Bedeutung für den Erfolg von „Anadyr“ kommt aus Sicht Chruschtschows daher dem Luftabwehrsystem „S-75 Dwina“ zu, das über eine entsprechende Reichweite verfügt und unerwünschte Überflüge über Kuba unterbinden kann. Bereits im Mai 1960 ist damit eine „U-2“ über Jekaterinburg abgeschossen worden. Der Pilot Francis Powers blieb bei seinem Ausstieg unverletzt und gestand in einem öffentlichen, propagandistisch geschickt genutzten Gerichtsverfahren den Spionageflug über sowjetisches Gebiet. Auf Anordnung Chruschtschows wird das Luftabwehrsystem auf Kuba daher auf 114 „S-75 Dwina“-Raketen aufgestockt, im Transportplan vorgezogen und frühzeitig eingeschifft.

„MASKIROVKA“

Raketen, Waffen und Personal müssen über See in das über 10000 Kilometer entfernte Kuba verlegt werden. Planung und Umsetzung erfolgen in

der Tradition der „Maskirovka“, des sowjetischen Konzepts der militärischen Täuschung. Deshalb wird schon bei der Planung der Operation auf schriftliche Befehle verzichtet. Alle notwendigen Anweisungen werden den zuständigen Kommandeuren durch Offiziere lediglich mündlich überbracht. Der KGB überprüft zudem jeden einzelnen Teilnehmer der Operation auf politische Zuverlässigkeit und Schwächen und tauscht vor ihrem Beginn rund 1500 Personen aus.

Luftabwehr- und Mittelstreckenraketen sowie Sprengköpfe, Material und Personal werden nachts mit Eisenbahnzügen in Häfen am Schwarzen Meer, an der Ostsee und an der Barentssee gebracht. Für den Transport stehen Schiffe der sowjetischen Marine und Handelsflotte zur Verfügung. Das Ziel Kuba erfahren die Schiffsführer erst auf dem Atlantik aus versiegelten Anweisungen und unter Aufsicht eines KGB-Offiziers. Den Kameras der Aufklärer der Nato sowie der USA sollen selbst bei Überflügen auf hoher See keine Verdachtsmomente gegeben werden. Auf den Oberdecks der Schiffe stehen daher unauffällige Maschinen und Fahrzeuge für die Landwirtschaft. Die an Bord befindlichen Soldaten dürfen die Oberdecks während der 15 bis 20 Tage dauernden Überfahrt lediglich für wenige Minuten in der Nacht betreten. Das Entladen der Schiffe in den kubanischen Häfen erfolgt ebenso wie der Transport von Mensch und Material über die Insel nur nachts und bleibt unbemerkt. Zunächst wird weisungsgemäß mit der Errichtung von Stellungen für das Flugabwehrsystem „S-75 Dwina“ begonnen.

WEIL NICHT SEIN KANN, WAS NICHT SEIN DARF

Am 5. August 1962 überfliegt eine „U-2“ Kuba. Ihre Aufnahmen belegen erstmals Erdarbeiten für Stellungen des sowjetischen Luftabwehrsystems „S-75 Dwina“. CIA-Direktor John A. McCone zeigt sich darüber äußerst beunruhigt und beruft am 10. August eine Konferenz ein. An dieser nehmen unter anderem Außenminister David Dean Rusk, Verteidigungsminister Robert McNamara sowie Kennedys militärischer Berater und künftiger Chef des Vereinigten Generalstabs, General Maxwell Taylor, teil. McCone bemerkt ironisch, die Stationierung eines so fortgeschrittenen und kostspieligen Luftabwehrsystems wie der „S-75 Dwina“ diene wohl gewiss nicht dem Schutz von Zuckerrohrschneidern. Dessen Aufgabe sei

wohl vielmehr, Aufklärungsflüge zu verhindern. Das aber sei aus seiner Sicht nur dann erforderlich, wenn eine Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba verborgen werden solle. Dem Präsidenten teilt McCone schriftlich mit, er glaube, auf der Insel würden Abschussrampen für solche Nuklearraketen errichtet.

In der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 17. August, bei der auch Kennedy anwesend ist, äußert der CIA-Direktor erneut den Verdacht, die Sowjetunion wolle MRBM auf Kuba stationieren. McNamara hält dem entgegen, es handle sich lediglich um den Aufbau von Waffen zur Luftverteidigung. Auch die Wiederholung der Einschätzung McCones im Weißen Haus am 23. August bleibt ohne Wirkung. Für die überwiegende Mehrheit der CIA-Mitarbeiter sowie der Regierungsmitglieder gilt: Die UdSSR hat bisher noch nie nukleare Waffen außerhalb des Warschauer-Pakt-Gebiets stationiert, deren Stationierung in Kuba sei daher unwahrscheinlich. Ende August befindet sich der CIA-Direktor drei Wochen in Frankreich. Der private Anlass seiner Reise hält ihn nicht davon ab, seinem Stellvertreter in Washington Telegramme zu senden, in denen er seinen Verdacht wiederholt vorbringt. Weil die Meinung des Präsidenten bekannt ist, will man diesen jedoch nicht mit den Telegrammen belästigen.

Der Aussage des republikanischen Senators Kenneth Keating, sowjetische Soldaten errichteten auf Kuba Stellungen für Nuklearraketen, tritt Kennedy schon wegen der bevorstehenden Wahlen zum Repräsentantenhaus entgegen. Am 4. September erklärt er gegenüber Kongressmitgliedern, Chruschtschow verstärke mit Waffenlieferungen lediglich die Verteidigungsfähigkeit Kubas. Auch der sowjetische Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, versichert Justizminister Robert Kennedy, auf Kuba würden weder Boden-Boden-Raketen noch andere offensive Waffen stationiert.

Um die amerikanische Öffentlichkeit zu beruhigen, lässt der Präsident auf einer Pressekonferenz eine Erklärung verlesen. Darin wiederholt er seine Einschätzung, dass die Sowjetunion Kuba lediglich Waffen und Material zur Verteidigung überlasse. Darunter befänden sich Raketen zur Luftverteidigung mit dazugehörigem Radar und elektronischem Material. Zur Küstenverteidigung habe Kuba einige Torpedoboote mit Seezielflugkörpern erhalten, die allerdings nur

über eine Reichweite von wenigen Meilen verfügten. Für eine Stationierung von sowjetischen Boden-Boden-Raketen, anderer Angriffswaffen oder Kampftruppen gebe es hingegen keinerlei Anhaltspunkte.

Am 8. September gelingt es China, über seinem Territorium eine von der CIA an Taiwan überlassene „U-2“ mit einer „S-75 Dwina“ abzuschießen. Auf Veranlassung von Rusk und von Kennedys Sicherheitsberater McGeorge Bundy werden daraufhin „U-2“-Flüge über das Innere Kubas eingestellt. Beide befürchten, der Abschuss einer „U-2“ über kubanischem Territorium könne ähnlich negative außenpolitische Folgen nach sich ziehen wie der Abschuss von Powers über der UdSSR im Mai 1960. Aufklärungsflüge von „U-2“ dürfen jetzt nur noch in einem Abstand von 25 Meilen zur Insel stattfinden. Die aus dieser Distanz gemachten Bilder belegen lediglich, dass an der Küste Kubas weitere Luftabwehrstellungen für die „S-75 Dwina“ errichtet werden.

Am 19. September 1962 bewertet die CIA die militärischen Hilfeleistungen der UdSSR für Kuba. Die bisherigen sowjetischen Lieferungen, so das Ergebnis, dienen nur dazu, die desolate kubanische Luftabwehr und Küstenverteidigung zu verbessern. Als CIA-Chef McCone Ende September nach Washington zurückkehrt, stellt er mit Erschrecken fest, dass seit dem 5. des Monats kein Aufklärungsflug mehr über das Innere Kubas erfolgt ist. Er macht seinem Ärger darüber Luft, dass der Präsident und Regierungsmitglieder öffentlich versichert hätten, auf der Insel befänden sich keine sowjetischen Offensivwaffen. Er hingegen könne darüber kein endgültiges Urteil abgeben. Die „U-2“, so fügt er ironisch hinzu, hätten bisher auf Kuba nur deshalb nichts gefunden, weil sie die Insel gar nicht überflogen hätten. Dies teilt er auch dem Präsidenten mit, der daraufhin einem „U-2“-Flug über Kuba zustimmt. Dieser findet am 15. Oktober statt. Die dabei gemachten Bilder offenbaren im Bau befindliche Startplätze, Flüssigkeitstanks, Spezialfahrzeuge und abgedeckte MRBM vom Typ „R-12“. Der bauliche Zustand der Abschussrampen zeigt, dass die Raketen in etwa 14 Tagen einsatzbereit sein könnten.

KRIEG ODER FRIEDEN

Für die heikle Entscheidung, mit welchen Mitteln dieser nuklearen Bedrohung zu begegnen ist,

beruft der US-Präsident am 16. Oktober schon aus Geheimhaltungsgründen lediglich eine kleine Beratungsgruppe. Sie erhält die Bezeichnung Executive Committee of the National Security Council, kurz ExComm. Das Gremium umfasst neben Robert Kennedy etwa 15 weitere enge Mitarbeiter des Präsidenten und tritt künftig mindestens einmal täglich im Oval Office des Weißen Hauses zusammen. Die Gespräche werden vom Präsidenten ohne Kenntnis der Teilnehmer mitgeschnitten.⁰⁵

Zunächst steht das ExComm unter dem Eindruck, von Chruschtschow erfolgreich getäuscht worden zu sein. Alles kreist um die Frage, welchen Zweck die Stationierung der MRBM hat. Drei Reaktionsmöglichkeiten werden in Erwägung gezogen: Luftangriffe mit anschließender Invasion, Verhängung einer Blockade oder diplomatische Schritte. Durch Luftangriffe könnte die völlige Zerstörung der Raketen nicht garantiert werden. Eine Invasion der Insel wäre zwar möglich, würde jedoch zu großen Verlusten auf beiden Seiten führen. Der Präsident fürchtet zudem, solche Angriffe könnten zu unvorhersehbaren Vergeltungsaktionen durch die UdSSR in Berlin führen. Generell spielen mögliche Auswirkungen auf Berlin stets eine zentrale Rolle bei den Diskussionen im ExComm. Kennedy zieht auch ein Tauschangebot an Chruschtschow in Erwägung: Bei einem Abzug der sowjetischen MRBM von Kuba könnten im Gegenzug die amerikanischen „Jupiter“ aus der Türkei abgezogen werden.

Am 18. Oktober empfängt der US-Präsident den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zu einem seit Langem geplanten Besuch in Washington. Das Präsidium der KPdSU hofft dabei herauszufinden, ob die USA von der Stationierung der sowjetischen Raketen auf Kuba bereits wissen. Im Laufe der Unterhaltung betont Gromyko, die von der UdSSR an Kuba gelieferten Waffen seien keineswegs offensiver, sondern lediglich defensiver Natur. Kennedy reagiert nicht auf diese eindeutige Lüge. Er versichert aber, dass die USA eine Invasion Kubas nicht beabsichtigten. Abschließend liest er seinem Gast aus einer früheren Erklärung vor. Dabei betont er beson-

ders die Stelle, an der von den schwerwiegenden Folgen die Rede ist, falls die UdSSR offensive Boden-Boden-Raketen oder andere Offensivwaffen nach Kuba bringen würde. Diese Warnung versteht Gromyko offensichtlich nicht; denn er berichtet nach Moskau, die amerikanische Haltung im Hinblick auf Kuba sei völlig zufriedenstellend.

Am folgenden Tag trifft sich der US-Präsident mit den Oberkommandierenden der Streitkräfte. Diese schlagen einen massiven Luftangriff auf Kuba vor. Kennedys Hinweise auf mögliche Reaktionen der UdSSR in Berlin und die Folgen eines möglichen Nuklearkrieges für die USA beindrucken die Chefs der Streitkräfte nicht. Sie bestehen auf einer militärischen Lösung. Ihre starre Haltung führt dazu, dass der Präsident ein weiteres Treffen mit ihnen während der Krise als überflüssig ablehnt.

Die Mitglieder des ExComm tendieren inzwischen mehrheitlich zu einer Seeblockade Kubas. Kennedy gibt zu bedenken, dass die MRBM durch eine Blockade noch nicht aus Kuba entfernt seien. Eine endgültige Entscheidung will er erst treffen, nachdem er mit dem Kommandeur der taktischen Luftwaffe gesprochen hat. Dieser teilt ihm mit, dass selbst nach Hunderten von Luftangriffen keine Garantie für eine völlige Zerstörung der sowjetischen MRBM gegeben werden könne. Daraufhin lässt sich der Präsident vom möglichen Vorgehen der US-Marine im Fall einer Blockade unterrichten. Unterdessen brodelt in Washington bereits die Gerüchteküche. Deshalb bittet Kennedy die Herausgeber der „New York Times“, der „Washington Post“ und der „New York Herald Tribune“ telefonisch, Veröffentlichungen zu Kuba aus Sicherheitsgründen noch zurückzuhalten. Dies wird ihm zugesichert.

Am 22. Oktober wird im ExComm eine Resolution erarbeitet, die nach ihrer Verabschiedung von der Organisation Amerikanischer Staaten verkündet werden soll. Sie erlaubt die Inspektion von Schiffen, um den Transport von Offensivwaffen nach Kuba zu verhindern. Kennedy verwendet künftig anstelle des Begriffs „Blockade“ den weniger kriegerischen Begriff „Quarantäne“. Zunächst wird UN-Generalsekretär Sithu U Thant über die beabsichtigte Maßnahme unterrichtet. Der sowjetische Botschafter Dobrynin wird ins Department of State einbestellt, wo ihm Außenminister Rusk den Text der für 19 Uhr angekündigten Rede Kennedys an die amerikanische Nation überreicht.

⁰⁵ Vgl. Ernest R. May/Philip D. Zelikow (Hrsg.), *The Kennedy Tapes: Inside the White House during the Cuban Missile Crisis*, Cambridge MA 1997. Auch die Protokolle der nicht während der Krise aufgezeichneten Sitzungen des ExComm sind hier abgedruckt.



New York, 25. Oktober 1962: Der US-Botschafter Adlai Stevenson (rechts außen sitzend) präsentiert dem UN-Sicherheitsrat Luftbilder der sowjetischen Raketenstellungen auf Kuba.

© picture alliance / Everett Collection

Die Radio- und Fernsehrede Kennedys wird dank Übersetzungen und Aufzeichnung in der ganzen Welt gehört, so auch in Kuba. Erstmals erfährt die Weltöffentlichkeit von der zugespitzten Situation. Zunächst weist der Präsident auf die sowjetischen Nuklearwaffen auf der Insel hin. Diese gefährdeten die ganze westliche Hemisphäre. Dann erwähnt er die bisher vorgesehenen Maßnahmen: die „Quarantäne“, die Verstärkung des US-Navy-Stützpunktes in der kubanischen Guantánamo-Bucht und die Intensivierung der Luftüberwachung. Für den Fall, dass die sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht abgebaut würden, droht Kennedy mit weiteren Maßnahmen. Er schließt die Rede mit einer eindringlichen Warnung: Falls von Kuba eine nukleare Rakete auf einen Staat der westlichen Hemisphäre abgefeuert würde, werde dies als ein Angriff auf die USA angesehen und einen umfassenden nuklearen Vergeltungsschlag gegen die UdSSR auslösen.

In Moskau sorgt der US-Botschafter dafür, dass neben dem Redetext ein Brief des Präsidenten an Chruschtschow zugestellt wird. Das Schreiben enthält die Forderung, dass die entstandene Bedrohung der westlichen Hemisphäre durch die Entfernung der MRBM aufgehoben werden muss. Chruschtschow schreibt am 23. Oktober in seiner Antwort, alle nach Kuba gelieferten Waffen besäßen lediglich defensiven Charakter. Gleichzeitig fordert er die Aufhebung der Blockade, anderenfalls ergäben sich schwerwiegende Folgen für den Weltfrieden. Kennedy wiederum antwortet, dass die momentane Lage allein durch die UdSSR verursacht worden sei. Deshalb erwarte er von Chruschtschow die notwendigen Schritte zur Wiederherstellung der früheren Situation. Er hoffe, dass die sowjetischen Schiffe sich an die Bedingungen der Quarantäne hielten. Chruschtschows Antwort lässt nicht lange auf sich warten: Einen solchen Einschüch-

terungsversuch könne die UdSSR nicht akzeptieren. Es scheint, als riskiere der sowjetische Regierungschef bewusst eine militärische Auseinandersetzung. Tatsächlich jedoch lässt er die noch Kuba ansteuernden sowjetischen Schiffe zurückrufen. So muss die US-Marine an der Quarantänelinie lediglich die Ladung eines libanesischen Frachters inspizieren, die unbeanstaltet bleibt.

Am 26. Oktober erklärt sich Chruschtschow bereit, die MRBM im Fall einer Verzichtserklärung der USA auf eine Invasion Kubas abzuziehen. Am 27. Oktober erreicht Kennedy die Nachricht, Chruschtschow habe öffentlich angekündigt, die Raketen abzuziehen, wenn die USA im Gegenzug die „Jupiter“ aus der Türkei abzögen. Doch ausgerechnet als sich eine Lösungsmöglichkeit anzubahnen scheint, gibt es einen Rückschlag. Am Nachmittag desselben Tages wird der eigenmächtig von einem sowjetischen Kommandeur auf Kuba angeordnete Abschuss einer „U-2“ durch das Luftabwehrsystems „S-75 Dwina“ gemeldet. Der Pilot, Major Rudolf Anderson Jr., ist dabei ums Leben gekommen. Das führt bei beiden Staatsmännern, die die Schrecken des Zweiten Weltkriegs zur Genüge erlebt haben, zu einem Umdenken. Nachdem erstmals Blut geflossen ist, wollen sie eine weitere Eskalation unbedingt vermeiden.

Kennedy entschließt sich, Chruschtschows Bedingungen für den Raketenabzug anzunehmen. In einem Brief erklärt er sich zum Verzicht auf eine Invasion Kubas bereit. Als Robert Kennedy das Schreiben persönlich Botschafter Dobrynin übergibt, übermittelt er diesem mündlich das Versprechen des Präsidenten, auch die „Jupiter“ aus der Türkei abzuziehen. Diese Zusage müsse allerdings streng geheim bleiben. Chruschtschow kann dem Präsidium des ZK am 28. Oktober berichten: Der Verzicht einer amerikanischen Invasion Kubas sei ebenso erreicht worden wie das Versprechen eines Abzugs der „Jupiter“. Allerdings habe sowjetisches Handeln inzwischen zum Tod eines Amerikaners geführt. Jetzt bestehe die Gefahr eines Krieges und damit einer nuklearen Katastrophe. Um die Welt zu retten, müssten die Raketen aus Kuba abgezogen werden. Das Präsidium des ZK stimmt Chruschtschow zu. Dieser teilt Kennedy die Entscheidung mit. In der Folge werden die MRBM sowie die sowjetischen Soldaten samt weiteren Waffen von Kuba in die UdSSR abgezogen.

PAUSENZEICHEN

Im April 1963 erfolgt der von Kennedy zugesagte Abzug der „Jupiter“ aus der Türkei. Darüber hinaus werden die Gespräche für ein Atomtestabkommen wieder aufgenommen. Nur wenige Monate später, Anfang August, unterzeichnen das Vereinigte Königreich, die Sowjetunion und die USA in Moskau ein „Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser“. Im selben Monat schließen die UdSSR und die USA in Genf ein Abkommen über die Einrichtung einer direkten Fernschreibverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml. Ihre Hoffnung ist, dadurch die Gefahr eines Krieges durch Zufall oder aufgrund eines Missverständnisses zu verringern.

Die Kuba-Krise 1962 wirkt somit gewissermaßen wie ein Warnschuss: Sie schafft ein breites öffentliches Bewusstsein dafür, wie fragil das atomare Gleichgewicht ist und führt dazu, dass die beiden Supermächte Vorkehrungen treffen, eine nukleare Eskalation unwahrscheinlicher zu machen – durch die genannten Abkommen und besseren Informationsaustausch, aber auch durch die Verlängerung von Befehlsketten für den Einsatz von Atomwaffen. Die kurzzeitige Phase der Entspannung ist jedoch nur ein Zwischenspiel: Am 22. November 1963 reißen zwei Schüsse in Dallas John F. Kennedy aus dem Leben. Chruschtschow wird am 14. Oktober des folgenden Jahres in Moskau als Vorsitzender des Ministerrates und Erster Sekretär der KPdSU abgelöst. Damit endet die nur kurze „Pause“ der Entspannung im Kalten Krieg.

REINER POMMERIN

ist Oberst der Reserve, emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der TU Dresden und Mitherausgeber der „Militärgeschichtlichen Zeitschrift“. 2022 erschien sein Buch „Die Kubakrise 1962“.

KALTER KRIEG UM DEN PLATZ AN DER SONNE

Kuba und der deutsch-deutsche Systemwettstreit

Antonia Bihlmayer

Ein Urlaubsschiff als „Auslöser des Dritten Weltkriegs“?⁰¹ Die Presse in der DDR schwieg zur Fahrt der „Völkerfreundschaft“, die am 22. Oktober 1962 die US-amerikanische Seeblockade um Kuba durchbrochen hatte. Vermutlich sorgte der Kreml dafür, dass erst zwei Wochen später darüber berichtet wurde, wie das DDR-Schiff die Seegrenze gekreuzt und unter Beschuss der US-Marine geraten war. Anfang November, als die ersten Artikel erschienen, war der Höhepunkt der sogenannten Oktoberkrise bereits überstanden. Trotzdem vermied das SED-Politbüro auch jetzt noch allzu detaillierte Hintergrundinformationen. Nur zwischen den Zeilen befanden sich Anspielungen auf den Systemwettstreit, den auch die Bundesrepublik Deutschland und die DDR um Kuba ausfochten.

1959, nach der Vertreibung des Diktators Fulgencio Batista durch die Revolutionäre um Fidel Castro, war die ideologische Ausrichtung des Inselstaates noch ungewiss gewesen. Zwar zielte die neue Führung in Havanna auf eine tiefgreifende Reformierung des kubanischen Gesellschaftssystems, das Weltbild Castros war zu diesem Zeitpunkt aber noch schlecht greifbar.⁰² Die USA reagierten auf den Regimewechsel daher zunächst verhältnismäßig gelassen. Erst als sich die Revolutionäre im Frühjahr 1960 gegen amerikanisches Eigentum richteten, wurde die US-Regierung aktiv. Zunächst stoppte Washington seine Zuckerimporte, verhängte im Oktober ein umfassendes Wirtschaftsembargo und brach schließlich zu Jahresbeginn 1961 die diplomatischen Beziehungen ab. Castro ging derweil immer stärker auf Tuchfühlung mit dem sozialistischen Lager. Im Februar 1960 unterzeichnete er ein Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion, die dem krisengebeutelten Land damit massiv unter die Arme griff. Ende des Jahres schlossen sich weitere Ostblockländer an, die Kredite anboten, kuba-

nischen Zucker aufkauften und Fachkräfte in die Karibik entsandten. Peu à peu stopfte der Ostblock die Breschen, die Washingtons Boykottmaßnahmen in das kubanische Wirtschaftsleben hineinschlugen.⁰³

Als US-Präsident John F. Kennedy im April 1961 Kuba in der Schweinebucht angreifen ließ, nutzte Castro die Gelegenheit, um die Frage der Blockzugehörigkeit endgültig zu beantworten: Noch während der Kampfhandlungen – und kurz vor dem fulminanten Sieg der Kubaner – erklärte er, dass sein Land nun den sozialistischen Entwicklungsweg einschlage. Für die Sowjetunion war das ein strategisch wichtiger Etappensieg im Wettstreit mit den USA – mit der Karibikinsel hatte sie nicht nur einen Brückenkopf nach Lateinamerika und damit zu einem Gebiet, das für sie bislang Terra incognita gewesen war, sondern auch eine sozialistische Enklave direkt vor den Toren der USA, in deren traditionellen Hoheitsbereich sie sich nun vorschob.⁰⁴

DER „FAKTOR DDR“

Auch für beide deutschen Staaten bedeutete diese Entwicklung eine wichtige Zäsur. Die Bundesrepublik, enger Verbündeter der USA, unterhielt seit 1953 offizielle Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba, die von der Revolution zunächst wenig beeinträchtigt wurden. Bis zum Frühjahr 1960 betonte der kubanische Industrieminister Ernesto „Che“ Guevara vielmehr seinen Wunsch nach guter Zusammenarbeit. Der Abwärtstrend in den bilateralen Beziehungen setzte ein, als im Frühjahr 1960 die Verhandlungen zu einem neuen Wirtschaftsabkommen scheiterten. Augenfällig war die zeitliche Koinzidenz mit dem Beginn des Konflikts zwischen Kuba und den USA. Die Bundesregierung suchte förmlich nach Gründen, sich von Havanna zu distanzieren. Mehrmals betonte das Bundeswirtschafts-

ministerium, die Gesellschaftssysteme Kubas und der Bundesrepublik seien nicht mehr kompatibel und ihre Handelsbeziehungen nicht mehr rentabel. Daraufhin sanken ab August 1960 nicht nur die kubanischen Zuckerexporte und das bilaterale Handelsvolumen deutlich, auch das politische Klima verschlechterte sich drastisch. Bereits seit der gescheiterten US-Invasion in der Schweinebucht nahm die Revolutionsführung kein Blatt mehr vor den Mund. Freimütig bekannte Guevara, dass sich Kuba zukünftig nicht mehr auf die Bundesrepublik, sondern auf die DDR konzentrieren werde.

Die westdeutsche Botschaft intensivierte daraufhin ihre Öffentlichkeitsarbeit. Eine in Havanna ansässige PR-Firma wurde damit beauftragt, Film- und Tonaufnahmen über die Bundesrepublik in die kubanische Medienlandschaft einzuspeisen. Zudem steigerte sie die Auflage ihres Bulletins sowie die Frequenz ihrer Film- und politischen Diskussionsabende. Alle Bemühungen waren aber vergeblich. Schon kurz nach dem Berliner Mauerbau im August 1961 erschienen in der Tageszeitung „Revolución“ Artikel und Karikaturen, die Bundeskanzler Konrad Adenauer mit Adolf Hitler verglichen. In internen Dokumenten unterstrichen kubanische Funktionäre überdies den „faschistoiden Charakter“ der Bundesregierung und fertigten eine Liste an, auf der sie alle Funktionsträger mit nationalsozialistischer Vergangenheit aufführten. Als im Herbst 1961 der neue Botschafter Graf Karl von Spreti in Havanna eintraf, empfing ihn kein einziges hoch- oder höherrangiges Mitglied der Revolutionsführung. Die Bundesrepublik, stellte von Spreti kurze Zeit später fest, gelte nach den USA mittlerweile als „Landesfeind No. 2“⁰⁵ und könne auf der Insel kaum mehr etwas erreichen.

Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen kam aber noch nicht infrage. Seit dem Frühjahr 1960 rechnete man in Bonn fest mit einem von den USA initiierten Umsturz, der in der Ka-

ribik Tabula rasa machen und das Fundament für einen Neuanfang legen würde. Weitreichende Entscheidungen zögerte man deshalb absichtlich hinaus, „bis sich die Situation auf Kuba geklärt hat“,⁰⁶ schließlich könne die Bundesrepublik später einen nicht unbeträchtlichen „Beitrag zum kulturellen Wiederaufbau“ leisten.⁰⁷

Darüber hinaus existierte noch der „Faktor DDR“, der die Bundesregierung in ein Dilemma brachte: Einerseits erforderte die Loyalität zu Washington, den US-Wirtschaftssanktionen nicht entgegenzuarbeiten, andererseits barg eine allzu offensive Unterstützung der USA die Gefahr, dass Castro die DDR völkerrechtlich anerkannte. Um ihre Verbündeten nicht und die kubanische Revolutionsführung nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen, sprachen westdeutsche Politiker und Diplomaten alle Entscheidungen mit ihren US-Kollegen ab. Bis zum Herbst 1962 stellten sie dabei regelmäßig fest, dass man im Weißen Haus „Verständnis“⁰⁸ für ihre Situation habe und es ihnen überließ, wie weit sie Washingtons Sanktionen im Einzelnen folgten.

DER „FAKTOR BONN“

Die diplomatische Aufwertung der DDR war indes genau der Fixpunkt, auf den Staats- und Parteichef Walter Ulbricht und das SED-Politbüro hinarbeiteten. 1955 hatte die Bundesrepublik mit der sogenannten Hallstein-Doktrin eine politische Leitlinie verabschiedet, die Drittstaaten mit dem Abbruch aller diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen drohte, sollten sie das sozialistische Deutschland anerkennen.⁰⁹ Der Alleinvertretungsanspruch Bonns und der Souveränitätsanspruch der DDR standen sich also diametral entgegen. Speziell Kuba wurde für die SED in diesem Zusammenhang zu einem Epizentrum ihres Anerkennungskampfes, weil ihr bisher der Zugang zu Lateinamerika fehlte.¹⁰ Ihre

01 Andreas Heinz Herbert Wilhelm Berns, Kuba-Krise und Berlin-Frage. Perzeption, Konfliktanalyse und Krisenmanagement im Blickfeld der deutschen Politik 1961–1963, Dissertation, Fernuniversität Hagen 1998, S. 133.

02 Vgl. Michael Zeuske, Kleine Geschichte Kubas, München 2016⁴, S. 176–179; Ernst Fürntratt-Kloep, Unsere Herren seid Ihr nicht. Das politische Denken des Fidel Castro, Köln 2002², S. 44, S. 55–57.

03 Vgl. Roman Rhode, Fidel Castro, Stuttgart 2014, S. 170.

04 Vgl. Robert E. Quirk, Fidel Castro, Die Biographie, Berlin 2002², S. 348–373; Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2019, S. 379–405.

05 Zit. nach Berns (Anm. 1), S. 127.

06 Aufzeichnung bezüglich der Kuba-Verhandlungen, 14.7.1960, Bundesarchiv (BAArch), B 116, Akte 21533.

07 Politischer Jahresbericht der westdeutschen Botschaft in Havanna, 14.2.1961, BArch, B 116, Akte 21533.

08 Aufzeichnung über den Besuch des kubanischen Handelsministers in Bonn, 25.7.1960, BArch, B 116, Akte 21533.

09 Vgl. Werner Kilian, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001, S. 369.

10 Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.

Außenpolitik in der Karibik bestand seit 1959 infolgedessen ausschließlich darin, die Bundesrepublik von der Insel abzudrängen und selbst so stabile Beziehungen zu ihr aufzubauen, dass daraus die völkerrechtliche Anerkennung der DDR erwachsen würde. Der Rest Lateinamerikas, so die strategische Überlegung, würde sich daran ein Beispiel nehmen und ebenfalls seine Kontakte – im besten Fall auch seine diplomatischen – zu Ost-Berlin ausbauen.

Die Revolutionsregierung schob diesen Plänen jedoch zunächst einen Riegel vor. Wie Mitglieder der Kommunistischen Partei Kubas (1944 umbenannt in Partido Socialista Popular, PSP) ihren deutschen Genossen im April 1960 erklärten, könne man es sich aktuell nicht leisten, die Handelskontakte zur Bundesrepublik aufs Spiel zu setzen oder die USA mit vorschnellen Entscheidungen zu provozieren. Stattdessen schlugen sie eine „evolutionäre Entwicklung der Dinge“ vor,¹¹ die darin bestand, über möglichst viele zwischenstaatliche Verträge eine so starke Verflechtung zwischen Havanna und Ost-Berlin herzustellen, dass die Anerkennung in Washington und Bonn stillschweigend akzeptiert oder zumindest nicht sanktioniert würde. Spätestens jetzt ergriff die SED daher jede Gelegenheit, sich in Havanna sicht- und hörbar zu machen. Mithilfe der PSP initiierte sie eine Presse- und Medienkampagne, die ihren Anerkennungskampf in die kubanische Öffentlichkeit trug. Gezielt bediente sie hierbei antiamerikanische Feindbilder, um die Bevölkerung für die „aggressive Politik der westdeutschen Regierung“¹² und ihre „enge Verbundenheit mit dem US-Imperialismus“¹³ zu sensibilisieren. Die mediale „Popularisierung“¹⁴ der DDR kombinierte sie mit einer ausgefeilten Lobbyarbeit, die in den Vorzimmern der kubanischen Regierung das Bewusstsein für ihre Deutschlandpolitik schärfen sollte.

Castro selbst ließ jedoch sowohl mit einer persönlichen Audienz als auch mit positiven Signalen auf sich warten. Auf Anraten der PSP ging die SED darum dazu über, die Revolutionsfüh-

rung mit finanziellen und wirtschaftlichen Hilfszusagen zu ködern. Mehrmals schlug Castro in den Folgejahren aus dem Anerkennungsdrang der SED Kapital, denn subtil eingestreute Verweise auf die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik bewirkten fast immer, dass Ost-Berlin mehr gab, als ursprünglich vorgesehen. Der Erfolg dieser Wirtschafts- und Finanzspritzen wiederum ließ nicht lange auf sich warten: Mit dem Bankenabkommen vom Februar 1960 stimmte Havanna der Einrichtung von Handelsvertretungen zu, die bereits im Mai 1961 zu einer Handelsmission mit weitreichenden Befugnissen aufgewertet wurde.

Nur die Umwandlung dieser Mission in eine Botschaft zögerte sich hinaus. Kubanischerseits hatte man zwar mittlerweile jegliche Vorsicht abgelegt und versuchte sogar, das Prozedere zu beschleunigen. Aber dann war es Ende 1961 die SED, die für Zurückhaltung plädierte. Offensichtlich auf Anordnung des Kremls musste sich Ulbricht in dieser Angelegenheit in Zurückhaltung üben. Erst als sich ab dem Spätsommer 1962 die internationale Krise um Kuba zuspitzte, kam die Anerkennungsfrage wieder auf den Tisch.

DEUTSCHE SCHIFFE IM VISIER DER USA

Bezeichnenderweise waren es im Oktober 1962 deutsche Schiffe, die auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise auch die Konkurrenz der beiden deutschen Staaten auf die Spitze trieben. Zunächst garieten Frachter aus der Bundesrepublik ins Visier der USA. In einem verschlüsselten Fernschreiben aus dem Nato-Hauptquartier in Paris teilte Washington dem Auswärtigen Amt Anfang September 1962 mit, Informationen über Waffenlieferungen in bundesdeutschen Schiffen nach Kuba zu besitzen. Die Ladungen per se seien eigentlich unbedenklich, weil Castro keine militärische Gefahr für die USA darstelle. Wichtig sei jedoch die Stimmung der US-Bevölkerung, in der es nach den Meldungen über sowjetische Waffenlieferung für Castro brodele. Von der Bundesregierung erwarte man folglich, sowohl alle militärischen als auch alle zivilen Lieferungen einzustellen, „da auch jedes schiff, das mit anderen guetern nach kuba fahre, neutrale oder ostblocktonnage fuer waffentransporte freimache“.¹⁵

11 Aktenvermerk über eine Besprechung mit Dr. Carlos Olivares Sanchez, 4.5.1961, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, MfAA, A, Akte 3150.

12 Politische Direktive für die Tätigkeit der Vertretung der DDR in Havanna, 23.8.1960, BArch, DY 30, Akte IV 2/20/147.

13 Direktive über die Weiterentwicklung der Beziehungen mit der Republik Kuba, 13.9.1960, S. 2, BArch, DY 30, Akte J IV 2/2/724.

14 Politische Direktive (Anm. 12).

15 Verschlüsseltes Fernschreiben aus Paris (natogerma) an das Auswärtige Amt, 3.8.1962, BArch, B 136, Akte 50541.

In Bonn sorgte diese Nachricht erwartbar für Aufregung. Tröpfchenweise gingen in den folgenden Wochen Informationen über Charterverträge ein, die während der Monate davor zwischen westdeutschen Reedereien und Schiffsgesellschaften des Ostblocks geschlossen worden waren. Es stellte sich heraus, dass ihre Frachter Kuba zwar angesteuert, aber nach Kriegswaffengesetz keine genehmigungspflichtigen Waffen geladen hatten. Anfang Oktober 1962 wurde daher eine Gesetzesnovelle beschlossen, die solche Charterverträge mit Ostblockstaaten genehmigungspflichtig machte.

Auf die Öffentlichkeit in den USA wirkten diese Maßnahmen indes kaum besänftigend. Während in der Presse Gerüchte über eine ernsthafte Verstimmung zwischen Bonn und dem Weißen Haus zirkulierten, riefen die US-Hafenarbeitergewerkschaften zu einem Boykott aller Schiffe auf, die Kuba seit dem 1. Januar 1962 angesteuert hatten.¹⁶ Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Löschung der „Westfalen“, eines Schiffs der Reederei Hugo Stinnes, zu einem besonderen Problemfall. Bereits vor seiner Ankunft am 26. September in New Orleans zeichneten sich Schwierigkeiten ab, weil es in Leningrad (heute Sankt Petersburg) gestartet war und in Havanna einen Zwischenstopp eingelegt hatte. Bestreikt wurde die Entladung außerdem nicht nur von den örtlichen Hafengewerkschaften, sondern von organisierten Exilkubanern. Alle Vorstöße westdeutscher Diplomaten bei der örtlichen Gewerkschaftsleitung, im Konsulat von New Orleans und schließlich auch in Washington scheiterten, sodass die „Westfalen“ mehrere Wochen unberührt im Hafen lag. Erst als Bonn nachgab und schriftlich versicherte, seinen Schiffsverkehr mit Kuba vollständig einzustellen, konnte das Schiff Mitte Oktober gelöscht und neu beladen werden.

Offensichtlich war die Kuba-Politik der Bundesrepublik im Herbst 1962 an die Toleranzgrenze des Weißen Hauses gelangt. Washington forderte jetzt eine Loyalität, die eine unbedingte Unterstützung der Sanktionen gegen Kuba vorsah. Mit „Genugtuung“, konstatierte zumindest das Generalkonsulat in New Orleans zwei Wochen später, habe die Bevölkerung die neue Position der westdeutschen Regierung zur Kenntnis genommen. Knapp neun Monate später galt diese dann schon als ungeschriebenes Gesetz. Mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehun-

gen zu den USA, erklärte das Bundesministerium für Verkehr im Juli 1963, müsse „das Anlaufen kubanischer Häfen (...) aus politischen Gründen als unerwünscht bezeichnet werden“.¹⁷

Während die Bundesrepublik ihre Schiffe seit Mitte Oktober bewusst von Kuba ablenkte, steuerte Ende Oktober ein DDR-Urlaubsschiff mit 700 Passagieren direkt auf Kuba und die US-amerikanische Seeblockade zu. Ob Ulbricht die Dramatik der Ereignisse bei der Abreise der „Völkerfreundschaft“ aus Rostock vorausgesehen hatte, ist unklar. Als die US-Marine ihre Kriegsschiffe am 24. Oktober in Stellung brachte, war die „Völkerfreundschaft“ jedenfalls immer noch etwa drei Tagesreisen von Havanna entfernt. Laut Darstellung der SED passierte sie am 25. Oktober schließlich die Frontlinien auf hoher See, weil sowohl Treibstoff als auch Lebensmittelvorräte drastisch zur Neige gingen. Beides wurde bei der Ankunft in Havanna allerdings nicht wieder aufgefüllt. Die Tatsache, dass Ulbricht die „Völkerfreundschaft“ nicht von Kuba ablenkte, spricht daher dafür, dass er eine direkte Konfrontation mit den USA in gewisser Weise in Kauf nahm.¹⁸

John F. Kennedy hingegen war im ersten Moment unsicher, wie mit dem Urlaubsschiff des sozialistischen Deutschlands umzugehen sei. Einerseits lastete erheblicher öffentlicher Druck auf ihm, wie sich schon bei der Einstellung des westdeutschen Seeverkehrs mit Kuba gezeigt hatte, andererseits war die „Völkerfreundschaft“ eindeutig kein sowjetischer Frachter mit militärischer Ladung – und ein gewaltsames Abdrängen hätte den Konflikt mit Moskau rasch eskalieren lassen können.¹⁹ Aus diesem Grund optierte er für ein Einschüchterungsmanöver, das sich hinterher vor allem in der DDR-Presse gut las: „Unbeirrt“,²⁰ schilderte das „Neue Deutschland“ Anfang November, habe das Urlaubsschiff die Demarkationslinie überquert und trotz stundenlanger Verfolgung durch US-amerikanische Luft- und Seestreitkräfte am 27. Oktober Havanna erreicht.

¹⁷ Brief des Bundesministers für Verkehr an Fisser & v. Doornum, 5.7.1963, BArch, B108, Akte 54584.

¹⁸ Vgl. Andreas Stirn, *Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlaubsschiffe 1953–1990*, Berlin 2010², S. 181 ff.

¹⁹ Vgl. Ernest R. May/Philip D. Zelikow (Hrsg.), *The Kennedy Tapes. Inside the White House during the Cuban Missile Crisis*, Cambridge MA 2000, S. 431 f.

²⁰ *Völkerfreundschaft trotzte USA-Piraten*, in: *Neues Deutschland (ND)*, 6.11.1962, S. 5.

¹⁶ Vgl. Brief der Abteilung See, 30.11.1962, BArch, B108, Akte 54584.



An Bord der „Völkerfreundschaft“, 28. November 1962. Zentralbild, die staatliche Bildagentur der DDR, beschrieb das Motiv so: „Völkerfreundschaft‘ trotzte USA-Piraten. Während die Republik Kuba unter der verschärften See-Blockade der USA und den ständigen Provokationen der amerikanischen Söldner zu leiden hatte, lief am 27. Oktober 1962 das größte Urlauberschiff der DDR, die ‚Völkerfreundschaft‘, in der kubanischen Hauptstadt ein. Die Mannschaft und die 550 Passagiere wurden von der Bevölkerung Havannas mit großem Jubel empfangen. Für sie stellte der Besuch einen Ausdruck der internationalen Solidarität dar. Die ‚Völkerfreundschaft‘ wurde bei ihrer Fahrt nach Kuba von einem Marineflugzeug der USA-Luftstreitkräfte und von einem USA-Torpedoboot-Zerstörer bedroht. Anlässlich eines Solidaritätskonzertes für Kuba geben die Urlauber und die Schiffsmannschaft ihrer engen Verbundenheit mit dem tapferen Volke durch eine Sammlung zum Ausdruck, die 3.200 DM erbrachte. Im Verandaclubraum der ‚Völkerfreundschaft‘ lagen die Spendenlisten aus.“

© Bundesarchiv, Bild 183-A1128-0053-001 / Fotograf(in): Hanke

Die SED hatte damit einen propagandistischen Sieg über die Bundesrepublik errungen. In den Tageszeitungen brüstete sie sich, trotz der Seeblockade den Liefer- und Personenverkehr mit der Insel aufrechterhalten zu haben²¹ – im Gegensatz zur Bundesrepublik, die aus Loyalität zu Washington ihre Schiffe nun umlenkte. Die Kubaner, verkündete das „Neue Deutschland“, verstünden jetzt besser, dass „beide Staaten, die DDR wie Kuba,

die gleichen Feinde haben und von denselben imperialistischen Aggressoren bedroht sind“.²²

Der wichtigste Erfolg des Herbstes 1962 war jedoch die Entscheidung des Kremls, Kuba die diplomatische Anerkennung der DDR zu gestatten. Über die genauen Beweggründe hierfür liegen keine Informationen vor. Sicher ist nur, dass dieser Entschluss nicht erst Ende Oktober, sondern einige Wochen zuvor gefasst worden war.²³ Aus diesem Grund könnte es durchaus möglich sein, dass

²¹ Vgl. Diplomatische Beziehungen DDR–Kuba, in: ND, 13.1.1963, S. 2.

²² ND (Anm. 20).

²³ Vgl. Kilian (Anm. 9), S. 66.

er mit dem Abzug der bundesdeutschen Schiffe aus Kuba in Zusammenhang steht. An die Öffentlichkeit gingen die Revolutions- und die SED-Führung mit dieser Neuigkeit allerdings erst am 12. Januar 1963, als sich die Lage zwischen den Blockmächten etwas beruhigt hatte. Wie erwartet, brach Bonn am Tag darauf alle offiziellen Beziehungen zu Havanna ab und verschwand für die nächsten zwölf Jahre diplomatisch von der Insel. Das Politbüro in Ost-Berlin hingegen wiegte sich einen kurzen Moment in dem Hochgefühl, auf Kuba sowohl ihren Anerkennungskampf als auch ein Sprungbrett nach Mittel- und Lateinamerika gewonnen zu haben.

NUR EIN PYRRHUS-SIEG?

Dass dieser Erfolg der SED noch im gleichen Jahr ins Wanken geriet, hing mit der Art und Weise zusammen, wie der Kreml im Herbst 1962 nach dem Ende der Kuba-Krise die Vereinbarungen mit den USA umgesetzt hatte: Die Tatsache, dass der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow die auf Kuba stationierten Raketen abgezogen hatte, ohne Castro zu konsultieren, versetzte nicht nur den sowjetisch-kubanischen Beziehungen „tiefe Narben“,²⁴ sondern Castros Misstrauen und ideologische Distanzierung von Moskau wirkten sich in den folgenden Jahren auch direkt auf das Verhältnis zwischen Kuba und der DDR aus.

Anfangs wurden die Krisensymptome noch nicht als solche wahrgenommen. Aus Sicht der DDR-Regierung enttäuschend war aber die Tatsache, dass Castro bei seinen Reisen in den sozialistischen Osten keine Zeit fand, einen Zwischenstopp in der DDR einzulegen. Selbst als Ulbricht ihn persönlich einlud und bat, anlässlich des Besuchs von John F. Kennedy in West-Berlin eine Gegenrede in Ost-Berlin zu halten, folgte keine befriedigende Antwort. Seit der zweiten Jahreshälfte 1963 registrierte die frisch akkreditierte DDR-Botschaft in Havanna zudem, dass ihr Einfluss auf die Berichterstattung über die DDR deutlich sank und sich die Revolutionsführung darum bemühte, Handelsvertretungen in der Bundesrepublik und West-Berlin zu installieren.²⁵

24 Daniela Spencer, Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 197–320, hier S. 319.

25 In Havanna ging man offenbar davon aus, letztlich doch nach dem „Modell Jugoslawien“ behandelt zu werden, zu dem Bonn 1957 seine diplomatischen, nicht aber die Wirtschaftsbeziehungen abgebrochen hatte.

Endgültig nervös wurde die SED-Führung, als sich Havanna immer deutlicher von der Sowjetunion abzugrenzen begann. Spätestens seit dem Frühjahr 1966 wirkten Castros Schmähreden gegen den Kreml, als wolle er die Beziehungen zu Moskau aufkündigen. Da kein Zweifel daran bestand, dass die diplomatische Existenz der DDR auf Kuba an die Präsenz der Sowjetunion gekoppelt war, gab es durchaus Befürchtungen, dass im Falle des Falles die Bundesrepublik wieder auf die Insel zurückkehren würde. Indizien, die ein solches Szenario in die Reichweite des Möglichen rückten, gab es viele. So lief der Handel zwischen Kuba und der Bundesrepublik seit 1963 zwar über Drittländer, intensivierte sich aber ab 1966 deutlich. Zudem tummelten sich nicht nur immer mehr westdeutsche Wirtschaftsvertreter in Havanna, sondern zunehmend auch westdeutsche Journalisten.

Als die Revolutionsregierung am Jahresende 1967 auch gegen die SED die rhetorische Keule schwang, begannen ihre Funktionäre in der Botschaft, über Gegenmaßnahmen nachzudenken. In Moskau und in Ost-Berlin, wetterten kubanische Delegierte im Dezember, saßen versteinerte Dogmatiker, denen „eine revolutionäre Haltung zum Bürgerkrieg“ fehle.²⁶ Wollte man die Bundesrepublik wirklich in einen sozialistischen Staat umwandeln, ginge das nur im bewaffneten Kampf; die von ihnen gepredigte „friedliche Koexistenz“ mit dem Westen sei jedenfalls zum Scheitern verurteilt.

Letztlich war es aber nicht Ost-Berlin, sondern der Kreml, der dem Revolutionsexport Castros und Guevaras einen Riegel vorschob. Zu sehr gefährdeten die Vorbereitungen von „Che“ für einen Guerillakrieg in Lateinamerika die Windstille zwischen den Blockmächten. Im Frühjahr 1967 drohte Moskau zuerst mit Worten, reduzierte dann seine Erdölexporte und setzte am Jahresende schließlich seine Wirtschaftsverhandlungen mit Kuba aus.²⁷ Daraufhin bäumte sich die Revolutionsführung zu Jahresbeginn 1968 kurz auf und beschuldigte eini-

26 Information über die Vorgeschichte, den Verlauf und die Ergebnisse des Auftretens der Genossen Botschafter Naumann und Botschaftsrat Kulitzka, 18. 1. 1967, BArch, DY 30, Akte IV A 2/20/288.

27 Vgl. James G. Blight/Philip Brenner (Hrsg.), Sad and Luminous Days. Cuba's Struggle with the Superpowers after the Missile Crisis, Lanham 2002, S. 123–130.

28 Der sowjetische Diplomat Yuri Pavlov verwendete diesen Begriff, um die Entwicklung der kubanisch-sowjetischen Beziehungen nach 1968 zu beschreiben. Yuri Pavlov, Soviet-Cuban Alliance: 1959–1991, New Brunswick 1994, S. 10.



„Verspätete Flitterwochen“ in den Beziehungen zwischen Kuba und der DDR: Der kubanische Staats- und Parteichef Fidel Castro wird am 13. Juni 1972 von Erich Honecker, dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, und Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld begrüßt.

© picture alliance / B2566 Zentralbild ADN | ADN Zentralbild

ge sozialistische Länder – darunter die DDR – der Vorbereitung eines Umsturzes. Lange hielt sie diesen Sanktionen jedoch nicht stand. Als im August 1968 Bilder von sowjetischen Panzern in Prag um die Welt gingen, schwenkte Castro die weiße Flagge. Per Fernsehansprache gab er bekannt, die Intervention der Sowjetunion zu unterstützen, weil sie als Ordnungsmacht die Aufgabe habe, staatsgefährdende Elemente zu entfernen und den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers sicherzustellen.

Dieses Friedensangebot kam im Kreml an: Castros Äußerungen, so der sowjetische Botschafter in Havanna, seien eine große Unterstützung und ein wichtiges Signal für alle nicht-sozialistischen Länder. Ähnlich beurteilte auch die SED-Führung diese Entwicklung. Ihre anfänglichen Zweifel an der neuen Friedfertigkeit der Revolutionsführung lösten sich rasch in Luft auf, da diese nun alles dafür zu tun schien, um ihr Verhältnis zu Ost-Berlin zu neuem Leben zu erwecken. Schließlich beendete sie nicht nur ihr Kokettieren mit der Bundesrepublik, sondern bemühte sich aktiv um eine Intensivierung der Be-

ziehungen zwischen den Regierungsparteien beider Länder. Gleichzeitig baute man in Havanna jetzt alle Barrieren ab, die zwischen 1963 und 1968 den kulturellen Austausch sowie die Zusammenarbeit im Bildungswesen behindert hatten.

Ihren Platz an der karibischen Sonne hatte die DDR-Führung letztlich also erst am Ende des Jahrzehnts eingenommen. Nachdem der „Faktor Bonn“ endgültig vom Tisch und Castro auf Sowjetkurs gebracht worden war, richteten sich die beiden sozialistischen Regierungen neu aufeinander aus. Anfang der 1970er Jahre begaben sie sich gleichermaßen in ihre „verspäteten Flitterwochen“²⁸ – und um die Mitte des Jahrzehnts in eine Phase stabiler, realsozialistischer Länderbeziehungen.

ANTONIA BIHLMAYER

ist promovierte Historikerin und arbeitet für die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Ihre Doktorarbeit „DDR-Sozialismus in der Karibik. Die ostdeutsche Kuba-Politik zwischen 1959 und 1989“ erscheint 2022 im Bebra-Verlag. bihlmayer@hdg.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. September 2022

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Stefan Schult (Praktikant)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
40–41/2022, 4. Oktober 2022

INTERNATIONALE SICHERHEIT

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz